



Nr. 72. Morgen-Ausgabe.

Achtundfünzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trenkert.

Dienstag, den 13. Februar 1877.

Breslau, 12. Februar.

Dem „Elässer Journal“ geht aus Berlin die telegraphische Nachricht zu, daß Se. Majestät der Kaiser in der dritten Aprilwoche von Wiesbaden aus Straßburg und Mez zu besuchen gedenkt. Eine anderweitige Bestätigung dieser Meldung liegt bis jetzt noch nicht vor.

Im Bundesrat haben die Staatsarbeiten noch nicht begonnen und doch sollte der Reichshaushaltsgesetz in etwa 12 Tagen bereits vorgelegt werden. Man macht sich in Regierungskreisen bereits damit vertraut, bis zum 1ten April nicht mit den Staatsberathungen abzuschließen und in diesem Jahre, wie dies in Preußen öfter geschehen, einen Credit für die Zeit nadzusuchen, in welcher die Verwaltung nach Maßgabe des jüngsten Staats vorgetragen wird.

Das Deutsche Reich kann nicht mit einem Deficit wirtschaften, sagt man. Das heißt, wenn die Einnahmen des Reiches die Ausgaben nicht decken, dann werden die Matricular-Beiträge erhöht. Es wird sich bald zu zeigen haben, wie sich das in Wirklichkeit macht, denn man steht vor einem Deficit von nahezu 20 Millionen Mark. Bekanntlich haben die Mittel- und Kleinstaaten schon jetzt wiederholte Heraabminderung der Matricular-Umlagen angestrebt, sie werden sich also wohl schwerlich zu einer Erhöhung verstecken. Man wird zu neuen Steuern greifen müssen und Herr Camphausen soll seine eigenen Gedanken darüber haben, also — aufgepaßt!

Aus Konstantinopel liegen heute wieder einige Verlautbarungen über die Motive des Beizerwechsels und die Politik der neuen Regierung vor. Wie der Konstantinopeler Correspondent des „Standard“ aus guter Quelle wissen will, hat der Sultan dem Grafen Josef Zichy gegenüber erklärt, daß Midhat Pascha nicht wegen Beteiligung an irgend einem Complot verbannt wurde, sondern weil er, wie aus vier Berichten des Polizeiministers schelle, eine unvorsichtige und ungehörliche Sprache führte. Der Sultan erklärte auch dem Grafen Zichy, die Constitution sei eine zweischneidige Waffe; Midhat Pascha habe dieselbe gegen seinen Gebieter gebraucht; alle seine Ernennungen seien parteiisch gewesen und alle Personen, die befördert wurden, hatten nur einer einzigen politischen Klasse angehört. Der Sultan wünschte ausdrücklich, es möge bekannt werden, daß Midhat nicht des Verbrechens angeklagt ist, gegen ihn Verrath geschmiedet zu haben. Abdul Hamid bemerkte schließlich dem Grafen Zichy, er, der Sultan, sei der Garant der Verfassung und ersuchte den Grafen, diese Erklärung daheim so viel wie möglich zu verbreiten. Der Konstantinopeler Correspondent des „Daily Telegraph“ meldet vom 6. d.:

„Ich habe soeben eine Unterredung mit Edhem Pascha gehabt, im Verlaufe welcher derselbe den fehlenden Wunsch ausdrückte, es möge in England so schleunig als möglich bekannt werden, daß der Wechsel im Großbezirksamt nur persönlichen Ursachen zugeschrieben sei und daß die Politik der türkischen Regierung in jeder Hinsicht dieselbe bleiben werde. Die Anstaudungen des neuen Großbezirks sind in hohem Grade friedlicher Natur, und er erklärte sich nicht allein entschlossen, die neue Constitution auszuführen, sondern deren Vorschriften zu erweitern. Nur von dem Wunsche beeft, den gerechten Forderungen Europas Rechnung zu tragen, würde die Türkei die Beweise von ihrer Aufrichtigkeit mit aller möglichen Eile liefern. Die öffentliche Meinung in Konstantinopel ist heute hochzufrieden, als sie gestern war. Edhem Pascha erklärte, er sei willens, auf jede positive Bürgschaft Seitens Serbiens Verzicht zu leisten, wenn der Frieden unverzüglich geschlossen würde.“

Die offiziöse „Turkspur“ schreibt:

Midhat Pascha, Ex-Großbezirker, wurde aus Gründen hoher Wichtigkeit, welche durch Artikel 113 der Constitution vorgesehen sind, aus dem Reich entfernt. Edhem Pascha, Präsident des Staatsrats, wurde zu der Würde des Großbezirkers berufen. Der Personenwechsel ändert nichts an den Prinzipien, welche die Politik der kaiserlichen Regierung leiteten. Der Sultan ist entzückender als je, das Werk der liberalen Reformen auszuführen, welche er dem Reiche octroyirt hat. Der kaiserliche Hat, welcher gestern auf der hohen Pforte verlesen wurde, verbürgt diesen festen Willen des Souveräns in den категорischsten Worten. Edhem Pascha, dessen Energie, hohe Fähigkeit und erprobten Patriotismus wir kennen, werden ihm übertragen werden, nicht scheitern. Er wird nicht versäumen, der Erwartung des Souveräns und des Landes zu entsprechen. Der neue Großbezirker wird die Charta des Sultan Abdul Hamid in ihrer ganzen Ausdehnung ausführen. Die neuen Ernennungen im Schoße der Regierung sind ebensoviel unanastbare Beweise des festen Willens des Sultans, das Werk, welches er seit seiner Thronbesteigung unternommen, fortzuführen und die Gleichheit, welche er für alle Bürger des Reiches, ohne Unterschied der Race oder Religion, proclamirte, zur Thatache zu machen. Der Wechsel des Großbezirkers wird den gegenwärtigen Verhältnissen nicht verfehlen, sowohl hier wie in Europa einen tiefen Eindruck auf die öffentliche Meinung zu erzeugen; doch wenn man erfahren wird, daß die Situation genau dieselbe bleibt und daß die Intentionen des Souveräns, weit davon, der geringsten Veränderung zu unterliegen, sich noch mehr accentuieren, so wird man der Zukunft mit Vertrauen entgegensehen und das ottomanische Volk, welches so viel Bemühe von Tact und gefundem Sinn gegeben hat, wird dem neuen Großbezirker die aufrichtigste und loyalste Unterstützung gewähren, damit derselbe in der Lage ist, den edelmütigen Bemühungen des Sultans Abdul Hamid zur Inauguration eines neuen Regimes zu secundiren.“

Der Correspondent des „W. Fr.-Bl.“ endlich erfährt über die Ursache des Sturzes Midhats Folgendes: „Midhat Pascha wollte Sabet Pascha dazu zwingen, in seiner bekannten Circularnote einen recht energischen Ton anzunehmen, gegen welches Ansinnen sich jedoch dieser Staatsmann verwahrt, mit der Erklärung, daß es jetzt nicht an der Zeit sei, Europa noch mehr zu reizen. Midhat Pascha beharrte jedoch auf seiner Ansicht, worauf Sabet Pascha diese Angelegenheit dem Sultan zur Entscheidung vorlegte. Abdul Hamid billigte vollkommen die Ansicht des Ministers des Neuherrn, worauf sich der Großbezirker seinem Souverän gegenüber eine höchst beleidigende Auseinandersetzung erlaubte, und dabei zugleich auf die Unerfahrenheit des Letztern in Staats-Angelegenheiten hinwies. Der Sultan entließ augenblicklich den Großbezirker, während er Sabet Pascha noch eine längere Zeit bei sich behielt. Von diesem Augenblick an bis heute Morgen (5. Febr.) ließ sich der Großbezirker weder mehr an der hohen Pforte, noch auch im kaiserlichen Palaste sehen, und hielt er sich fortwährend in seiner Privatwohnung auf. Mehreren angesehenen Staatsmännern, ebenso auch Ulemas gegenüber, die ihn hier besuchten, erlaubte er sich Ausdrücke über den Sultan, die, wenn sie auch nicht gerade an Hochverrat, so doch an die höchste Unehrerbietigkeit kreisten. Dies ward bald zu den Ohren des Sultans gebracht, der nun beschloß, auch seinem Großbezirker gegenüber seine Autorität zu wahren, und demselben die gesuchte Entschuldigung angedeihen zu lassen. Heute Morgens wurde Midhat Pascha in den kaiserlichen Palast beschieden, wo ihm ein Adjutant des Sultans seine Absetzung und auch seine Verbannung „bis die Gnade des Padishah sich ihm wieder zugewendet haben werde“, mittheilte. So endete dieses Helden-drama.“

Alle diese Versionen sind wohl mehr oder minder „Dichtung und Wahrheit“. Die wirklichen Gründe der neuesten Umwälzung in Konstantinopel dürfen kaum bekannt werden.

In Wien war gestern die Nachricht von Unruhen in Konstantinopel verbreitet. Dieselbe wird heute offiziös dementirt (vergl. Depesche am Schluß der Zeitung).

Dem „W. Tagbl.“ wird die sehr auffallende Nachricht gemeldet, daß am 5. d. ein Traktat erschien, welches in einseitiger Weise die unter dem Namen von „Capitulationen“ bestehenden Verträge, welche den europäischen Staatsangehörigen in der Türkei das Recht der Extraterritorialität und, als Folge davon, das Consulargericht zusichern, aufhebt. In dem offiziellen Actenstück wird nämlich einfach angeordnet, daß künftighin die im ottomanischen Staate domiciliirenden fremden Unterthanen ihre Streitigkeiten bei den Landesgerichten auszutragen haben. Begründet wird diese Maßregel durch die großen Nachtheile, welche das Funktionieren fremder Gerichte dem Staate sowohl in materieller wie politischer Beziehung zufügt. Die Verantwortlichkeit für die Wahrheit dieser Nachricht müssen wir dem genannten Blatte überlassen.

Über die serbisch-türkischen Friedensunterhandlungen wird der „Pol. Corresp.“ aus Belgrad, 10. Februar, gemeldet:

Bisher haben zwischen dem Minister des Neuherrn, Ristic, und Vertew Essendi drei Conferenzen stattgefunden, bei welchen Präsidialsekretär Petan die Protokolle führt. Über die formellen Punkte der türkischen Verhandlungsgrundlagen, und zwar über die Honorierung und Salutierung der türkischen Flagge, über die Conferenzirung der serbischen Festungen in Gemäßheit des am 18. April 1867 am Kali-Medjan feierlich verleerten Ternans und über die Verpflichtung der serbischen Regierung, die Bildung bemaßter Banden auf serbischen Gebiete, sowie deren Uebertritt auf türkisches Gebiet zu verhindern, wurde volle Einigung erzielt. Bezuglich der anderen Punkte hat Vertew Essendi, da die serbische Regierung wesentliche Modificationen derselben verlangt, Instructionen in Konstantinopel angefordert, die voraussichtlich zwischen heute und morgen eintreffen. Alsbald nach Feststellung der Präliminarien dürfte Philipp Chrysits, begleitet von zwei Secretären, zu den definitiven Friedensverhandlungen nach Konstantinopel entsendet werden.

In Italien geminnt, wie eine Römische Correspondenz der „Voss. Ztg.“ versichert, die Stellung Crispis als wahrscheinlicher Kandidat für die Nachfolge von de Pretis täglich an Rückhalt, während die Rede Nicotera's in Catanzaro einen neuen Keil in das Cabinet getrieben hat. Es haben hierüber ziemlich lebhafte Auseinandersetzungen unter den verschiedenen Ministern stattgefunden, namentlich hat Banardelli Einsprache erhoben gegen die formelle Zusage des Baues der Eisenbahn Eboli-Reggio im Laufe dieses Jahres, welche Nicotera in Catanzaro machte, während absolut keine Mittel dazu disponibel sind.

In Frankreich haben mehrere Deputirte von der äußersten Linken, die Herren Barodet, Lachry, Madier de Montjau u. A., in letzter Zeit an verschiedenen Orten öffentliche Vorträge gehalten, die immer mit Hochrufen auf die Amnestie geendet haben, und dieselben Demonstrationen sollten bei dem Bankett stattfinden, welches zur Feier des Jahrestages der Gründung des „Droits de l'Homme“ von den Redactoren dieses ultraradicalen Organs veranstaltet wurde. (Siehe darüber unter „Paris“ die näheren Mittheilungen unseres O-Correspondenten. D. R.) Unter dem Vorwande dieser und ähnlicher „Privatversammlungen“, die manchmal von tausend oder zweitausend Personen besucht werden, rast man die ehemaligen demokratischen Clubs wieder ins Leben. Da das Gesetz die öffentlichen Versammlungen verbietet, so umgeht man dasselbe, indem man Conferenzen oder Banquets organisiert, wozu man eine Einladungskarte haben muß. In der That, sagt eine Pariser Correspondenz der „K. Z.“, bringen diese Versammlungen eine gewisse Aufregung unter den Arbeitern und Proletariern hervor, und die conservativen und clericalen Blätter erheben schon einen Warnungsruf dagegen. Die bonapartistische „Patrie“ verlangt natürlich, daß man die Versammlungen auf's Schneidesteck unterdrücke; indessen kann das Ministerium, welches allen ultramontanen und reactionären Versammlungen und Kundgebungen immer freies Spiel gelassen hat, nicht wohl in diesem Falle einschreiten. Der Hauptzweck der bonapartistischen und clericalen Blätter ist jedoch nur der, die Bourgeoisie in Angst zu setzen, die ja schon ohnehin beunruhigt ist. Wenn nun in den ultraradicalen Blättern und Versammlungen dieselbe Sprache weitergeführt wird, wie jetzt, werden ihre Befürworter sich noch steigern. Die Dreistigkeit der bonapartistischen Blätter hat beträchtlich zugenommen, und die Polemik der Blätter wird täglich särfer und ärgerlicher, so daß für die gemäßigten republikanischen Partei und für das Ministerium die Lage wirklich schwieriger wird. Die Aussicht in die Zukunft ist noch nicht drohend, aber auch nicht beruhigend und sicher.

Den englischen Parlamente ist nunmehr die in der Thronrede zugesagte diplomatische Correspondenz bezüglich der orientalischen Frage vorgelegt worden und zur Veröffentlichung gelangt. Der erste Band, 757 Seiten stark und 1090 Depeschen enthaltend, bezieht sich auf den Ausbruch des Krieges zwischen Serbien, Montenegro und der Türkei, den Waffenstillstand, und den bulgarischen Massenmord. Die meisten dieser Depeschen und Actenstücke sind durch die Ereignisse bereits überholt worden und besitzen nur noch einen historischen Werth. Wichtiger und interessanter ist der zweite Band (380 Seiten), welcher den diplomatischen Schriftwechsel bezüglich der Conferenz, sowie die Conferenzprotokolle umfaßt. Die erste vom 20. Novbr. 1876 datirte Depesche enthält die Instructionen, welche Lord Derby dem Marquis von Salisbury ertheilte.

In Belgien ist durch das Demissionsgesuch Malou's eine ganz neue Situation geschaffen. Bis jetzt, sagt eine Brüsseler Correspondenz der „Frz. Ztg.“ vom 8. d. M., ist dasselbe allerdings noch nicht angenommen, der König wird aber schwerlich seinem Minister, dem Lande zum Trost, beibehalten können. Ist Malou zurückgetreten, dann kann unmöglich das jüngste Ministerium bestehen und werden alle Minister demissionieren müssen. Also eine völlige Ministerkrise. So wird denn die Krone in den eigenthümlichen Fall verkehrt sein, entweder ein Cabinet zu wählen, welches aus reinen Ultramontanen bestehen würde und dann entstünde eine noch größere Unzufriedenheit im Lande als bis jetzt, oder sie würde ein Cabinet mit Männern der Linken bilden müssen, dieses könnte jedoch in den Kammern keine Majorität finden. Unter solchen Umständen ist eine baldige Dissolution der beiden Kammern als einzige rettende Mittel vorauszusehen.

Die Hoffnungen, welche sich die Socialisten in Dänemark hingeben möchten, sind einer sehr gesunden Enttäuschung gewichen. Die am 5. d. M. von der Volksversammlung auf dem Norderfelde gewählte Arbeiterdeputation wurde nämlich am 6. Februar Nachmittags von dem Präsidenten des Folkesthings empfangen. Der Wortsführer der Deputation, Cigarrenarbeiter Giesing, überreichte dem Präsidenten die von uns in Nr. 70 an dieser Stelle erwähnten beiden Resolutionen. Dieser aber ertheilte der Deputation eine durchaus ablehnende Antwort. Er sagte, der herrschenden Arbeitslosigkeit vermöge er so wenig wie ein Anderer abzuholzen. Man lasse

nicht arbeiten, um nur den Arbeitern Beschäftigung zu geben, sondern nur, wenn es nothwendig und zweckmäßig sei. Den bedürftigen Arbeitern Unterstüzung oder Mittel zur Auswanderung zu gewähren, liege nicht in seiner Macht als Präsident des Folkesthings. Auch das Folkesthing als solches pflege nur Gelder zu bewilligen, wenn die Regierung sie fordere. Die Deputation möge sich also dieserwegen mit einem motivirten Gefüge an die Regierung wenden. Auf die Frage, wie nach seiner, des Präsidenten Ansicht das Folkesthing sich zu einem eventuellen Antrage der Regierung auf Bewilligung der von den Arbeitern begehrten Unterstüzung stellen werde, erwiderte der Präsident, daß es, nachdem man sich an ihn als Präsidenten des Folkesthings gewendet habe, außer seiner Beugniss liege hierauf eine Antwort zu geben.

In Spanien gehen gegenwärtig, wie man der „K. Z.“ unter dem 3. d. Mts. von Madrid aus versichert, die Wogen der Partei Castro-Dreib wieder hoch. Obgleich sich zwei der wichtigsten Portefeuilles — Unterricht, Justiz und Cultus — schon in ihren Händen befinden, betrachtet sie sich durchaus nicht als aufziedengestellt. Der Marine-Minister soll ebenfalls weichen; Calderon Collantes hat denselben neulich im Ministerrath so hart apostrophirt, daß er den Sitzungssaal vor Erledigung der vorliegenden Geschäfte verließ. Auch die Person Pofada Herrera's wird in neuerer Zeit von den ministeriellen Presse zur Zielscheibe hämischer Angriffe ernährt. Seine Wiederwahl zum Präsidenten des Congresses ist sehr zweifelhaft geworden. Der Mann gehörte ja der liberalen Union, und für die Genossen O'Donnell's weht augenblicklich ein scharfer Wind.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

17. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 10. Februar).

10 Uhr. Am Ministerrath Graf zu Eulenburg, Geh. Rath v. Nehler, Illing, Herrfurth, Haase u. A.

Vom Handels- und Finanzminister ist dem Hause ein Gesetzentwurf zugangen, betreffend die Erweiterung der Verwendung der den Provinzial- und Kommunalverbänden überwiesenen Dotationsfonds; außerdem ist ein Antrag des Abg. Thiel eingereicht, betreffend das Verwaltungspersonal der Staatsseidenbahnen.

Nachdem der Bericht über die Verwaltung des Hinterlegungsfonds für das Jahr 1876 der Budgetcommission überwiesen, setzt das Hause die Staatsberathung des Ministeriums des Innern bei dem Capitel „Strafanstalten“ fort.

Hierzu beantragen:

1) Abg. Knörde: die Regierung aufzufordern, die Lehrer an den Strafanstalten im Gehalt mit den Strafanstalt-Inspectoren gleichzustellen;

2) Abg. Zimmermann: die Regierung aufzufordern, das Verfahren bei der vorläufigen Entlassung der zu längerer Zuchthaus- oder Gefängnisstrafe verurteilten Civilpersonen mit Rücksicht auf die statistischen Ergebnisse für die Jahre 1873, 1874 und 1875 einer besonderen Prüfung zu unterwerfen.

Abg. Götting: Die ungeheure Kosten zur Repression der Verbrechen haben nicht den gemüthsamen Erfolg. Die Zahl der Verbrecher nimmt weit über das Verhältniß der Zunahme der Bevölkerung und die Zahl der Rückfälle in erschreckender Weise zu, wie ich dies bereits früher ausgeführt habe. Rücksichtlich der einheimischen Verhältnisse haben meine Angaben keine Anwendung erfahren, nur in Beziehung auf England hat sie der Abg. Götting bestritten. Gleichwohl sind auch die leichten aus den besten und neuesten amtlichen Quellen geschildert, während die Ausführungen des Abg. Götting, einer einseitigen Parteischrift entlehnt, von dem competentesten Richter auf dem Gebiete des Gefängniswesens, dem Prof. v. Hollendorff, für veraltet erklärt werden. Es ist aber für die preußische Verwaltung von höchstem Interesse, die wahren Ergebnisse der englischen Strafanstaltswaltung um ihrer günstigen Resultate willen zur Nachprüfung zu lernen. Nachdem von den Directoren der Strafanstalten in England an den Secretary of state for the home department erstattet und von diesem dem Parlamente vorgelegten Bericht vom Juli 1874 ist schon seit 1874 die Zahl der Verbrecher, im umgekehrten Verhältniß zu der Zunahme der Bevölkerung, teils im Abnehmen; ebenso verhält es sich mit dem Procentsatz der Rückfälligkeit besonders seit den Jahren 1870—1873.

Die neuesten Verhandlungen des Congresses der Gefängnisbeamten und der Freunde der Gefängnisreform, der in Brighton am 5. October 1875 stattgefunden, bestätigen denselben erfreulichen Fortschritt. Nach jenen amtlichen Berichten betrugen die Kosten für die 10,676 in diesen Strafanstalten aufbewahrten Gefangenen 342,158 Pfund Sterling, der Arbeitsdienst und zwar ohne Berechnung des Wertes der Arbeit im Dienste der Strafanstalt 222,043 Pfund, es bleibt mithin ein Kostenbetrag pro Kopf von nur etwa 11 Pf. jährlich. Jener Arbeitsdienst wird größtentheils, nämlich mit 144,000 Pf. aus öffentlichen Werken gewonnen, wozu noch 48,476 Pf. aus dem Erlöse für Gefängnisbauwerken treten. Dies sind die Hauptquellen des Arbeitsdienstes. Diese nützliche Beschäftigung der Gefangenen hat man immer im Auge behalten, damit sie nicht nur einen großen Theil der Kosten ihres Unterhaltes decken, sondern auch von dem Gefängniswesen: die Gefangenen nach ihrer Entlassung in den Stand zu setzen, sich ihren Unterhalt selbst zu verdienen. Man hat sich ferner bemüht, die größte Mannigfaltigkeit der Beschäftigungsweisen für die Gefangenen ausfindig zu machen, damit sie nicht der freien Arbeit eine ungerechtfertigte Concurrenz machen. Gegen unzuverlässige wie in Beziehung auf italienische Verhältnisse. Ich weiß nicht, woher er die Notiz entnommen, daß in Brindisi, Ascoli, Genua und Padua große landwirtschaftliche Anstalten zur Beschäftigung der Gefangenen bestehen. Der Bericht der italienischen Gefängnisstatistik für 1874 bestätigt seine Angaben nicht. Nur soviel ergibt die amtliche Statistik, daß in Padua und Brindisi Bewahranstalten für die jugendlichen Verbrecher aus eingezogenen Klostergeistlern gebildet worden sind. Diese, sowie die Ackerbauanstalten auf den Ligurischen Inseln Pantelleria, Gorgona und Lampedusa haben sich außerordentlich bewährt. Im Allgemeinen leidet aber Italien an denselben Schäden wie Preußen. Das gleiche Anwachsen des Verbrecherthums und der Unsicherheit steht hiermit im Zusammenhang. Der Redner empfiehlt schließlich die Annahme der Anträge Zimmermann und Knörde. Die Gewinnung älterer Lehrkräfte für die Strafanstalten sei der wichtigste Hebel für die Besserung der Gefangenen.

Abg. Knörde: Im vorigen Jahre hat der Abg. Techow darauf hingewiesen, wie die Stellung und das Gehalt der Strafanstaltlehrer dringend einer Aufbesserung bedürfe. Trotzdem die Regierung dies Bedürfnis anerkennt musste, ist seitdem nichts in dieser Richtung geschehen. Die Lehrer an den Strafanstalten beginnen mit dem Gehalt von 1500 Mk. und steigen auf bis zu 2100 Mk. als Maximum, während das Gehalt der Gefängnis-Inspectoren bereits mit dem Maximum der Lehrergehalte von 2100 Mk. anfängt und aufsteigt bis 3300 Mk. Bedenkt man nun, daß diese Inspectoren fast ausschließlich aus der Klasse der Unteroffiziere hervorgehen, deren Bildungsstufe durch die der Lehrer bedeutend übertragen wird, so springt die Ungerechtigkeit klar in die Augen. Ich empfehle daher dem Hause dringend die Annahme meines Antrages.

Abg. Techow kann gleichfalls den Antrag des Vorredners nur dringend befürworten. Von den 13

zustellenden Inspectoren zu stellen als bisher, und dieselben werden von jetzt ab nur noch aus dem Offizierstande und dem der höher gebildeten Klassen genommen. Abgesehen davon ist aber auch die Stellung der Inspectoren eine sehr viel bedeutendere als die der Gefängnislehrer, die meist aus der Klasse der Elementarlehrer hervorgegangen sind. Das das Gehalt der Strafanstaltslehrer kein zu geringes sei, beweist der große Andrang, der fortwährend zu diesen Stellen stattfindet und die Regierung fand daher dem gestellten Antrag auf Aufbesserung der Gehälter nicht zuzutun.

Nachdem der Abg. Kiesel den Antrag Knörde als durchaus gerechtfertigt nochmals empfohlen, erhebt der Abg. Röderath darüber Beschwerde, daß man in vielen Gefangenanstalten den katholischen Gefangenen einen altkatholischen Lehrer gegeben habe.

Abg. Zimmermann: Bekanntlich enthält das Strafgesetzbuch die humane Bestimmung, daß Zuchthaus- oder Strafgefangene entlassen werden können, wenn sie $\frac{1}{4}$ ihrer Strafzeit verblieben haben. In dem von der Regierung uns zugegangenen statistischen Nachweis über das Gefängniswesen aus den Jahren 1873, 1874 und 1875 finden wir aber, daß von dieser Bestimmung ein auffallend geringer Gebrauch gemacht wird. Von 389 Anträgen auf Strafentlassung, die von Seiten der Amtsbehörden selbst im Jahre 1873 gestellt wurden, sind von der entscheidenden Instanz nur 138 genehmigt, und von 354 Anträgen im Jahre 1874 nur 126 und von 350 im Jahre 1875 gar nur 90. Es bildet diese rückwärtige Siffer einen traurigen Gegenstück zu der Verwaltung der Militärsstrafanstalten, bei denen man doch an und für sich milder und humanere Grundsätze rückwärtig der Gefangenen voraussehen sollte. Bei den Militärsstrafanstalten sind nämlich in den genannten drei Jahren von 61 Anträgen auf Entlassung 56 bewilligt. Wie kleinlich erscheint aber das Verhalten unserer Civilanstalts-Behörden in dieser Beziehung, wenn wir einen vergleichenden Blick auf England werfen, wo allein im Jahre 1875 von 9857 Gefangenen 2589 vorläufig entlassen worden sind. Ich bitte das Haus dringend, meinen Antrag anzunehmen.

Regierungscommission Geh. Rath Illing: Der Antrag des Vorredners wendet sich an eine falsche Adresse. Die Verwaltungsbahnen der Strafanstalten im Ministerium des Innern stellen nur die betreffenden Anträge auf vorläufige Entlassung der Gefangenen, die Entscheidung darüber steht allein dem Justizminister zu.

Der Antrag Zimmermann wird hierauf der Justizcommission, der Antrag Knörde, weil er eine Mehrbelastung des Staats involviert, der Budget-commission überwiesen.

Zu dem folgenden Kapitel: Wohlthätigkeitsanstalten bemerkt:

Abg. v. Schorlemer (Alt): Bei uns in Westfalen bestehen Hospitäler, in welchen Kranken durch barmherzige Schwestern zum Theil unentgeltlich, zum Theil gegen ein ganz geringes Pflegegeld versorgt werden. Bisher war zur Aufbringung der Kosten in diesen Hospitälen das Recht gewährt, Sammlungen an Vicinalien oder an Geld zu veranstalten. Durch eine neuere Verfügung sind aber diese Collecten nur noch für dieses Jahr erlaubt, für künftig aber verboten worden. Ich kann den Minister nur dringend bitten, hierin eine Remedy einzutreten zu lassen. Die so wohlthätigen Anstalten müßten zu Grunde gehen, wenn ihnen das Collectenrecht genommen wird. Diese Anstalten haben im Kriegsjahr 1870 dem Staate unendliche Dienste geleistet und da es jetzt offenbar wieder nach Pulver riecht, sollte der Minister um so mehr auf ihre Erhaltung Bedacht nehmen.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Ich habe mich schon seit längerer Zeit mit einer Regelung des Unterstützungsweises beschäftigt, da sich in der letzten Zeit eine gewisse Unordnung in denselben geltend gemacht hat. Davor können Sie aber überzeugt sein, daß ich keine Verkürzung eintreten lassen werde, wo es nicht durchaus nötig ist, und daß ich Alessiun werde, um die nothwendige Ordnung in dieser Sache mit der Wohlthätigkeitspflege in Einklang zu bringen.

Zu dem Titel 9, Allerhöchster Dispositionsfonds für Stiftszwecke, bemerkt

Abg. Oberly: Ich hatte als Commissarius des Hauses an die Regierung die Anfrage gerichtet, worauf die Kompetenz des Ministeriums des Innern zur Verwaltung dieses Fonds berührte. Die mir darauf gewordene Antwort lautete: „Der Fonds ist, auf Grund einer Allerhöchsten Bestimmung, bis zum Schluß des Jahres 1849 aus heimgesunkenen Comptenzener in Folge des Reichsdeputationshauptschlusses de 1803 aufgehobenen Damenstiften links der Elbe angekommelt worden. Die Mitwirkung des Ministeriums des Innern hinsichtlich dieses Fonds beruht auf der Verordnung vom 27. Oktober 1810 und dem Staatshaushaltsestat.“

Diese Antwort halte ich für ungelingend. Nach der Verordnung von 1810 gehört zwar das Armenwesen, die Witwenfasse u. z. zu dem Besitz des Ministeriums des Innern, die ehemaligen Damenstifte seitens der Elbe gehören aber nicht in diese Kategorie. Nachdem die Stifter aufgehoben, müßten die Güter, Rechte und Einkünfte uneingeschränkt Staatseigentum werden, und ich behalte mir deshalb den Antrag vor, die Nebenübers der säc-

laristen Stifter im nächsten Budget in den Etat des Finanzministeriums aufzunehmen.

Regierungs-Commissar Geheimer Rath Haase: Daß der vorliegende Fonds nicht zum Finanzministerium gehören kann, geht schon aus seinem Zweck hervor. Er ist für milde Zwecke bestimmt und die öffentliche Verwaltung hierüber steht dem Ministerium des Innern zu. Das Haus hat hieran auch bisher keinen Zweifel gehabt, es hat sogar selbst die Einrichtung angeordnet.

Bei den „Criminalen Ausgaben“ Titel 3, „Beihilfe an die Stände der Rheinprovinz zum Bau eines Provinzial-Ständebaus zu Düsseldorf 70,000 Mark, beantragt Abgeordneter Neudel, statt des Wortes „Beihilfe“ zu setzen „Ausgleichungsbeitrag“. Er erklärt, daß er nicht mit dem Posten einverstanden sei würde, falls es sich um eine Beihilfe, die er missbilligen würde, handele, da ja erst vor zwei Jahren eine Auseinandersetzung zwischen dem Staat und den Provinzen stattgefunden habe. Aber es handle sich durchaus nicht um eine Beihilfe, sondern um eine Entschädigung für die Auflösung eines Vertrages, welche für eine Leistung der Stadt Düsseldorf bei dem Bau des vorigen Königlichen Schlosses mit der Stadt abgeschlossen werden, und schließlich wegen Veränderung der Verhältnisse nicht gehalten werden konnten.

Das Haus tritt dem Antrage bei.

Beim Tit. 7 „Strafanstalt-Verwaltung“ beklagt sich Abg. Dr. Bähr (Kassel), daß ein in Kassel schon 1872 begonnener und damals als ein dringendes Bedürfnis anerkannter Gefängnisbau schon seit längerer Zeit völlig unterbrochen worden, so daß man fürchten müsse, daß er nächstens zur Ruine werden würde.

Minister Graf zu Eulenburg erklärt, daß der Regierungs-Commission angewidrig nicht genügend informiert sei und daß die Regierung deshalb sich die Antwort vorbehalte.

Es folgt der Etat der Eisenbahn-Verwaltung.

Es liegt hierzu der Antrag des Abg. Dr. Hammacher vor: Die Staatsregierung aufzufordern, die aus Anlaß des Bundesrats-Beschlusses vom 11. Juni 1874 eingeführten Güter-Tarif-Erhöhungen im ganzen Umfange aufzuheben und die desfallsigen Privatbahnen ertheilte Ermächtigung zurückzuziehen.

Abg. Dr. Hammacher: Bei der Besprechung des allgemeinen Eisenbahnets haben sich von vornherein schon die verschiedensten Auffassungen geltend gemacht. Während der Abg. Rickert bei der ersten Lesung des Etats seine Anschaunung dahin aussprach, daß er in dem Eisenbahnnetz den Ausdruck der Ansicht der Regierung erkenne, daß unsere wirtschaftlichen Beziehungen anfangen, in bessere Verhältnisse überzugehen, mache der Abg. Berger bei der Berathung der directen Steuern die Bemerkung, daß sich im Etat ein gewisser Deficit verberge und daß die Regierung zur Verdeckung derselben möglichst geringe Extraordinarien aufgestellt habe. Die Commissarien des Hauses haben sich aber nach genauer Prüfung des Eisenbahnets im Allgemeinen und im Besonderen weder für die optimistische Ansicht des Abg. Rickert, noch für die pessimistische des Abg. Berger aussprechen können. Was zunächst die leitere Anschaunung anbetrifft, so war es wohl jedem, der mit den Bedürfnissen der Eisenbahnen vertraut ist, klar, daß die außergewöhnlichen Bedürfnisse, wie Anlage von Eisenbahnbrücken, Güterbahnhöfen u. s. w. nicht lediglich durch Extraordinarium im Etat zu decken sein würden, sondern daß dazu der außerordentliche Staatscredit in Anspruch genommen werden müßte, und daß die Regierung bald davon abgehen würde, solche Extraordinarien in den Etat aufzunehmen. Die Staatsregierung hat sich auch schließlich dieser Ansicht zugemietet; ich kann dies nur mit Freuden begrüßen, aber leinewegs den Schluss anerkennen, welchen der Abg. Berger aus dem geringeren Extraordinarium ziehen zu können glaubt. Aber ebenso muß ich dem Abg. Rickert und seinen optimistischen Anschaunungen Namens der Commissarien des Hauses entgegentreten. Offenbar ist dabei übersehen worden, daß zwar der gegenwärtige Etat eine Mehrerinnahme von etwa 5 Millionen aufweist, daß aber auf der andern Seite dabei Einnahmen haben mit in Betracht genommen werden müssen, welche aus dem Hinzutritt von 680 Kilometer neuer Bahnen im Laufe des Etatjahres hervorgehen werden, wie zum Beispiel die Halle-Kasseler Bahn mit 7 Millionen.

Ich habe die Überzeugung, daß die Staatsregierung in voller Ueber-einstimmung mit den wirklichen Verhältnissen unseres Landes in dem nächstjährigen Etat eine Aufbesserung unserer Verkehrsverhältnisse nicht voraussetzt, daß sie vielmehr glaubt, darauf gefaßt zu sein zu müssen, daß die Krise, in der sich das ganze Land befindet, sich noch weiter vertieft und erst in einer späteren Zukunft auf eine Besserung gerechnet werden darf. Das finanzielle Schicksal unserer Staatsbahnen ist mehr als das irgend eines anderen Eisenbahnsystems abhängig von dem russischen Verkehrs, und wir wissen, daß die Ursachen, welche diesen Verkehr lähmen, voraussichtlich im Laufe des nächsten Etatjahres nicht werden beseitigt werden. Dagegen ist

es erfreulich, daß eine erhebliche Besserung des Gesammtresultats unserer Eisenbahnverwaltung im Laufe der letzten Jahre in den Ausgaben hervorgetreten. Darin liegt überhaupt das Heilmittel für sämtliche Bahnen Deutschlands, daß das Bestehe der Verwaltungen unausgeführt darauf gerichtet wird, wesentliche Ersparnisse in den Ausgaben herbeizuführen. Nach der Übersicht für 1875 hatten wir in diesem Jahre gegen das Vorjahr zwar eine Mindereinnahme von 734 Ml. per Kilometer, auf der anderen Seite aber auch eine Minderausgabe von 4288 Ml., so daß eine Gesammtersparnis von 14,496,000 Ml. erzielt werden konnte, während die Einnahmen sich nur um 1,129,532 Ml. vermehrten. Diese Mehreinnahmen verteilen sich so, daß auf den Personentrafek 724,184 Ml. und auf sonstige Trafäge 663,639 entfallen, während der Güterverkehr eine Mindererinnahme von 258,241 Ml. aufweist — ein Beweis, wie wenig die Tarif erhöhung auf die Bruttoreinnahmen eingewirkt hat. In welchem Maße es bei den Staatsbahnen gelungen ist, eine Verbesserung durch Ersparnisse in den Ausgaben herbeizuführen, wird namentlich erfüllt, wenn Sie die Kosten der Bahn berücksichtigen. Dieselben betrugen 1875 die Summe von 11,978,392 Ml. und sind im diesjährigen Etat mit nur 10,558,850 Ml. eingestellt. Auch in den persönlichen Ausgaben sind nicht unerhebliche Ersparnisse erreicht, wahrscheinlich in Folge des Widerstandes, den dieses Haus im Jahre 1874 der Forderung einer Erhöhung der Ausgaben für die Beamten der Staatsbahnen entgegensezte. Von 54 Eisenbahnverwaltungen, die in einer mir hier vorliegenden Gesamtübersicht zusammengestellt sind, kommen auf 1,000,000 Kilometer bei den preußischen Privatbahnen unter Staatsverwaltung die wenigsten Beamten, nämlich 165, auf die preußischen Staatsbahnen 174, auf die preußischen Privatbahnen 209, auf die außerpreeußischen deutschen Staatsbahnen 224 und auf die außerpreeußischen deutschen Privatbahnen 253 — das sind die meisten Beamten. Per Kilometer Geleislänge gerechnet, stellt sich das Verhältnis so, daß die wenigsten Beamten bei den außerpreeußischen deutschen Privatbahnen vorhanden sind, dann in weiterer Reihenfolge bei den preußischen Privatbahnen und schließlich bei den preußischen Staatsbahnen unter Staatsverwaltung.

Es ergibt sich daraus, daß mit dem geringsten Beamtenapparat in ganz Deutschland unter den hier zusammengestellten 54 Eisenbahnen die preußischen Staatsbahnen arbeiten und mit den relativ meisten die außerpreeußischen deutschen Staatsbahnen. Wir können also mit Genugthuung darauf sehen, daß die Bemühungen dieses Hauses, in dieser Richtung zu sparen, von Erfolg begleitet gewesen sind. Ich habe sodann früher bereits darauf hingewiesen, daß die Gütertarif erhöhung, die 1874 stattfand, nicht die gehoffte Wirkung für die wirtschaftlichen Verhältnisse der Eisenbahnen geäußert hat. Im Zusammenhange hiermit steht mein Antrag. Ich bin der Meinung, daß dieser Antrag, damit er eine genügend autoritative Wirkung der Regierung gegenüber habe, eine eingehendere Berathung erfahren muß, als dies im Plenum möglich ist, und ich beantrage deshalb seine Verweisung an die Budgetcommission zur schleunigen Berücksichtigung. Es wird dadurch die Eventualität vermieden, daß ein desfallsiger Beschuß des Hauses nicht dem Vorwurfe ausgefegt ist, als ob er das Ergebnis eines momentanen Einbrucks und nicht jürgfältige Erwägung sei. Ich würde es unendlich belägen, wenn die Geschäftslage des Hauses und zunächst der Budgetcommission es nicht gestattete, die Sache baldig zu erledigen, und gebe mich vielmehr der Hoffnung hin, daß es gelingen wird, die Angelegenheit recht bald wieder vor das Haus zu bringen. Bei der Vorlage des Etats für 1874 erklärte sich der Finanzminister für eine Erhöhung des Tarifs; das Haus sprach sich damals jedoch nicht über diese Frage aus, ebensoviel nachher zu dem Vorlage der Commission, welche zur Prüfung des von der Regierung geforderten Credits eingestellt war. Die Staatsregierung sah sich aber doch veranlaßt, diesen Weg zu beschreiten und die Sache dem Bundesrat zu übergeben. Dieser lehnte jedoch ein Eingehen zunächst ab wegen Mangels an Information über die Nothwendigkeit und die Tragweite der Maßregel, nachdem aber die Betriebsergebnisse des Jahres 1873 vorlagen, faßte er unter dem 11. Juni 1874 den bekannten Beschuß, wonach einer Erhöhung des Tarifs um 20 Prozent von Seiten des Reichs ein Widerstand in den Weg gelegt wurde, und der preußische Handelsminister fand sich veranlaßt, noch an demselben Tage auf Grund dieses Beschlusses nicht bloss die Staatsbahnen anzeweisen, mit der Gütertarif erhöhung vorzugehen, sondern auch generell den Privatbahnen des Staates die desfallsige Erlaubnis zu ertheilen. Es bedeutet dies nichts weniger, als die Zulässigkeit der Erhöhung der Güterverkehrsreinnahme um 20 Millionen Thaler pro Jahre. Ich weiß sehr wohl, daß die Staatsregierung die volle Erhöhung nicht beabsichtigt und daß auch nicht alle Bahnen von ihr Gebrauch gemacht haben, aber die meisten Privatbahnen haben das mit einer gewissen Brutalität gethan.

Da weiß nicht, ob die Regierung hiergegen vorgegangen ist, aber jedenfalls wurden ihr alle wirtschaftlichen Schäden, die sich daraus ergaben, zur Last gelegt und die Missstimmung im Lande stieg aufs Höchste. Nur solche

Stadt-Theater.

(Das Brunnenmädchen von Ems.)

Wie schon der Titel unschwer errathen läßt, haben wir es in diesem neuen Schauspiel von G. Horn mit einem Volksstück zu thun — und wie der Zusammenhang und der Gang der Handlung vermuten lassen, ist dieses Volksstück aus einer Novelle entstanden. Die ganze Struktur des Lustspiels weist darauf hin, in dem das epische Nacheinander an Stelle der dramatischen Handlung herrscht.

Indes tritt das Volksstück so harmlos und bescheiden auf und appelliert so kräftig an Herz und Gemüth des Zuhörers, daß man sich trotz der in die Augen fallenden Mängel und Unwahrcheinlichkeiten unwillkürlich gesesselt fühlt.

Hätte der Autor das Motiv der Verwechslung zweier gleichnamiger Männer etwas weniger flüchtig ausgeführt, so hätte das Stück entschieden an innerer Wahrscheinlichkeit gewonnen.

Über alle Bedenken trug jedoch die Novität die vortreffliche Darstellung im Stadttheater hinweg, und aus dieser wiederum Frau v. Moser-Sperner in der Titelrolle. Das ist eine Künstlerin von der Muse Gnaden — die alle Affekte auf ihrem Register hat und sie nach Drang und Belieben zu verfinnen vermag. Lachen und Weinen, Freude und Schmerz, das höchste Entzücken und die tiefste Trauer weiß Frau v. Moser-Sperner so wahr und anmutig auszudrücken, wie wenige Schauspielerinnen. Darum machen fast alle ihre dramatischen Gestalten den Eindruck einer lebenswarmen Natürlichkeit und Frische. Für die Rolle des Brunnenmädchen von Ems brachte die Künstlerin die bezauberndste Anmut mit, über die sie zu verfügen hat.

Mit Vergnügen begrüßten wir auch Herrn Meery wiederum auf den Brettern. Herr Meery hat sich im Lobetheater durch ehrliche Arbeit und bedeutende Begabung die Gunst des Publikums errungen. Diese wird ihm auch im Stadttheater nicht fehlen, wenn er seinen Darstellungen jenen künstlerischen Ernst verleiht, der ihn stets vor vielen seiner jüngeren Kollegen vortheilhaft auszeichnete.

Die anderen Rollen des Stückes sind mehr oder minder bedeutende Episoden. Fr. Kelly spielte die „Renierte Sibylle Großkopf“ im Frankfurter Idiom sehr drastisch und hätte sicherlich einen noch größeren Erfolg erzielt, wenn sie nicht den besten Theil ihrer Rolle weggliebt hätte. Das Lachen sollten die Darsteller lieber dem Publikum überlassen. Herr Mejo statte seine Börsenagenten „Birkmann“ mit witzamer Komik aus und Herr Hanseler erregte als „Manuel“ große Heiterkeit.

G. K.

Schlesische Biere und Biertrinker im Mittelalter.

Bon Jan Ballach.

Schon zu Anfang des laufenden Jahrtausends war das Nahrungsmittel in flüssiger Form, dessen combinirte Eigenschaft des Nährens und Erheiterns der Deutschen seit Alters her nach Gebühr zu würdigen gewußt, das Bier, ein beliebtes Getränk der Schlesier. Doch fehlten über Bereitung und Consum des Bieres im eltesten und zwölften Jahrhundert authentische Nachrichten. Unter Herzog Heinrich V. Graus, also gegen Ende des dreizehnten Jahrhunderts, stand das Bierbrauen in Schlesiens Hauptstadt bereits in Blüthe, wie schon daraus hervorgeht, daß dieser Herzog im Jahre 1296 mit Dietrich Pfefferkorn einen Vertrag schloß, welchem gemäß der letztere jährlich sechs Malter Bier-Malz als Zins an die herzogliche Brauerei zu entrichten verpflichtet

war. Auch wird in letztem Jahr eines Syzygus Brassiator erwähnt, während im Jahre 1303 die brassatores (Brauer) schon die für damalige Geldverhältnisse nicht unbedeutende Summe von 32 Mark 11 Bierdung an die Kämmererfasse zahlten.

Schweidniz braute schon früher Bier und war vor Breslau im Besitz dieser beigleicher Privilegien. In einem Briefe Herzog Heinrich IV. von Breslau aus dem Jahre 1277 heißt es, „den Bürgern der Stadt Schweidniz sei gestattet, Bier auszuführen und zu verlegen.“ Gegen Ende des vierzehnten Jahrhunderts erfreute sich das Schweidnitzer Bier eines ausgezeichneten Rufes und wurde nicht allein nach den meisten Städten Schlesiens, sondern auch in das Ausland versandt, so nach Prag, Osen, Krakau und sogar nach Italien, wo es besonders in Pisä von den Bierfreunden allgemein verehrt wurde. Da nun in den meisten Städten zu damaliger Zeit die Kämmerereien allein das Recht hatten, importierte Biere, namentlich das renommierte Schweidnitzer in ihren Stadtkellern zu verzapfen, so erhielten diese Kellerei den Namen „Schweidnitzer Keller.“ So gab es außer in Breslau, in Liegnitz, Brieg, Neumarkt, Osen u. s. w. „Schweidnitzer Keller“, auch auf der Dominsel in Breslau wird im Jahre 1470 eines „Schweidnitzer Keller“ erwähnt. Im Rathskeller zu Breslau begann der Ausschank des beliebten Schweidnitzer Bieres um das Jahr 1380 und seit dieser Zeit schreibt sich aller Wahrscheinlichkeit nach seine Bezeichnung „Schweidnitzer Keller“ her. Die Rechnungen der Keller-Verwaltung weisen erst seit dem Jahre 1392 eine Einnahme „de cerevisia Swidnicensi“ und seit 1429 „de cellario Swidnicensi“ auf, doch liegt hierin keine Veranlassung, die obige Annahme in Zweifel zu ziehen. Gegen Ende des vierzehnten Jahrhunderts wurde das Schweidnitzer Bier zum Zantafel zwischen dem Rath der Stadt Breslau und der Dom-Gesellschaft. Der Dom-Gesellschaft nämlich, welche wohl unter der Gerichtsherrlichkeit des Herzogs gestanden, jedoch der Jurisdicition des Raths nicht unterstellt war, beliebte es das Schweidnitzer Bier nicht aus der Stadtkellerei, wo es mit Steuerausschlag verkauft wurde, sondern unmittelbar aus Schweidniz zu beziehen. Dieses konnte ihr die Stadtbehörde nicht verwehren. Allein die Herren Vicarien begnügten sich nicht damit, Bier für ihren eigenen Bedarf kommen zu lassen, sondern richteten — was sich mit der Stellung und Würde der frommen Herren, nach jetzigen Begriffen wenigstens nicht recht vertrug — ihre Wohnräume zu Bierstuben ein und machten der Stadtkellerei Concurrenz, indem sie das Schweidnitzer Bier zu billigeren Preisen verhängten. Selbstredend strömte die Bürgerschaft den geistlichen Kneipen zu und vernachlässigte den Rathskeller, um so lieber, als es ihr auf dem Domgebiet freistand, ihrem Unwillen gegen die Patricier, die hier nichts zu sagen hatten, nach Belieben Lust zu machen. Bald erfolgte ein Beschuß des Rathes, der den Biermarkt auf dem Dom als dem Stadttäfel nachtheilig aufsah. Zugleich verbot der hohe Rath, um dem Nebel ganz abzuholzen, bei schwerer Strafe den Dom-Gesellschaft von Schweidniz Bier zuzuführen. Dies ging Anfangs ohne Unruhe ab, bis vor Weihnachten 1380 ein Fuhrmann mit mehreren Fässern Schweidnitzer Bier nach Breslau kam, welches Herzog Ruprecht von Liegnitz seinem Bruder, dem Domdechanten Heinrich zum Geschenk sandte. Der Fuhrmann bat die Consuln um Erlaubnis, das Bier, welches ein Geschenk und kein Handelsartikel sei, auf den Dom befördern zu dürfen. Statt dessen ließ der Rath das corpus delicti confisciren und den Fuhrer verhafteten, worauf der damalige Verweser des Bisithums Breslau mit

Zustimmung des Breslauer Dom-Capitels die Stadt mit dem Banne belegte.

Der Rath verweigerte die geforderte Genugthuung, die Geißlichkeit das Messfelesen. So blieb es bis 27. Juni 1381, wo Wenzelaus, König von Böh

Männer, welche nicht gewohnt sind, in die Bedürfnisse des Landes einzudringen, könnten sich darüber täuschen, daß die Maßregel eine verhängnisvolle war, weil sie in der Krise doppelt schädlich wirken müssten. Das bittere Gefühl hatte man im ganzen Lande und man wird dasselbe als berechtigt von keiner Seite bestreiten, daß während das Schiff, welches die wirtschaftlichen Elemente unseres Landes trägt, sich in einem brandenden Strom befand, die Staatsregierung einem Theil der Mannschaft die Rettungsboote zur Verfügung stellte, während sie die übrigen ihrem Schicksal überließ. Es war ja überhaupt ein großer politischer Fehler, zu glauben, daß durch eine Tariferhöhung unbedingt eine Verbesserung der Lage der Eisenbahnen eintreten müßte; ich habe da Beispiele vom Gegenbeispiel, und ich wäre der Meinung gewesen, daß man gerade mit einer Tariferniedrigung hätte vorgehen müssen. Durch die Tariferhöhung sind sämmtliche andere Industriezweige auf Kosten der Eisenbahnen aufs Härteste geschädigt worden, besonders die Kohlen-Industrie in Westfalen, für die sie geradezu eine Calamität wurde. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß das Haus mit Rücksicht auf Zustände, welche durch jene Erhöhung im ganzen Lande hervorgerufen worden sind, auf meinen Antrag eingehen wird. (Beifall.)

Handelsminister Dr. Achenbach: Was meinen eigenen Standpunkt betrifft, so will ich hier erklären, daß der Eisenbahnnetz, wie er vorliegt, von meiner Seite weder für ein Zeichen des wieder aufblühenden Verkehrs angesehen wird, noch als ein Zeichen dafür, daß wir mit einem Defizit wirtschaften. Der Staat ist mit Vorsicht aufgestellt nach Lage der Verhältnisse, welche bei seiner Aufstellung vorlagen. Es sind weder die Einnahmen zu hoch angeföhrt worden, noch hat auch eine erhebliche Vermehrung der Ausgaben stattgefunden, weil man mit möglichster Defornie mit den vorhandenen Mitteln vorgegangen ist; so ist, während 1874 die wirtschaftliche Ausgabe 122,957,000 Mark betrug, dieselbe trotz der Vergroßerung des Eisenbahnnetzes diesmal nur auf 108,942,000 Mark angestiegen. Aber gerade diese Thatsache sollte doch den Abg. Hammacher vorsichtig machen, einen solchen generellen Antrag auf Tariferniedrigung zu stellen. Ich stehe doch gewiß nicht auf dem Standpunkt, daß ich mich den Bestrebungen zur Herbeiführung einer Verkehrsleiterichtung widersetze, das geht doch auch aus allen Re-scripsen und Maßregeln der Regierung her vor. Der Vorredner hat die Maßregel der Tariferhöhung als eine verhängnisvolle bezeichnet und ist der Ansicht, daß man zu jener Zeit eher eine Tariferniedrigung hätte eintreten lassen müssen. Im Jahre 1873 beschäftigte man sich überall, wo sich die öffentliche Stimmung geltend machen konnte, mit der Frage der Tariferhöhung und diese Erörterungen veranlaßten am 17. November 1873 den Finanzminister im Abgeordnetenhaus, und am 15. Februar 1874 mich selbst im Herrenhause, über den Gegenstand zu sprechen und auf die wahrscheinliche Notwendigkeit einer Erhöhung hinzuweisen. Auch der Bundesrat beschäftigte sich eingehend mit dieser Frage und die Commission, welche damals über das sogenannte 50-Millionengesetz beriet, stellte in Bezug hierauf verschiedene Male direct eine Anfrage an mich, der Commissionsbericht erklärte sogar, die Bewilligung der gesordneten Summe der Zustimmung des Bundesrats zu einer dauernden Erhöhung des Eisenbahn-Tariffs um 20 p.Ct. abhängig machen zu wollen. Als dann dieser Bericht vor das Haus gelangte, so erhob Niemand Widerspruch gegen die Tariferhöhung, so einstimmig war man damals von der Notwendigkeit der Maßregel in den maßgebenden Kreisen überzeugt. Ich glaube aber auch, daß jene Maßregel heute noch ebenso zu vertreten ist, wie damals. Es war allerdings eine Notwendigkeit, aber das Misstrauen des Publums zu den Eisenbahnen war damals ein so großes, daß wenn nicht eine derartige Maßregel zur Erhöhung des Eisenbahn-Tariffs und des Nutzens des Publums eintrat, man neben dem andern Calamitäten noch eine allgemeine Eisenbahn-deroute zu erwarten hatte.

Nun ist allerdings mit der Erlaubnis zur Tariferhöhung Anfangs sehr viel Missbrauch getrieben worden (Sehr richtig!) und die Hoffnung der Regierung, daß mit Anhängern der allgemeinen Calamität auch die Tarife wieder erniedrigt werden würden, hat sich nicht im vollen Maße erfüllt, aber es ist doch schon ein Ergebnis nach dieser Richtung hin vorhanden und die Konkurrenz wird in dieser Beziehung noch ein Weiteres thun. Es ist durchaus nicht richtig, solche Calamitäten, wie die der westfälischen Kohlenindustrie, auf die Tariferhöhung zurückzuführen; diese beruhen auf ganz anderen Gründen und werden auch durch die Tariferniedrigung nicht sofort gebrochen werden. Die Regierung wird sich stets bestreben, nach Möglichkeit solche Notstände zu lindern, aber dies durch einen so generellen Antrag, wie es der Abg. Hammacher will, zu thun, wäre äußerst bedenklich, da man absolut nicht die Consequenzen übersehen kann. Der jetzige Zeitpunkt ist aber um so weniger geeignet zu solchen Schritten, als am nächsten Montag im Handelsministerium eine Versammlung der Vertreter sämtlicher deutschen Eisenbahnen beabsichtigt ist, um die Erhöhung des Tarifsatzes zusammenzutreffen. Wie es mit allen solchen Sachen in der öffentlichen Meinung geht, können Sie daraus ersehen, daß während man die Tarifeinheit als einen großen Segen für die deutschen Eisenbahnen gesehen hat, viele Blätter die-

selbe jetzt als nichts weiter denn ein Ideal bezeichnen und erklären, daß es vollständig gleichgültig sei, ob man 20,000 Tarife habe, wenn sie nur den vorhandenen speziellen Bedürfnissen entsprechen. So ist es auch mit der Frage der Tariferhöhung gegangen. Ich kann Sie nur bitten, jenen kategorischen Antrag, der die Regierung zwingen will, ohne Rücksicht auf die Verhältnisse generell eine Erniedrigung vorzunehmen, nicht Ihre Zustimmung zu ertheilen. Wollen Sie ihn in die Budgetcommission vermeisen, so kann ich ja nicht widersprechen, aber ich glaube nicht, daß etwas dabei herauskommt wird. Seien Sie überzeugt, daß auch so mein ganzes Bestreben dahin geht, möglichst den Verhältnissen Rechnung zu tragen.

Abg. v. Wedel-Malchow: Ich pflege nicht in allgemeine Klagen wie über unsere jetzige wirtschaftliche Krise einzutreten, wenn ich nicht glaube, bestimmt den Punkt angeben zu können, wo Remedium geschafft werden kann. Nun bin ich in der That der Meinung, daß billige und gerechte Tarife den Verkehr sehr heben, da für viele Industriezweige eine Brach-Differenz allein dafür entscheidend ist, ob dieselben überhaupt produzieren können oder nicht. Ich bin auch nicht der Ansicht, welche gestern der Abg. Richter als die sehnige ausgesprochen hat, daß die Staatsregierung bei einer solchen Calamität die Hände in den Schoß legen soll, sondern sie hat die Pflicht zu prüfen, ob sie dagegen irgend wie Hilfe schaffen kann. Dies ist ein Hauptgrund, weshalb ich den Antrag Hammachers befürworte. Ich verkenne die finanzielle Tragweite der von uns empfohlenen Maßregel keineswegs, aber ich bin zu der Überzeugung gekommen, daß bedeutende Erholungen in Material und Personal gemacht sind, so daß z. B. die dreiprozentige Rente der Magdeburg-Halberstädter Bahn sechs Prozent gebracht hat, und daß deshalb die früher verstatuierten Tarif-Erhöhungen nicht mehr nötig sind. Ich meine auch, daß der durch eine Tarifermäßigung herbeigeführte Aufschwung durch die dadurch hervorgerufene Verkehrsverhöhung gedacht wird. Jedenfalls wird man bei der demnächstigen Normierung der Maximaltarife große Vorsicht anwenden müssen, damit die Intentionen des Ministers erreicht werden. Um den Handelsminister gegen den allerdings berechtigten Widerstand der Privatbahnen gegen die Erhöhung der Tarife zu stärken, muß ihm die Autorität dieses Hauses zur Seite stehen, welche zum Ausdruck kommt, entweder durch Annahme des Antrages, oder durch Uebermeilung an den Minister zur dringenden Erwähnung. Ich beantrage prinzipieller die Ueberweisung des Antrages an eine besondere Commission von 21 Mitgliedern.

Abg. Richter (Hagen): Die bisherigen Ausführungen sind wohl darauf berechnet gewesen, auf die demnächst hier zusammentretenden Vertreter der deutschen Eisenbahn-Berwaltungen einen Einfluß zu üben und aus demselben Grunde bin ich genötigt, einige sofort zu replizieren. Ich meine, die bevorstehende Tarifreform ist ein überaus erfreuliches Ereignis und verdient mehr Anerkennung, als die tückische Haltung des Vorredner gezeigt hat. Daß sich hierüber sämmtliche deutsche Bahnhverwaltungen geeinigt haben, gibt einen klaren Beweis dafür, daß in Deutschland eine Reform im Eisenbahnwesen auch auf anderer Grundlage stattfinden kann, als auf der Grundlage des Reichseisenbahn-Projektes. Darüber müssen sich auch die Freunde dieses Projektes um so mehr freuen, da man jetzt das Bismarck'sche Projekt als vollständig gefeiert betrachten muß. Seit der letzten Debatte über dieses Project in diesem Hause ist eine größere Kundgebung für dasselbe nicht mehr erfolgt. Es hat eine Reichstagsession stattgefunden, und man hat sich wohl gehütet, dort die Sache in Anregung zu bringen, weil der Erfolg mehr als zweifelhaft war. Der deutsche Handelstag hat trotz der Bemühungen des Abg. Hammachers eine Beiflussfassung über diese Angelegenheit abgelehnt. Dasselbe hat der volkswirtschaftliche Congres, der in Bremen, einer dem Projecte günstig gesinnten Stadt, tagte. Kühl bis ans Herz hinan hat sich die deutsche Nation gerade in ihren sachverständigen Kreisen gegen dieses Project verhalten. Durch die letzten Reichstagswahlen sind die Anhänger des Reichseisenbahnprojektes in die entschiedene Minorität gekommen, so daß die Regierung sich wohl hüten wird, eine entsprechende Vorlage zu machen. Auch im Bundesrat hat die Angelegenheit an Sympathien nicht gewonnen. Wenn jetzt angeblich Berechnungen über den Kaufwert preußischer Bahnen stattfinden, so mag dies formell richtig sein, tatsächlich aber wird dabei die für den Ankauf von Privatbahnen günstige Zeit immer mehr verpasse. Auf kleine Summen kommt es in so großer Frage ja überhaupt nicht an. Die Reform ist auch nach einer anderen Seite hin bedeutsam. Die Anregung zu derselben ist von den Privatbahnen ausgegangen. Der preußische Handelsminister hat sich gegen dieselbe Anfangs sehr läßt verhalten, allmälig hat sich sein Interesse vermehrt und in dem jetzigen Stadium hat er sich allerdings um dieselbe erhebliche Verdienste erworben. Gar keine Verdienste hat sich aber erworben der Präsident des Reichseisenbahnantes, Maybach, der sich persönlich gegen die Reform indifferent und in seiner offiziellen Presse feindlich verhalten hat.

Das Reichseisenbahnamt hat wieder gezeigt, daß es unnütz ist, so lange der Dualismus besteht und nicht der preußische Handelsminister an seiner Spize steht, so lange ist es nur dazu da, die Eisenbahnverwaltungen zu

verirren und noch mehr Schaden zu verursachen, als bereits vorhanden ist. (Sehr richtig!) In demselben Stadium hat sich die Sache schon einmal vor Eintritt des Herrn Maybach in das Reichseisenbahnamt befunden und ähnliche Conferenzen zur Clasification der Güter unter die einzelnen Tarife waren damals geplant. Es ist richtig, daß die Stimmung in den kaufmännischen und gewerblichen Kreisen in Bezug auf Tarifeinheit in dem Maße sich verändert hat, als man der Sache praktisch näher gekommen ist. Für das Elsaß-Lothringische sogenannte natürliche System, für welches vor drei Jahren viele schwärmen, hat in Norddeutschland Niemand mehr Interesse. Man sieht in Handelskreisen ein, daß eine Tarifeinheit auf der einen Seite Tarifermäßigung und auf der anderen Seite Tariferhöhung im Interesse der Einheit herbeiführen muß. Von der Tarifeinheit ist die Entwicklung historisch ausgegangen und ist durch fortwährende Erhöhungen zur Tariffreiheit gekommen, so daß man bei der Rückkehr zur Tarifeinheit prüfen muß, wie weit die Tariffreiheit noch historisch berechtigt ist. Bis zu diesem Grade ist die Tarifeinheit ein überaus wünschenswerthes Ereignis. Die stattgehabten Conferenzen von Sachverständigen lassen zweifelhaft erscheinen, ob nicht zwei Stückgutklassen und vier Specialklassen wünschenswert sind. Jedenfalls möchte ich den Minister ersuchen, im Interesse der Verwohlseileitung in der Zulassung von Ausnahmetarifen nicht zu lang zu sein. Was die Tariferhöhung von 1874 betrifft, so ist nicht nur die Regierung, sondern auch das Haus für die verantwortlich. Wenn der Abg. Hammacher mit seinem großen Einfluß damals ein so entschiedener Gegner gewesen wäre, so war er verpflichtet zu opponieren; nachher blug zu sein, ist sehr leicht. Allerdings wäre die Tariferhöhung im Jahre 1872 besser am Platze gewesen, als aber später die Preise für die Bedürfnisse der Eisenbahnen sich erheblich erhöht hatten, könnte man den Eisenbahnen die Erlaubnis nicht verlagen, auch die Transportpreise zu erhöhen, ohne eine noch stärkere Deroute im Eisenbahnwesen hervorzu rufen. Allerdings sind Kohlen und Eisen auch für die Eisenbahnen jetzt billiger geworden. Viele Industriezweige können die höheren Transportpreise heute noch weniger vertragen; die Eisenbahnen würden besser thun, billig zu transportieren, anstatt den Transport überhaupt zu gefährden, und manche Eisenbahnen gehen auch aus eigenem Antrieb herab, andere unter dem jähsten Druck des Ministers.

Der Bundesrat hat noch vor wenigen Tagen gegen die Regierung die Erwartung ausgesprochen, den Zusatz aufzuheben, soweit nicht besondere Betriebs- oder Finanzverhältnisse einzelner Bahnen Ausnahmen nötig machen. Will der Abg. Hammacher etwa solche besondere Verhältnisse nicht berücksichtigen? Er hat doch gerade vor bureaukratisch-schablonistischer Behandlung der Sache gewarnt. Er will den Eisenbahnen Maximaltarife gestatten; Maximaltarife aber kann man nicht so knapp bemessen, daß sie auf hören, es zu sein. Der Vorschlag schließt auch nicht an an die jetzige Tarifreform. Der Abg. Hammacher will ihn nur bis zum Oktober, bis zur Einführung der Tarifreform gelten lassen. Solcher ewige Tarifwechsel erzeugt aber nur Verwirrung. Es ist überhaupt sehr populär, solchen Antrag zu stellen, aus fremdem Leder Schuhe zu schneiden und den Privatbahnen zu decreten, billiger zu fahren. Wie verhält sich aber der Vorschlag zum Staatsseisenbahnnetz? Nach slüchtigem Überblick würde er hier 18 Mill. Mark kosten, die Rentabilität der Staatsbahnen unter 3½ p.Ct. herabdrücken, so daß sie hinter den Zinsen der Staatsseisenbahnlinien um 1 p.Ct. zurückbleibt? Wie will der Abg. Hammacher den Ausfall decken? Erwähnbar durch Zusatz zur Klassen- und Einflusssteuer? Das würde die Maßregel in weiteren Kreisen unpopulär machen, als sie jetzt scheinbar populär ist. Die wirtschaftliche Calamität leugnen wir am wenigsten vom Standpunkt unserer Wahlkreise, aber man soll sich nicht einbilden, hier eine Wünchelruhe zu beobachten, mittels der man erhöhte Werthe erlangen kann. Was das Decret nach der einen Seite verwohlseilt, verheiuet es nach der andern. So vertheuern auch die Schuhzölle die Consumption. Unter den Besitzern von Bergwerken und Gruben sind verhältnismäßig mehr reiche Leute als unter den Besitzern von Actien und Eisenbahnprioritäten. Letztere leiden unter der geringen Rentabilität der Eisenbahnen recht schwer, müssen ihre Lebenshaltung einschränken, können weniger kaufen und werden dadurch auch auf Einschränkung der Production ein. Gerade die Eisenindustrie leidet besonders unter den Einschränkungen der Bestellungen der Eisenbahnverwaltungen. Bureaukratische Behandlung der Tariffragen wird die Eisenbahnen erst recht abschrecken, weitere Anlagen zu machen. Diese Replik, zu der mich der Abg. Hammacher nötigt, kann den Anhängern erwidern, als ob ich mich weniger interessiere für billige Tarife, als ein Anderer. Damit das Haus nicht derselben falschen Beurteilung unterworfen wird, halte ich es für richtig, den Antrag Hammacher an die Budgetcommission zu verweisen, anstatt ihn einfach abzulehnen. Die Ueberweisung soll aber nicht den Antrag, mit der Autorität der Commission bekleidet, möglichst rasch wieder vor das Haus bringen. Die Commission muß den Antrag sehr gründlich nach allen Seiten hin prüfen. Besser, es kommt kein Antrag in das Haus, als ohne solche Prüfung. (Beifall.)

Der Rath zu Brieg sah sich veranlaßt, gegen die starke Einführung des Schöps aufzutreten und verordnete im § 17 der Generalarbeitsordnung, „so bey der Stadt Brieg den Einwohnern zu wissen von nöthen“, im J. 1553: „keiner soll nicht schöps hereinführen zu verkaufen oder zu verschänken“. So der Poen 30 Groschen.“

Nach Tarnowitz wurde, besonders zur Zeit, als der Bergbau selbst die höchste Blüthe erreicht, d. i. um das Jahr 1550, Breslauer Schöps in ungewöhnlich großen Quantitäten ausgeführt. In einem Brief an seinen Geschäftsträger, Caspar Ezel, in Wien schreibt Marggraf Georg Friedrich von Brandenburg d. d. Schwabach, 24. Februar 1565, daß „auf Tarnowitz von Preßlau jährlich über die zehntausend Thaler Bier gefördert“ würde. Und doch — so überraschend die Angabe des Markgrafen sein möge — steht sie noch weit unter der Wirklichkeit, denn es folgt aus zuverlässigen Aufzeichnungen, daß im Durchschnitt jährlich 6458 Achtel Breslauer (das Achtel zu 200 Breslauer Quarti) nach Tarnowitz ausgeführt wurden. Da nun im Jahre 1567 ein Achtel Schöps 4½ Floren gefestet hat, so macht das für Tarnowitz eine jährliche Ausgabe von über 29,000 Floren.

Nach den Statuten von Trebnitz vom 30. Mai 1572 wurde Breslauer Schöps in dem dortigen Stiftsteller geschänkt und daß man es in Krappitz a. O. verkaufe, ist daraus ersichtlich, daß es in der Brauordnung für die Stadt von 1581 des Hans v. Redern heißt: „Anlangende den Schepz und Ander fremde Bier, diemel es mit dem Herren sowohl auch den Privat-Personen zu schaden gelangt, soll defelbem keines (es wehre denn mit meiner Zulassung) geschehen.“

Welt entschiedener eisern die Väter von Freistadt gegen den beträchtlichen Consument des Breslauer Schöps. In der „Erklärung allerer alten Statuten der Stadt Freistadt vom Rath, Geschworenen, Bürgern und Gewerkschaften vom 24. Januar 1590“ heißt es im § 2: „Die weil auch am Tage ist, daß der Brauurbart durch Einfuhr des Schöps merklich geschwächt und daß man nunmehr fast in allen Winkeln ganze Vase des desselben fremden Trankes aufsieget, sich dabei stark und arm sauft, will zwar der Rath die Einfuhr zum eigenen Gebrauch nicht verbieten, wohl aber den Verkauf bey Strafe von 10. Mark böhmisch, und soll vom Achtel ein halber Thaler geben werden.“

Das der Stadt Militsch von Joachim Malzahn, Freiherrn von Marienberg verliehene Statut vom 27. October 1609*) besagt sehr bestimmt: „nur dem Rath der Stadt Militsch ist es erlaubt, in den drei Jahrmarkten und auf die Pfingstfeiertage Breslauer Bier im Stadtkeller schänken zu lassen. Und wenn eine Frau im Kindesbette liegt, so ist dem Manne erlaubt, ein Bierl oder zwei Achtel für seinen Haushaltung einzuführen, nachdem dies zuvor beim Rath ge-meldet worden.“

Das Bierbrauen lag in Breslau hauptsächlich den sogenannten Ketschern ob, deren man um 1300 etwa 200 jählte, doch stand es nach der Ordnung vom Jahre 1455 auch andern Bürgern frei, bestimmte Quantitäten Märzbier, — das im März gebraute Bier galt schon damals für das beste — zu brauen. Die Ketschern bildeten ein eigenes Mittel und hatten wesentliche Privilegien. Nach der Be-

stimmung vom 7. April 1582 sollte kein neues Ketschmerhaus erbaut werden und nach dem Reichsdecreto vom 3. März 1648 durfte ein Ketschmerurbart nicht auf ein anderes Haus übertragen werden. Das Ketschmergesinde mußte neun Jahre dienen; auch durfte Niemand, der nicht bei der Zunft gedient, der nicht eines Ketschmers Sohn gewesen, oder eines Ketschmers Wittwe geheirathet hat, zum Brauurbart zugelassen werden. Aus der Zunft der Ketschmer ist stets einer Mitglied des Rathskollegiums gewesen. Die Ketschmerhäuser waren mit sogenannten Regeln, oder langen schmalen Schildern bezeichnet, in Brieg sogar bis 1563 mit Besen, die von langen Stangen getragen wurden. Das Bierschenken war nur an einzelnen Tagen der Woche gestattet, nur der Ketscham zur Neisser Herberge hatte später durch kaiserliches Privileg die Befugniß, täglich Gäste zu bewirthen.

Die Bereitung des Malzes versahen die Mälzer, welche wiederum eine eigene Zunft ausmachten und zwar in besonders hierzu bestimmten Häusern, deren das Ketschmermittel fünf befahl.

Die Kämmerer in Breslau hatten schon in den ältesten Zeiten ihre eigenen Brauereien, doch brachten sie nur für den eigenen Bedarf, der vermutlich kein geringer war. Die Augustiner auf dem Sande, die Klarissinnen, das Matthiasstift brachten namhafte Quantitäten und waren verpflichtet, Braugefäße zur Hälfte in Gold zu entrichten, während die Dominikaner, Minoriten und Barmherzigen Brüder als „arme Orden“ die Braugebühren nur in Courant und Münze zahlten. Die Brauerei der Commende Corporis Christi und im Brauhause auf dem Dom hatte das Ketschmermittel in Pacht.

Die Kämmerer, welche etwa seit 1345 Bier im Rathskeller für eigene Rechnung verschäften ließ, baute erst im Jahre 1500 eine eigene Brauerei auf der Kupferschmiedestraße. Im Jahre 1519 wurde eine zweite Rathsbrauerei auf dem Klinge, dem Rathshause gegenüber, eingerichtet und diese mit dem Keller durch einen unterirdischen Gang verbunden, um das Bier bequemer zum Rathskeller befördern zu können. In dem Rathsbrauhaus auf der Junkernstraße wurde vornamlich Weißbier gebraut und scheint es, daß damals das Weißbierbrauen nur der Kämmerer vorbehalten war. Die Ketschmer ließen es nicht an Bemühungen fehlen, das Recht, Weißbier zu brauen, für sich zu erwerben und mochten sich, als ihnen dieses verweigert wurde, zu allerlei lauten Ausserungen ihrer Unzufriedenheit haben hinreissen lassen, was einem Chronisten zu der doppelseitigen Ausfertigung Anlaß giebt: „das Weißbier mache unruhige Köpfe.“ Später (1620) war es auch den Ketschern gestattet, Weißbier zu brauen.

Zu den Vorrechten des Raths zu Breslau gehörte auch der Verkauf des Hopfens an die Ketschmer zu Gunsten der Kämmererkasse. Bei der Wichtigkeit dieses Monopols ertheilte der Rath 1370 eine besondere Verordnung, die Reinheit und richtige Messung betreffend, und im Jahre 1396 König Wenzel eine „Begnadigung über das Hopfenshaus“, nach welcher zum Bedarf in Breslau nirgends anders als im Stadthopfenshaus Hopfen gekauft werden durfte. Das Hopfenshaus blieb lange bestehen. Am 9. October 1581 erschien eine abermalige Ordnung im Hopfenshaus. Noch 1716 mußte am 18. Juli und am 2. September über das Hopfensamt und den Verkauf an den Kaiser berichtet werden.

Neben dem in eigenem Brauhause gebrauten Bier, ließ der Rath im Rathskeller auch fremde Biere, deren alleiniger Verkauf ihm zu-

stand, verschanken und zwar waren, nachdem das Schweidnizer seine Beliebtheit eingehüft (1480), das Goldberger, Striegauer, Frankfurter, Zerbster, Warschauer, Merseburger, Prager, Mannheimer, später ein Doppelkier aus der Grafschaft Glaz die am meisten begehrten Sorten.

Von Breslauer Bieren verdienen noch erwähnt zu werden: das Hafnerbier, zuerst 1533 gebraut, das Weizenbier, seit 1680 im Gebrauch, ferner das Bitterbier, das 1696 zum ersten Male gebraut und in dem davon genannten Bitterbierhause zum goldenen Stern auf der Schweidnitzer-Straße, dem Ketschmermittel gehörig, seitdem alljährlich verschänkt wurde. Das Bitterbier erwarb sich bald zahlreiche Verehrer, die es namentlich im Mai, wo sein Ausschank regelmäßig begann, gern genossen. Noch vor wenigen Jahren zeigte sich das Bitterbierhaus in seiner altherwürdigen primitiven, aber soliden Gestalt. Später hat man es modernisiert und das Bitterbier mußte dem Batriischen weichen.

Doch uns unsere Vorfahren in der Leistungsfähigkeit im Biertrinken durchaus nicht nachstanden, dafür gibt es in den Berichten der Chronisten damaliger Zeit eclatante Beispiele. Die Stadt Sagan braute im Jahre 1611 941 ganze Biere, von welchem jedes 54 Achtel (à 200 Quart) hielt. Dieses macht 10,162,800 Quart aus und nach damaliger Einwohnerzahl von Sagan auf die Person täglich 7½ Quart.

Bedeutet man nun, daß Kinder, Greise und — selbstredend — Damen nur wenig Bier genossen, so ergiebt sich für die bierfähigen Jünglinge und Männer Sagans eine ganz ansehn

Handelsminister Dr. Achenbach: Ich habe wiederholt meinem Bedauern darüber Ausdruck zu geben gehabt, daß ich so selten mit dem Vorredner, dessen hohe Beschäftigung in wirtschaftlichen Dingen ich anerkenne, in Uebereinstimmung mich finde. Heute freue ich mich um so mehr, in sehr vielen Punkten einer Meinung mit ihm zu sein; freilich giebt es noch Gebiete, in denen wir erheblich differieren. Er meinte, der Vergang mit der Tarifreform liefe einen Beweis, daß es mit dem großen Reichseisenbahnenprojekt, dessen entschiedener Gegner er ist, nichts sei. Ich kann ihm verichern, daß die befehligen Instanzen noch heute mit allem Eifer beschäftigt sind, dieses Projekt zur Ausführung zu bringen. (Hört! hört!) Daß die parlamentarischen Körperschaften noch nicht angerufen sind, eine Entscheidung darüber zu treffen, beruht einfach darauf, daß eine Vorlage von dieser Tragweite wohl vorbereitet sein muß, wenn sie an den Reichstag herantreten soll. So ist denn auch das Reich von seinem Standpunkte aus in dieser Tarifreformfrage keineswegs unthätig geblieben. Ich kann bezeugen, daß in den Ausschüssen des Bundesrates der Präsident des Reichseisenbahnamtes mit mir das Plaidirt hat, um endlich auf dem Gebiet des Tarifwesens etwas Entscheidenes zu leisten und dem bisherigen Wirrwarr ein Ende zu machen. Das Projekt der Tariffrage ist gleichzeitig an zwei Stellen verhandelt worden. Es ist am 5. und 6. Juni v. J. in meinem Ministerium eine Conferenz abgehalten worden, worin die Vertreter der einzelnen Staatsbahnen verhandelt waren und dieser ist am 21. Juni eine zweite Conferenz gefolgt, worin die Vertreter der namhaftesten Privatbahnen mit dem Resultate der ersten Verhandlung bekannt gemacht wurden, und diese haben dann ihrerseits vom 4. bis 7. Juli in Harzburg und später über 29. und 30. Juli in Dresden getagt in Anwesenheit eines staatlichen Vertreters, der jedoch nur ad audiendum zugegen war. Dort wurde constatirt, daß man im Staatsministerium zu denselben Resultaten in Bezug der hier vorliegenden Frage gelangt sei.

Abg. v. Rauchhaupt: Wir haben uns gestern theoretisch mit der sozialen Frage beschäftigt, heute sind wir praktisch dabei, denn die Tariffrage ist entschieden ein wichtiger Theil der sozialen Frage. Ich muß nach zwei Richtungen hin die Vorschläge des Abg. Hammacher für äußerst bedenklich erklären: einmal nach der Richtung der Städtegüter, sodann nach der Richtung der Massengüter. Wenn der Handelsminister die Städteguflasse derartig erhöht, wie er es beabsichtigt, so trifft er damit die Kleinindustrie und die kleingewerblichen Kreise in der allerempfindlichsten Weise; und dies ist gewiß der wundste Punkt in seinen Vorschlägen, weil gerade diese Schichten augenblicklich in der allerdrücktesten Notth sind. Gerade auf diesem Gebiete muß entschieden eine Erleichterung eintreten. Was sodann den Massenverkehr betrifft, so leidet der ganze Tarif, wie er ihn einzuführen beabsichtigt, an dem ungeheuren Mangel, daß er sich als Minister die Ermächtigung vorbehalten hat, Ausnahmetarife nach allen Richtungen einzutreten zu lassen. Ich denke, bei Vorlegung des Reichseisenbahnenprojekts wird die Regierung das ganze Haus in allen Parteien darüber einig finden, daß man die Frage der Ausnahmetarife nicht in die Hand des Handelsministers legen kann. Denn durch solche Ausnahmetarife hat es der Minister in seiner Hand, eine ganze Industrie im Zeitraum von einem halben Jahre in einer Gegend völlig lähm zu legen und dafür die Industrie an einem andern Orte in ungerechter Weise und zum höchsten Nachtheil der Gesamtverhältnisse zu bevorzugen. (Sehr wahr!) Ganz besonders augenfällig ist diese Erscheinung eingetreten in der Entwicklung der Spiritusfabrikation. So hat der Minister durch einen Differentialtarif im Spiritusexport die Städte Posen und Breslau gegen die übrigen Plätze in ganz unverhältnismäßiger Weise bevorzugt, so daß hier in Berlin und im Westen die allerbiturten Klagen darüber erhoben werden. Eine solche Machtbefugniß in der Handhabung von Ausnahmetarifen muß die allerschwersten Verdachten hervorrufen, und es ist die dringende Pflicht der Gesetzgebung, in dieser Frage energisch einzuschreiten, damit es nicht in das Belieben eines Ministers gelegt werde, wie thuer und billig man hochwichtige Handelsartikel und nothwendige Waren einkaufen soll.

Handelsminister Dr. Achenbach: Die Differentialtarife bei uns haben ihren Ursprung in dem System der Elsäss-Lothringer Eisenbahnen; nur durch das Eindringen dieses Systems in unser Classificationsgebiet sind diese Differentialtarife bei uns hervorgerufen; und es wird das besonders zu erstreben Ziel der kommenden Berathungen sein, diese Tarife aus der Welt zu schaffen (Beifall). Was die Ausnahmetarife anbetrifft, so kann Niemand diesen Ministerposten einnehmen, der nicht solche Ausnahmetarife in dem Sinne benutzt, um die kommenden Tarifverhältnisse möglichst an die gegenwärtigen anzufügen, in dem Sinne also, daß Verkehr und Gewerbe keine plötzliche Erhöhung erfahren. Die anderweitige Bestimmung des Marzialfazess der Städteguflasse wird gleichfalls Gegenstand der Conferenzberathungen sein; immerhin aber bleibt hier der finanzielle Punkt, die Frage des Einnahmeaussfalls für den Staat eine sehr bedeutende, die in keiner Weise außer Acht gelassen werden darf.

Abg. Löwe: Ich acceptire mit großer Freude die offene Erklärung des Handelsministers in Bezug auf das Reichseisenbahnenprojekt, kann ihm aber nicht verhehlen, daß er durch die erhebliche Verzögerung, die in Bezug auf diese große Maßnahme factisch eingetreten ist, eine große Verantwortung auf sich geladen hat, denn diese Verzögerung hat unweilehaft eine große Schädigung der dabei in Frage stehenden Interessen herbeigeführt. Ich begreife nicht, wie man ein Project, welches unter ganzem bisheriges Eisenbahnsystem in segensreicher Weise umgestalten würde, von Tag zu Tag hinaushalten lassen kann. Dem Herrn Richter muß ich bemerken, daß alle Vorwürfe, die er gegen dies Reichseisenbahnenprojekt gerichtet hat, auch gleichzeitig das Reichseisenbahngegesetzes treffen. Er sagt, Niemand will mehr etwas von diesem Project wissen; in dem Ministerium liegt es tot und in der Offenlichkeit kümmert sich kein Mensch mehr darum. An dem letzteren Umstand ist er wohl selbst nicht ohne Schuld und Verantwortung. Der Umstand wäre nicht eingetreten, hätte er dieses große Project als Kern und Hauptstreitfrage für die Zukunft zum Brennpunkt bei den Wahldebatten gemacht. Statt dessen hat er es vorgezogen, eine Frage der Vergangenheit, den Streit der rivalisierenden liberalen Parteien zum Stichwort zu machen. Ich unterstütze und befürworte den Antrag Hammacher nicht in der Weise, daß ich ihn wörtlich angenommen wissen möchte, aber auch nicht in der Weise, wie es Herr Richter wünscht, daß er in der Commission begraben werde, sondern ich wünsche, daß die Commission noch früh genug Vericht darüber erstatte und das Haus darüber Beschluß fasse, um noch einen wirklichen Einfluß auf die kommenden Conferenzbeschlüsse auszuüben. (Beifall.)

Abg. Meyer (Breslau): Ich kann in den Zadel des Abg. Löwe über die Verzögerung des Reichseisenbahnenprojektes nicht einstimmen. Auch der wärmste Anhänger und der Vertheidiger des Projektes hat sich von Anfang an nicht verhehlen können, daß dies ein Unternehmen sei, welches nicht kurzer Hand durchgeführt werden könne, daß sich demselben wirtschaftliche, politische und finanzielle Schwierigkeiten von ganz ungewöhnlichem Umfange entgegenstellen. Diese Schwierigkeiten können zum Theil in diesem Hause nicht erwähnt werden und es freut mich, daß die Regierung angesichts derselben mit eisernen Willen an die Riesenaufgabe geht. Wir brauchen diese Verzögerung nicht zu beklagen, da ja die bloße Existenz des Projektes nach dem Zugeständnis der Vorredner beständig auf die Eisenbahnzustände eingewirkt hat. Ich habe keine Furcht, daß die Eisenbahn-Directionen im Hinblick auf dieses Project Anstand nehmen, größere Arbeitsaufträge zu geben. Man kann mit dem Abgeordneten von Rauchhaupt die Eisenbahnfrage wie jede wirtschaftliche Frage in gewissem Sinne für eine sociale Frage aufsehen. Wie die Arbeiterfrage, so giebt auch die Eisenbahnfrage Raum für schrankenlose Wünsche und so hat uns der Abgeordnete von Rauchhaupt ein verlockendes Bild von dem Tarifsystem entworfen, bei welchem Niemand Klage zu führen habe. Namentlich hat er die Uebelstände des jetzigen Differentialtarifsystems hervorgehoben. Jeder Culturfortschritt schädigt irgend welche berechtigte Interessen, obwohl er unendlich viel Segen stiftet. Der Bau jeder Meile Eisenbahn erleichtert das Heranziehen entfernter Produkte und schädigt das Interesse der nahe wohnenden Produzenten. Wenn man Breslau im Spiritushandel bevorzugt, so hat dieselbe Stadt sich wiederholt über einige beschwerende Differentialtarife beschwert ohne Erfolg. Es tritt also eine gewisse Compensation ein. Es ist auch nicht richtig, daß die Berliner Spiritusnotirungen für das ganze Deutsche Reich maßgebend sind, sondern sie sind umgekehrt das Resultat desjenigen Umfanges, der sich im ganzen Deutschen Reich vollzieht. Mit den Anschaunungen des Abg. Richter bin ich im Ganzen einverstanden, komme aber faktisch zu einem anderen Resultat. Die Tarifverhöhung vom Jahre 1874, ist ein so stürmischi zusammengelömmenes Werk, daß die einzige Entschuldigung für die Einführung sein kann, man habe sie von vornherein als provisorisch betrachtet. Diese Voraussetzung war auch ausdrücklich ausgesprochen, sie knüpft sich daran, daß die Eisenbahnen bis zum 1. Januar 1875 das damals nur im Concept bestehende Tarifsystem akzeptierten. Es ist möglich, daß der Hammacher'sche Antrag demnächst durch die Einführung des neuen Tarifsystems seine Erledigung findet, aber sicher ist das nicht und das Haus muß mit Sicherheit schaffen. Der Antrag Hammacher muß an eine Commission gehen, wo alle in Bezug kommenden Fragen erörtert und berücksichtigt werden können. Weil dies nicht nur Finanzfragen sind, so ist die Budgetcommission zur Vorberathung nicht geeignet, ich beantrage daher die Verweisung an eine besondere Commission von 14 Mitgliedern.

Abg. Richter: Der Abg. Löwe hat sich veranlaßt gesehen, in ganz künst-

lich gezwungener Weise bei dieser Gelegenheit das Verhalten der Fortschrittspartei und speziell das meinige in den Wahltagungen zu kritisiren. Er hat nun zum Vorwurf gemacht, daß wir uns nicht nur mit der zukünftigen Haltung der Abgeordneten beschäftigen, sondern auch das bisherige Verhalten derselben zum Prüfstein machen. Sondern Herr Abg. Löwe muß ich zugeben, daß aus seiner Vergangenheit allerdings noch nicht zu folgern ist, wie er sich noch weiter entwickeln wird.

Abg. Dr. Löwe: Der Abg. Richter hat mich vollständig missverstanden und ich bedauere dies um so mehr, als er noch gar nicht einzusehen scheint, welchen Fehler seine Partei gemacht hat. Ich habe gar nicht von den Parteiagitationen bei den Wahlen gesprochen, sondern von der Nothwendigkeit, das Urtheil des Volkes über die großen Fragen auszubilden und dann das Volk über diese Fragen durch die Wahlen entscheiden zu lassen. Deshalb kann ich mit vollkommener Gleichgültigkeit die Insinuationen, die er hinzuzufügen für gut befunden hat, übergehen.

Abg. Dr. Hammacher: Der Abg. Richter hat mir den Vorwurf gemacht, daß ich rechtzeitig meiner Meinung gegen die Tarifverhöhung nicht Ausdruck gegeben habe. Ich bemerkte deshalb, daß ich während der Tage der Berathung im Hause nicht anwesend gewesen bin.

Abg. Richter: Damit es nicht scheine, als ob ich jene Bemerkung aus der Luft gegriffen hätte, so weise ich darauf hin, daß der Abg. Hammacher vor einer Versammlung von Interessenten zu Düsseldorf sich für die Tarifverhöhung ausgesprochen hat.

Abg. Dr. Hammacher: Das ist nicht der Fall, ich habe mich damals in einer längeren Rede in Düsseldorf über den Gegenstand ausgelassen und dennoch einen Standpunkt eingenommen wie heute.

Abg. Richter: Ich bin ausdrücklich von einem Parteigenossen des Abg. Hammachers auf seine Düsseldorfer Rede als die Erhöhung begünstigt aufmerksam gemacht worden, dies war auch nach meiner Erinnerung der Eindruck seiner Rede. Uebrigens ist ja allerdings vom Abg. Hammacher bekannt, daß er sich unter Umständen sehr diplomatisch auszudrücken im Stande ist.

Abg. Dr. Hammacher: Ich werde zum Beweise meiner Behauptung eine Anzahl Exemplare meiner gedruckten Rede zur Vertheilung ans Bureau gelangen lassen.

Hiermit ist die Discussion erledigt.

Der Antrag Hammacher wird der Budgetcommission überwiesen. Der Etat der Staatsbahnen wird unverändert genehmigt.

Hierach verlagt sich das Haus um 4½ Uhr. Nachste Sitzung: Montag 11. Uhr. (Erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Übernahme einer Zinsgarantie für die Berlin-Dresdner Bahn; Antrag Heeremann, betreffend die Abänderung des Wahlprüfungsmodus; Fortsetzung der Etatsberathung.)

= Berlin, 11. Februar. [Der Reichspost-Etat. — Die Eisenbahnfrachttarife.] Der Etat der Reichspost- und Telegraphenverwaltung auf das Etatsjahr 1877/78 weist auf an Einnahmen 124,670,550 Mark, für den vorjährigen Etat waren ausgezehlt 119,978,600 M. Nach Abzug der Minderansätze übersteigen die Einnahmen dieses Etatsjahrs seinen Vorgänger um 4,691,950 M. Für Porto und Telegraphen-Gebühren sind in diesem Jahre angesezt 109,000,000 M., Personengeld 6,100,000 M., und zwar um eine Million M. weniger als im Vorjahr in Folge der Gründung neuer Eisenbahnlinien und der damit zusammenhängenden weiteren Aufhebung von Personengosten. Die Gebühren für Bestellung von Postsendungen am Orte der Postanstalten sind veranlagt auf 3,622,000 M., Gebühren für Bestellung von Postsendungen im Umkreise der Postanstalten 1,400,000 M., Gebühren für Stundung von Gefällen und für Abfertigung von Extraposten 90,000 M., Erlöß für verkaufte Grundstücke, Materialien, Utensilien oder sonstige Gegenstände 131,400 M., vermischte Einnahmen 660,000 M., Zuschuß aus der Wechselstempelsteuer-Verwaltung für den Betrieb der Stempelmarken durch die Post 167,150 M., von den Postdampfschiff-Verbindungen 200,000 M., von dem Absatz der Zeitungen, des Reichsgesetzbuchs und des Umsatzblatts der Reichspost- und Telegraphenverwaltung 3,300,000 M. Dagegen betragen die Ausgaben und zwar für Besoldung 47,023,880 M., für Wohnungsgeldzuschüsse 7,894,634 M., für andere persönliche Ausgaben 14,228,750 M., für sämtliche Betriebskosten 26,487,000 M., für sämtliche und vermischte Ausgaben 11,402,050 M., für Baukosten 2,326,000 M., sonstige Ausgaben 4,398,600 M., zusammen 112,960,914 M. Stellt man die Einnahme von 124,670,550 M. dem gegenüber, so bleibt ein Überschuss von 11,709,636 M., davon gehen ab die einmaligen Ausgaben mit 2,467,388 M., darnach verbleibt an Überschuss 9,242,248 M., welche sich durch die Beiträge Bayerns und Württembergs zu den Kosten der Centralverwaltung des Post- und Telegraphenwesens mit 29,268 M. steigert auf 9,271,516 M. Die einmaligen Ausgaben sind sämtlich für Herstellung neuer Post- und Telegraphen-Dienstgebäude erforderlich. Für die bet. Bauten in Danzig und Breslau wird die letzte Rate mit 139,400 M., bez. 179,988 M. gefordert. Dem Etat ist eine Denkschrift beigegeben, welche sich über die anderweitige Gestaltung der Etatsverhältnisse für die im Betriebsdienste bei den Post- und Telegraphenämtern beschäftigten Beamten verbreitet. Es wird darin dargeboten, daß eine übereinstimmende Regelung der Verhältnisse des Betriebspersonals der Post und Telegraphie jetzt so weit vorgeschritten ist, daß sie im Etatsjahr 1877/78 zum Abschluß gelangen wird. Es wird dann des Nächtern auszuhandeln sein, wie sich die Umgestaltung der bisherigen Verhältnisse vollzieht. — Der Reichskanzler hat dem Bundesrat eine vom Reichseisenbahnamt verfaßte Denkschrift unterbreitet, in welcher die Frage ventiliert wird, ob und wie die nachtheilige Einwirkung der Eisenbahnfrachttarife auf die Concurrentfähigkeit der deutschen Spiritus-Exportplätze zu beseitigen oder doch abzumindern sei.

□ Berlin, 11. Febr. [Zwei Verfassungsfragen. — Reichstag und Landtag. — Die Nachtischreden des Kanzlers und die „Dr. Btg.“ — Aus der Petitions-Commission.] Zwei wichtige Fragen des Verfassungsrechtes, über deren Beantwortung zwist entstanden ist, drohen die Berathungen des Landtages noch in ungeahnter Weise in die Länge zu ziehen. Die eine betrifft speziell den Etat und dreht sich darum, ob die Regierung das Gehalt einer unbefestigten Stelle beliebig zur Remuneration einer angeblichen Stellvertretung bemügen kann; die andere ist allgemeiner Natur und verlangt eine Entscheidung, ob ein Gesetz noch publicirt werden kann, wenn der Landtag, mit dem es vereinbart war, nicht mehr existirt. Es handelt sich in dem letzteren Falle um die im vorigen Jahre vom Landtage angenommene Vorlage, betreffend die Hoheitsrechte des Fürsten zu Sayn-Wittgenstein, die noch nicht publicirt ist, weil die Regierung mit ihren Verhandlungen mit dem fürstlichen Hause noch immer nicht zu Ende gekommen ist. Uebrigens begegnet der synonyme Gesetzentwurf, welcher dem Fürsten Bentheim-Tecklenburg Rechte vindiciren will, die er nie besessen, einer allgemeinen Abneigung im Abgeordnetenhaus. Außer einigen Conservativen und den Wirkungskräften unseres „hohen Adels“ im Centrum wird voraussichtlich Niemand für ihn eintreten. Aus der angeblichen Standesherrschaft des Fürsten, der Grafschaft Limburg, hat man sich mit aufklärenden Mittheilungen, die für die Ansprüche des Fürsten keineswegs günstig lauten, hierher gewandt. — Präsident von Bemmigsen will alle Mittel zu Hilfe nehmen, um die Arbeiten des Abgeordnetenhauses bis zum 25. d. Mts. zu Ende zu führen. Tropfend glaubt man selbst in den ihm zunächst stehenden Kreisen nicht, daß es gelingen wird, die Session vor dem 1. März zu schließen. Das Zusammentreffen der beiden Körperschaften, des Reichs- und Landtages, hätte dann übrigens in Wirklichkeit nur eine Woche gedauert, denn man glaubt nach früheren Erfahrungen nicht, daß der Reichstag vor Montag, den 26. d. Mts., seine Constitutionsarbeiten vollendet haben wird. Ueber die Frage der Präsidentenwahl wird

sich jetzt eifrig debattirt und glaubt man nicht, daß den Freiconservativen der erstrebte Ehrentitel für den Grafen Bethyß oder den Fürsten Hohenlohe-Langenburg bewilligt werden wird. Sie werden darauf auch numerisch keinen Anspruch zu machen haben, wenn wirklich die Württemberger und vielleicht auch die Sachsen sich als bundestaatliche Fraktion absondern. Viel eher könnte dann, da einmal principiell vom Centrum bei der Präsidentenwahl abgesehen wird, die eigentlich conservative Fraktion mit der Fortschrittspartei concurriren, wenn sie ebenfalls befürchten müßte, nach Analogie der Vorgänge im Abgeordnetenhaus durch Bildung einer altconservativen Partei etwa die Hälfte der als „conservativ“ gewählten Deputirten zu verlieren. Vielleicht gelingt es indeß, dem nicht zu unterschätzenden Einfluß des Grafen Moltke, die verschiedenen Schattirungen zusammenzuhalten und dem wird es wohl zuzuschreiben sein, daß eine Einladung an alle in den Reichstag gewählten Conservativen ergangen ist, sich am Tage vor der Reichstagseröffnung zu einer Besprechung zusammenzufinden. — Die „Kreuzzitung“ hat von Zeit zu Zeit das Bedürfnis, sich der erschienenen Welt als Moniteur des Reichskanzlers vorzuführen. Nirgends mehr als in liberalen Abgeordnetenkreisen, wo man täglich mit den Freunden der „Kreuzzitung“ in Verührung kommt, wird dieses Brückenschlagen des feudalen Blattes nach der Wilhelmstraße unglaublicher aufgenommen, weil seine Haltung seit Jahren in Bezug auf die Politik des Reichskanzlers nichts weniger als einen raschen Wechsel seiner Gesinnung vermuten läßt. Das officiöse Geblatt der „Kreuzzitung“ würde in parlamentarischen Kreisen kaum beachtet werden sein, wenn Ordre gegeben wäre, daß sämmtliche conservative Fraktionen im Reichstage sich zu einem Verschmelzungs-Prozeß zusammenfinden sollten. Man will von conservativer Seite sich offenbar den Anschein geben, als ob diese Gruppierung im Einverständniß mit dem Reichskanzler oder sogar auf Wunsch desselben erfolgen würde. Die „Kreuzztg.“ unterstützt dieses Geblatt, indem sie sich den Anschein gibt, im Vertrauen des Reichskanzlers zu stehen und die officielle Dementir-Maschine mit einer gewissen Autorisation in Bewegung setzen zu dürfen. Das feudale Blatt nimmt deshalb keinen Anstand, zu diesem Zweck die Abgeordneten zu verbündigen, welche über die Neuerungen des Reichskanzlers bei dessen parlamentarischem Diner Mittheilungen an ihre Freunde in der Presse gelangen ließen. Die „Kreuzztg.“ beweist, daß ihr die Gewohnheiten des Reichskanzlers völlig unbekannt sind, wenn sie sagt, daß von seinen Neuerungen nur dann öffentlich Gebrauch gemacht werden darf, „wenn der Fürst auf das Bekanntwerden seiner Änderungen Werth legt oder es gestattet“. Auch Derjenige, welcher nur oberflächlich Zeitungen liest, weiß, daß die wahrheitsgetreue Wiedergabe der Nachtischreden des Fürsten Bismarck niemals ein officielles Dementir erfahren haben. Wie könnte es auch anders sein? Glauben die Freunde des Feudalstaates, daß der moderne Staatsmann diplomatische Geheimnisse an Abgeordnete aller Parteien, selbst mit Einschluß der Ultramontanen, verrathen wird? Wenn der Reichskanzler bei seinen Soirees oder Diners Mittheilungen macht, so ist es offenbar, daß er nichts dagegen einzuwenden hat, wenn dieselben durch die Journale in einer andern als officiellen Form veröffentlicht werden. Zur Belehrung der „Kreuzztg.“ erinnern wir an folgende Vorfälle: Als der Fürst in einer parlamentarischen Soiree die viel bekannten lobenden Neuerungen über Österreich-Ungarn machte, fragte ihn ein Abgeordneter in etwas aufdringlicher Weise, ob es gestattet sei, diese Mittheilungen zu veröffentlichen. Der Kanzler wandte sich, ohne eine Antwort zu ertheilen, an einen anderen Abgeordneten. Ein früherer Vorfall ist noch bezeichnender. Der Fürst trat bei einer Soiree mit zwei Abgeordneten in eine Fensterfläche und teilte ihnen scheinbar vertraulich Einiges mit. Als mehrere Tage verflossen, ohne daß die Journale davon Erwähnung thaten, wurde dem Kanzler mitgetheilt, daß die beiden Herren tiefes Stillschweigen über seine Neuerungen beobachtet haben. Der Kanzler antwortete, da sei er nicht verstanden worden. — In der letzten Sitzung der Petitions-Commission wurde über eine Petition des Chemikers Deininger hier selbst verhandelt, der um eine namhafte Staatsunterstützung zu dem Behufe nachsucht, aus Brennesseln (*Urtica dioica*), namentlich in den Wäldern Preußens vorzukommen, Gewebe-Gespinste herzustellen. Unterhandlungen desselben mit dem Provinzialverband der Provinz Preußen scheiterten, der Handelsminister hat ihm bedingungsweise 5000 Thlr. in Aussicht gestellt. Seitens des Referenten (Abg. Dr. Meyer-Breslau) wurde die Persönlichkeit des Erfinders, der Werth der bereits patentirten Erfindung und die Bedeutung derselben für die Industrie beleuchtet. Proben des Gespinstes, die der Leinwand fast täuschend ähnlich, wurden vorgelegt. Die Reste sind für die Papierfabrikation verwendbar. Der Regierungs-Commissar bestätigte, daß nach einer Abhandlung des Dr. Grotte in der „Zeitschrift für die Förderung des Gewerbelebens in Preußen pro 1869“ ähnliche Versuche, wie die Deininger'schen, in der Schweiz u. s. w. schon damals mit der Nessel gemacht worden seien, negirte aber die Pflicht des Staates, eine Fabrik anzulegen oder hierzu dem Herrn Deininger das erforderliche Geld zu geben. Bezüglich der Papier-Industrie werden jetzt Anpflanzungs-Versuche mit einem aus Japan eingeführten Strauch gemacht. Die Commission beschloß in der Hoffnung, daß eine Staatsunterstützung gewährt werden und sich die Privatindustrie dieser höchst wichtigen Erfindung annehmen werde, den motivirten Uebergang zur Tagesordnung.

△ Berlin, 11. Febr. [Aus dem Abgeordnetenhaus. — Wähler-Versammlung.] Das Abgeordnetenhaus hatte gestern beim Eisenbahnrat die wichtigen und schwierigen Fragen, die sich um den Gütertarif der Eisenbahnen, der Staatsbahnen und Privatbahnen, drehen, in Veranlassung eines Antrages des Abg. Dr. Hammacher zu verhandeln. Der Antrag, die Staatsregierung aufzufordern, einfach die Gütertarif-Erhöhungen zu beseitigen, die aus Anlaß des Bundesratsbeschließes vom 11. Juni 1874 auf Staats- und Privatbahnen stattgefunden haben, hat gewiß auf die unbedingteste Zustimmung der schützöllerischen Eisen- und Kohlenindustriellen in Rheinland und Westfalen zu rechnen, als deren parlamentarischer Wortführer neben Herrn Stumm so oft der Abgeordnete Dr. Hammacher aufgetreten ist. Auch muß ihm der reine Agrarier, der in Perrot und Niendorf seine volk

(Fortsetzung.)

Zusammensetzung eine ganz entschiedene Mehrheit gegen das Project vorhanden ist, um zu glauben, künftige Reichstage könnten denselben freundlicher gegenüberstehen, ist doch wohl verkehrt. Ist nicht die öffentliche Meinung, je eingehender der kühne Plan besprochen ist, immer einstimmiger in Anerkennung der großen wirtschaftlichen und politischen Gefahren geworden, die er in sich birgt? Ein Nachfolger des Fürsten Bismarck wird damit sicher nicht zu Stande kommen. Allein, wenn selbst Fürst Bismarck und Dr. Achenbach das Project für begraben erachten, so kann man doch von ihnen nicht verlangen, daß sie dies im preußischen Landtage jetzt schon anerkennen, nachdem sie in diesem eine Mehrheit dafür fanden. Uebrigens sprachen außer Richter gestern nur Freunde der Reichseisenbahnen. — Die fortschrittlichen Wähler des 3. Reichswahlkreises haben vorgestern Abend und heute Vormittag in zwei großen Versammlungen den Beweis geführt, daß bei guter und richtiger Vorbereitung socialdemokratische Störer nicht auskommen können. In die heutige große Versammlung war nur solchen Socialdemokraten der Eintritt möglich, die sich an der Thür fälschlich für Fortschrittmänner ausgegeben hatten. Bei Beginn der heutigen Versammlung, die von 11 bis 1/2 Uhr dauerte, und in der außer dem Kandidaten von Saucken-Tarpitschen auch noch die Abg. Dr. Hönel und Bürgers mit glänzendem Erfolge sprachen, ließ der Vorstand Berichterstatter Abg. Dr. med. Langerhans) öffentlich constatiren, daß der neueste Heftartikel der „Nationalzeitung“, welche schon über die Vorgänge in den Vertrauensmänner-Versammlungen nur Berichte voller Entstellungen der Wahrheit gebracht hatte, in Unsehung der Beschuldigungen gegen den Abg. v. Saucken-Tarpitschen, lediglich auf Unwahrheit sich gründete. Die Verurtheilung dieses Treibens durch den Besfall von 1500 bis 2000 fortschrittlichen Wählern hätte ausgereicht; statt dessen wurde noch zum Schluss der Versammlung eine Resolution eingereicht und angenommen, welche die Wähler aufforderte, sich durch die Verleumdungen und Aufhebungen der nationalliberalen Zeitung nicht abhalten zu lassen, einmütig für den fortschrittlichen Kandidaten gegen den Socialdemokraten zu stimmen.

[Prinz Wilhelm] wurde am 9. d. M. von seinem kaiserlichen Großvater, dem Commandeur des ersten Garde-Regiments zu Fuß und dessen direkten Vorgesetzten zum Eintritt in das Regiment überwiegen. In einer Ansprache hob der Kaiser hervor, daß auch jetzt bei den erweiterten Aufgaben der preußischen Regenten die Fürsorge für die Armee ein Hauptaugenmerk für dieselben sein müsse, da sie es doch gewesen sei, welche den neuen Stand der Herbeiführung habe und so auch berufen sei, denselben zu erhalten.

Um 10 Uhr begaben sich der Kronprinz und Prinz Wilhelm mit der militärischen Begleitung nach Potsdam. In dem alten Erzherzöge, dem sogenannten langen Stalle, stand die 6. Compagnie des 1. Garde-Regiments zu Fuß im Parade-Anzuge, auf dem rechten Flügel das gesamte Offizierkorps des Regiments. Weiter waren anwesend: die Commandeure sämtlicher Regimenter und militärischen Anstalten in Potsdam und das Offizier-Corps der ganzen Garnison. Nachdem der Kronprinz und Prinz Wilhelm erschienen waren, trat der Kronprinz in den Kreis der Offiziere des 1. Garde-Regiments und sprach zu denselben etwa Folgendes: „Ich selbst habe die Schule Ihres Regiments durchgemacht. Ich kenne den vor trefflichen Geist desselben und kann Meinem Sohne nur Glück wünschen, daß er auch diese Schule durchzumachen berufen ist. Als ich in das Regiment eingetreten, hatte dasselbe auch Gelegenheit gehabt, seinen Eifer im Dienste des Königs zu zeigen. — Doch ist jene Zeit nur eine trübe Erinnerung. — Mein Sohn jedoch kennt nur die glorreichen Thaten zweier Kriege, in denen das Regiment, wie ja stets, seinen alten Ruhm bewahrt. Ich kann also wohl sagen, daß Mein Sohn stolz sein kann, diese Uniform zu tragen, welche Ich während meiner gesamten Dienstzeit getragen habe, und so vertraue Ich Ihnen denselben hiermit an.“ Der Kronprinz trat sodann mit dem Prinzen Wilhelm vor die Compagnie, begrüßte die Mannschaften und sprach dort etwa folgende Worte: Es ist mir eine besondere Freude, daß mein Sohn die Schule durchzumachen berufen ist, in derselben Compagnie, die ich selbst anderthalb Jahre zu führen die Ehre hatte, eine Zeit, an die sich die schönsten Erinnerungen meiner ersten militärischen Laufbahn anknüpfen.“ Mit einem Grusse an die Mannschaften forderte der kronprincliche Vater den prinzlichen Sohn auf, einzutreten. Der Prinz trat an die Front und zog den Tropfen, die Compagnie salutirte. Der Kronprinz schritt sodann die Front der Truppe ab, worauf der Paradesmarsch erfolgte. — Vom langen Stalle begab sich darauf der Prinz nach dem königlichen Stadtschloß, wo er die Lehrer der Kriegsschule empfing, welche ihn in den verschiedenen Fächern der Kriegswissenschaften zu unterrichten bestimmt sind.

[Patente.] Preußen. Dem Herrn Heinrich Pollack zu Kalibor unter dem 5. Februar d. J. ein Patent auf eine Bremseinrichtung an Nähmaschinen-Schiffen auf drei Jahre. Das dem Geheimen Commissionstrath v. Drese in Sömerda unterm 23. Februar 1874 auf die Dauer von drei Jahren ertheilte Patent, ist auf fernere zwei Jahre, also bis zum 23. Februar 1879, verlängert worden.

Königreich Sachsen. Auf 5 Jahre, 5. Januar 1877, H. Bönnisch, Bevollmächtigter der Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn-Gesellschaft zu Leipzig, und D. Magnus, Entrießl, Kangibremse für Eisenbahnwagen; 18. Jan. Wirth u. Co., Frankfurt am Main, für die New-York-Manufacturing Company, Newark, Maschine zur Herstellung von Knöpfen; 18. Jan., Friedrich Hoffmann, Sebnitz, verbesserte Petroleumbrenner (Victoriatrennen); 23. Januar, Arnold Hanek, Berlin, geruchverzerrendes Räuchercloset. — Verlängert bis 24. März 1878, Frist zu Ausführung des Johann Peter Bredt (Firma Korn u. Bredt), Leipzig unterm 24. März 1876 auf Verbesserungen in der Fabrikation von Stiefeln und Schuhen und den dabei angewandten Maschinen ertheilten Patentes.

Posen, 11. Febr. [Admonitionschreiben.] Der Krakauer „Gaz“ veröffentlicht ein kanonisches Admonitionschreiben des Erzbischofs Grafen Ledochowski an den Staatspfarrer Kolany in Murzynno, wonin diesem mitgetheilt wird, daß er durch Annahme der vom Staat ihm übertragenen Pfarrstelle ohne Genehmigung der geistlichen Behörde dem großen Kirchenbann verfallen sei. Zugleich wird Herr Kolany aufgefordert, die Pfarrkirche Murzynno innerhalb 90 Tagen zu verlassen und auf seine frühere Pfarrstelle in Kleczewo zurückzukehren, wodrigensfalls er im Wege des kanonischen Prozesses für unfähig zur Verwaltung irgend eines kirchlichen Beneficiums werde erklärt werden. Das Admonitionschreiben ist schon vom 19. October vorigen Jahres datirt; der Pfarrer Kolany hat es aber geheim gehalten und deshalb hat Graf Ledochowski sich veranlaßt gesehen, es durch Veröffentlichung im „Gaz“ zur Kenntnis der hiesigen katholischen Bevölkerung zu bringen.

Gotha, 11. Febr. [Gegen die Vorlage der hiesigen Staatsregierung, in Betreff der Justizorganisation] hatten sich im Herzogthum Gotha, besonders aber im Herzogthum Coburg viele mißbilligende und abrathende Stimmen erhoben, welche theilweise eine Nötigung zu einer derartigen Reform für jetzt in Abrede stellten, theilweise aber auch die letztere in der Weise vorgenommen wußten, daß bei Eintheilung der Justizbezirke nicht mehr lediglich die geographischen Grenzen der kleinen thüringischen Staaten berücksichtigt würden. Die Opposition gegen die Vorlage ist nun auch in den gemeinschaftlichen Landtag eingedrungen und trotz des Widersprechens seitens der Staatsregierung hat die Versammlung gegen 5 Stimmen den Antrag angenommen, nach welchem die Berathung des Entwurfes auf ein Jahr ausgesetzt werden soll.

Mainz, 11. Febr. [Zur Ausführung der Kirchengesetze.] Der „R. B.“ schreibt man: Die Nachricht, die Regierung werde nach Entscheidung der Vorfragen den kirchenvolitischen Gesetzen volle Geltung verschaffen, scheint sich zu bewähren. Eine vierte Untersuchung ist gegen den Bischof eingeleitet worden wegen Zu widerhandlung gegen den Artikel 10 des Gesetzes, betreffend die Vorbildung und Anstellung der

Geistlichen, nach dessen Bestimmungen eine erlebige Prämie innerhalb eines Jahres wieder dauernd zu besetzen ist. Es ist dieses mit der Pfarrer-Kastel nicht der Fall, trotz ergangener Aufforderung, und dieser Umstand bildet ein neues Vergehen. Da der Bischof wiederholt erklärt hat, hinsichtlich des Verhältnisses nicht genügend unterrichtet zu sein, so richten sich die gerichtlichen Schritte auch gegen den General-Vicar Dr. Heinrich. In der Hauptfrage der ersten Anklage wird das hiesige Obergericht am 16. März verhandeln. Die Tactic der Beschuldigten besteht eigenthümlicher Weise in nichts Anderem als der Be-haftung des Missverständnisses der Gesetze.

Stuttgart, 11. Febr. [Neue Reichstagsfraction.] Beachtenswerth ist die Mitteilung des württembergischen „Staats-Anzeigers“, daß die neuen, mit Hilfe der Regierung gewählten württembergischen Abgeordneten zusammen mit sächsischen Collegen eine bundesstaatliche Fraction bilden wollen. Das klingt nicht unwahrscheinlich, und da die reichsfreundliche Majorität im nächsten Reichstag, sobald die Fortschrittspartei sich in einer einzigen Frage ausschließt, höchstens 25—30 Stimmen beträgt, so könnte die Ausscheidung einer solchen Fraction aus der bisherigen freikonservativen Reichspartei auf die Abstimmungsverhältnisse einen bedenklichen Einfluß üben. Allerdings sind die für die projectirte neue Fraction in Aussicht genommenen Mitglieder strikte Regierungsmänner, welche, so lange ihre resp. Minister reichsfreundlich sind, es gleichfalls sein werden.

Stuttgart, 11. Febr. [Erklärung.] Die Redaction des „Staatsanzeiger“ bringt folgende Erklärung:

In einer Correspondenz der „Nationalzeitung“ aus Stuttgart — wie schon früher in einer Correspondenz der „Neuen Frankf. Presse“ — ist zu lesen, der „Staatsanzeiger für Württemberg“ habe ausgesprochen, es liege in der Absicht einer größeren Zahl von in Württemberg gewählten Reichstagsabgeordneten, mit einigen sächsischen Collegen zusammen eine bundesstaatliche Fraction zu bilden, und man dürfe (daher) mit Bestimmtheit annehmen, daß die Gründung einer solchen „particularistischen“ Partei im Sinne der württembergischen Regierungstreite läge.“ Diese Behauptung veranlaßt uns zu der Erklärung, daß der Artikel im „Staatsanzeiger“ Nr. 28, auf welchen sich der Correspondent der oben genannten Blätter stützt, und welcher unmittelbar nach dem Bekanntwerden der engeren Wahlen erschien, keineswegs auf einer Inspiration von irgend welcher Seite beruhe, sondern einfach eine von der Redaction aus Zeitungsnotizen in Eile gefertigte Zusammenstellung der möglichen Parteigruppierung im nächsten Reichstag war. Uebrigens muß schon die Stellung jenes Artikels den Unbekannten darauf hinweisen, daß dieses zur oberflächlichen Orientierung des Lesers bestimmte Laborat durchaus keinen offiziellen Charakter hatte.

Mühlhausen, 9. Febr. [H. Häfely +.] Diese Nacht starb der frühere Reichstagsabgeordnete Henri Häfely nach einer langen und schweren Krankheit. Häfely war der Schmied seines Glücks; er hinterläßt ein Vermögen von etwa 6 Millionen. Directe Erben sind nicht vorhanden und wird die Hinterlassenschaft, so viel man bereits vernimmt, aufs Beste für gemeinnützige Zwecke verwendet werden. Die hiesige „Société industrielle“, welcher Häfely schon bei Lebzeiten 100,000 Francs schenkte, erhält testamentarisch 300,000 Frs., der Gemeinde Pfäffingen, in welcher sich die Fabrik Häfely's befand, vermachte er Terrain, welches den Werth von ungefähr einer Million repräsentirt. Die Gemeinde hat dafür unentgeltlichen Schulunterricht einzuführen und ein Spital für frakte Arbeiter zu bauen. Neben diesen soll das Testament noch andere Vergebungen enthalten. Der Verstorbene gehörte der Protestpartei an.

Ö ster r e i ch.

Wien, 10. Febr. [Dr. Springmühl] wurde nach Abbüßung seiner Gefangenstrafe aus Österreich ausgewiesen.

Pest, 10. Febr. [Abgeordnetenhaus.] Das Haus ist von Abgeordneten stark besucht und herrscht die lebhafte Bewegung auf allen Bänken. Tisza betritt allein den Saal und wird mit langanhaltenden, stürmischen Eichen empfangen. Wie Gallerien sind dicht besetzt. Es wird eine Zuschrift des Minister-Präsidenten an den Präsidenten des Hauses verlesen, nach welcher das Ministerium seine Demission gegeben hat, welche von Seiner Majestät am 8. Februar angenommen wurde. Hierauf ergreift Tisza unter lauloser Stille das Wort:

„Geehrtes Haus! Nach parlamentarischer Gepflogenheit fühle ich mich verpflichtet, anzuftippen, an meine eben verlesene Mittheilung über die Motive und Umstände, welche dieselbe hervorgerufen haben, eine kurze Erklärung abzugeben. Den Mitgliedern des geehrten Hauses ist es bekannt, daß die Mitglieder des zurückgetretenen Cabinets der Ansicht waren und sind, daß es für Ungarn eine vollkommene Lösung der Banfrage, denn um diese handelt es sich ja, nur dann sein würde, wenn die Errichtung einer selbstständigen Bank ermöglicht sein wird. (Zustimmung.) Allein das Cabinet hat in Abrechnung der unmittelbar nach dem Regierungsantritte eingetretenen politischen Verhältnisse, welche Federmann bekannt sind, und in Abrechnung der dieserwegen auch schwieriger gewordenen europäischen wie heimlichen Finanzverhältnisse, sich von der Ansicht leiten lassen, daß es unter diesen Verhältnissen das Interesse des Landes fordert, daß unter unvergleicherlicher Wahrung des Rechtes selbst, die Schlichtung dieser Frage im Interesse der Creditverhältnisse des Landes im Einvernehmen mit jenen des anderen Staates des Monarchie erfolge. Von dieser Ansicht geleitet, begann das Cabinet die Ausgleichsverhandlungen mit der Regierung des anderen Staates. Der Verlauf der Verhandlungen ist bekannt. Die Regierung fand es als ihre Pflicht, daß sie inmitten der immer schwierigeren und drückenderen finanziellen Lage zum Zwecke der Erzielung eines Vereininkommens mit unerschöpflicher Geduld und ohne Mühen zu streben, Alles aufzubieten; denn sie fühlte, daß sie für die aus einem Bruche möglicherweise resultirenden und auf dem Staatshaushalte wie auf den einzelnen lastenden Übel nur dann die Verantwortung übernehmen könnte, wenn sie früher alles Mögliche aufgeboten, daß dieselben vermieden werden. (Lebhafte Eichen.) So verließen die Verhandlungen, während welcher im Interesse des Credits des Landes jene jüngst auch in den Zeitungen veröffentlichten Projekte in vielen Punkten Veränderungen erlitten. Doch blieben einzelne Punkte in suspensio, darunter die Frage wegen Constituirung des Centralorgans. Hier begegnen wir einem johlen Verlangen, welches nach unserer Ansicht ohne Schädigung des staatlichen Ansehens nicht acceptirt werden konnte, und als wir sahen, daß wir in dieser Frage nicht auf Nachgiebigkeit rechnen dürfen, konnten wir, obgleich wir die Last der Verantwortlichkeit fühlen, nichts anderes thun, als die Verhandlungen abzubrechen. (Beifall.) Möglich, daß Manche auf diesen Punkt geringeres Gewicht legen. Wir waren jedoch der Ansicht, daß eine solche Verfügung, welche obligatorisch ausspricht, daß, was immer auch geschehe, was immer auch die Actionäre selbst wollen, die Bürger des ungarischen Staates permanent in der Minorität sein müssen, eine solche Verfügung, sage ich, kann ohne Verlegung der staatlichen Würde der Nation nicht angenommen werden. (Beifall.) Wir waren der Ansicht, daß in einer solchen, aus dem politischen Gesichtspunkte scheinbar geringfügigen Sache eine Schädigung des Landes anzugeben so viel hieße, als solchen Versuchen auch in anderen Fragen Tür und Thor zu öffnen. Obgleich wir die auf solchem Wege für den Staatshaushalt, wie für die Creditverhältnisse Einzelner erfleischende Übel nicht leugnen können, mußten wir unter solchen Verhältnissen den Versuch machen, ob wir nicht die Errichtung einer selbstständigen Bank in Angriff nehmen könnten. (Stürmischer Beifall.) Ich muß wiederholt bestimmt erklären, daß das Recht des Landes hierzu von Niemandem bezweifelt wurde, und wenn dies jemand gethan hätte, dann hätte Ungarn König dieses Recht mit uns vereinbart. Allein die Bedenken des um das Wohl der Monarchie und des Landes bejegten Fürsten waren so groß, daß wir dieselben möglicherweise in Folge unserer Schwäche — nicht zu verscheuen vermochten. Unter solchen Verhältnissen erachteten wir uns für verpflichtet, unsere Demission zu geben, welche Se. Majestät anzunehmen allergrödest geruht hat, und daran bleibt nichts Anderes übrig, als daß ich das hohe Haus ersuche, es möge die Sitzungen bis zu jentem Zeitpunkte suspendiren, in welchem Se. Majestät bezüglich der neuen Regierung verfügt haben wird. Ich hoffe, diese Zeit wird nicht lange währen, denn, daß selbst derjenige, in dessen Händen — fürwahr die besten Hände — die Entscheidung ruht, lebhaft wünscht, daß die Ungewissheit so rasch als möglich ihr Ende erreiche, beweist den Umstand, daß er schon heute über diese Angelegenheit mit mehreren

in allgemeiner Achtung stehenden Persönlichkeiten conferirt. Ich ersuche, das gebrüde Haus möge für diese Zeit die Sitzungen suspendiren. (Ehen-Müse.)

Nachdem Franz, Baron Ludwig Simonyi, Ernst Simonyi, Zedenyi und noch einmal Tisza gesprochen, werden die Sitzungen nach dem Antrage Tisza's vertagt.

Franzreich.

Paris, 9. Febr., Abends. [Die Depeschen des auswärtigen Amtes. — Ernennungen.] Die Note, welche den Duc Decazes gegen die Angriffe der Blätter in Schutz nehmen soll, ist heute im Umschlag erschienen. Sie constatirt, daß alle am 5. Februar in Konstantinopel aufgegebenen, den Sturz Midhat Pascha's betreffenden Telegrafen vertraglich in Paris eingetroffen seien, daß somit die Telegraphenverwaltung keineswegs der Nachlässigkeit anzuklagen sei. Die Note sagt nicht, zu welcher Stunde der Minister selbst die erwähnte Botschaft aus Konstantinopel erhalten habe; sie fertigt die dem Duc Decazes persönlich gemachten Vorwürfe mit der trocknen Bemerkung ab: „Was das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten betrifft, so ist es in keiner Weise verpflichtet, den Journals Mittheilung von den Nachrichten, welche die Regierung empfängt, zu machen.“ Schließlich protestiert die Note gegen die in der letzten Zeit wiederholt verbreiteten Gerüchte von Uneinigkeiten zwischen dem Duc Decazes und Jules Simon. Diese Gerüchte seien vollständig falsch. Wie die „Agence Havas“ behauptet, ist diese Note nicht im Ministerium des Äußeren, sondern im Ministerium des Innern abgefaßt worden. — Das Umschlag bringt neuerdings eine Reihe von Ernennungen für die Ehrenlegion. Von bekannten Persönlichkeiten bemerkt man unter den neuen Rittern den Romandichter Louis Ulbach, den Componisten Joncières und den Grafen Noé, einen der beliebtesten Carricaturisten, der unter dem Pseudonym Cham dem „Charivari“ und anderen illustrierten Blättern häufige Beiträge liefert. Zum Offizier ward der Componist Victor Hassé befördert. — Aus Versailles wird gemeldet, daß die Wiederaufnahme der Madier-Montjau'schen Interpellation von der äußersten Linken abermals um einige Tage aufgeschoben worden.

Paris, 10. Febr. [Ministerielles.] — Die Depeschenverspätung. — Das Götschakoffsche Rundschreiben. — Bankett der „Droits de l'homme.“] Es gewinnt immer mehr den Anschein, daß die Tage des Duc Decazes gezählt sind. Nach der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer verbreitete sich bereits das Gerücht, der Minister des Auswärtigen habe seine Entlassung gegeben; wenn dasselbe sich auch nicht bestätigt hat, so kann doch der Rücktritt des Herzogs schwerlich lange auf sich warten lassen. Sein gestriges Auftreten hat einen sehr ungünstigen Eindruck nicht blos auf die Deputirten gemacht. Auf zwei Anfragen mußte der Duc Decazes in dieser Sitzung antworten; die erste wurde von Gambetta gestellt und sie war ganz unschuldiger Art. Gambetta erkundigte sich, wann endlich die diplomatischen Actenstücke betreffs der orientalischen Angelegenheit der Kammer vorgelegt werden sollten, worauf der Minister erwiderte: die Vertheilung soll nicht lange auf sich warten lassen, denn die Dokumentensammlung ist schon dem Druck übergeben. Jetzt aber brachte Ant. Proust von der republikanischen Union eine andere Angelegenheit aufs Tapet. Er verlangte Auskunft über die offizielle Note, welche am Vormittage im Umschlag erschienen war. Diese Note sucht, wie man weiß, den Minister des Auswärtigen von dem Vorwurf zu reinigen, daß er an dem verspäteten Bekanntwerden der Nachricht vom Sturz Midhat-Paschas Schuld trage. Antonin Proust findet die offizielle Note nicht genügend. Die Regierung habe das Recht und die Pflicht, die Depeschen zurückzuhalten, welche den öffentlichen Frieden stören können, dagegen müsse sie die anderen Depeschen aufs Schnellste zur Kenntnis des Publikums bringen. Außerdem aber hat im vorliegenden Falle sogar der Ministerconseil diese Mittheilung verspätet erhalten, ein Umstand, über den die Note im Umschlag gar keinen Aufschluß gibt. Als der Duc Decazes auf der Tribune erschien, um zu antworten, fiel aller Welt sein gereiztes Wesen auf. Seine Replik war kurz: am 5. Februar um 11 Uhr 20 Min. Abends sei die Depesche aus Konstantinopel im Ministerium des Äußeren angekommen, eine kurze, hifftige Depesche, deren Entzifferung mehrere Stunden in Anspruch nahm. Um 2 Uhr Nachts habe er selber, der Minister, von ihr Kenntnis gehabt und am Vormittage um 9 Uhr habe er sie dem Conseil mitgetheilt; seine Pflicht sei es aber keineswegs, die Journals oder die Börse in Kenntnis zu setzen. Die Kammer nahm diese Erklärung mit einem eisigen Schweigen auf; der Conseilpräsident, Jules Simon, hielt es daher für gerathen, seinem Collegen zu Hülfe zu kommen. Er stieg auf die Tribune und versicherte, daß alle Beteiligten, die Telegraphenverwaltung, das Ministerium des Äußeren, die „Agence Havas“ ihre Pflicht gehabt haben und daß Niemand für die Verpätung der Depesche verantwortlich zu machen sei; daß ferner in dieser Angelegenheit wie in allen anderen Dingen die größte Einmuthigkeit im Ministerconseil herrsche und daß nicht die geringste Meinungsverschiedenheit zwischen ihm, Jules Simon und dem Duc Decazes abgewaltet habe. Die Discussion schien damit erledigt, aber Ant. Proust wiederholte nochmals seine Beschwerde, da die Aufschlüsse der Minister ihm nicht befriedigend schienen. Der Duc Decazes replizierte und ließ dabei eine sehr seltsame und unkluge Auskunft fallen: Man seze doch nicht etwa voraus, daß er um einer solchen Mittheilung willen des Nachts um 2 Uhr seinen Collegen, den Conseilpräsidenten, aus dem Schlafe reißen werde? Die Nachricht sei am Ende nicht so wichtig gewesen, daß sie eine ausnahmeweise schleunige Veröffentlichung erheische. Darauf wurden allseitige Ausruhe der Bewunderung laut und der Bonapartist Jolibois rief: „Die Leute, welche sich mit Börsenangelegenheiten beschäftigen, wissen sehr gut die Wichtigkeit einer solchen Depesche zu würdigen.“ Es ist bekannt genug, daß der Duc Decazes in dem Rufe steht, mit der Börsenspeculation seinerzeit viel verkehrt zu haben; man stelle sich also die Wirkung dieser Apothrope vor, der Minister war zu verwirrt und ausgeregelt, um eine glückliche Antwort auf den Angriff Jolibois zu finden. Er erwiederte heftig, vergleichend Verleumdungen gingen meist von solchen Leuten aus, die selber zu thun pflegten, was sie anderen vorwerfen. Lärm. Jolibois verlangt das Wort für eine persönliche Bemerkung und erklärt, der Minister habe sich an den Unrechten gewandt. Niemals in seinem Leben habe er, Jolibois, den Fuß in die Börse gesetzt oder sich an einer Börsenspeculation beteiligt. Dies gebe ihm ein Recht, sich darüber zu wundern, daß gewisse Pariser Banquiers die Nachricht aus Konstantinopel viel früher erhalten haben als der Minister. Er halte seine Bemerkung vollständig aufrecht. Damit war nun wirklich die Discussion erschöpft und sie endete, wie man sieht, nicht zum Vortheil des Duc Decazes. Im übrigen bot die Verhandlung der Kammer wenig Interesse. Der Senat discutierte ein Gesetz über die Organisation der Handelschiedsgerichte und beide Kammern vertrugen sich auf Donnerstag. — Die „Débats“ kommen heute nochmals auf das Götschakoffsche Rundschreiben zurück. Sie sprechen die Hoffnung aus, daß Frankreich sich mit seiner Antwort nicht beeilen werde; man müsse den anderen Mächten den Vortritt lassen, es wäre sehr bedauerlich, wenn die französische Regierung ebenso hastig verführe,</p

wie bei der Annahme des Berliner Memorandums, welches von Deutschland selbst nur mit der äußersten Kälte angenommen wurde. Dann ermahnen die „Débats“ ihre Landsleute, die noch auf eine französisch-russische Allianz spekulieren, zu einer vernünftigeren Auffassung zurückzukehren und nicht an ein Bündnis zu glauben, dem selbst die geographischen Notwendigkeiten sich widersetzen. Dieser Politiker seien allerdings nur wenige, aber ihre unslugen Reden haben die in der letzten Zeit von deutschen Blättern gegen Frankreich unternommene Campagne veranlaßt. Was die „Débats“ selber angehe, so wüssten alle ihre Lefer, wie wenig sie auf ein russisch-französisches Bündnis und auf ein Complot, dessen Spitze gegen Deutschland gerichtet sei, hinarbeiten. — Die „Droits de l'homme“ feierten gestern den ersten Jahrestag ihrer Gründung. Zu diesem Ende hatte die Redaction ein großes Banquet in Saint-Mande veranstaltet. In Folge des Lärms, welchen die Suspensierung dieses Blattes veranlaßt hat, erhielt natürlich das Banquet die Bedeutung einer politischen Demonstration. Gestern hielt es, die Polizei werde die Zusammensetzung verbieten, aber sie hat sich nicht eingemischt, und die Feierlichkeit ist ruhig verlaufen. Es waren etwa 700 Personen versammelt, darunter viele Damen, in deren Toiletten die rothe Farbe vorherrschte. Überhaupt hatte man, wo immer möglich das Roth angebracht, die Büste der Republik mit der phrygischen Mütze erhob sich auf einem rothen Hintergrund; darüber las man die Initialen des abwesenden Redakteurs, der seine Artikel mit X... yzeichnet (Henri Rochefort); die Festcommisare trugen rothe Immortellen im Knopfhole, der Speisezettel war auf rothes Papier gedruckt, es fehlte nur, daß man noch lauter rothe Speisen aufgetragen hätte. Von den Senatoren und Deputirten selbst der äußersten Linken hatte sich keiner eingefunden (Mildier-Montjau, Naquet und einige andere entschuldigten sich brieflich) und der Pariser Stadtrath war nur durch zwei Mitglieder vertreten, von denen einer Yves Guyot, Redacteur der „Droits de l'homme“ ist. Auch die große Mehrzahl der Pariser Blätter hatte sich nicht vertreten lassen, dagegen bemerkte man eine größere Zahl von Correspondenten der auswärtigen Presse. Nach der Mahlzeit wurden Reden gehalten und Adressen verlesen, unter anderen ein Glückwunschtelegramm des Leipziger Socialistenblattes „Vorwärts“. Der Redacteur Angevin kündigte an, daß am Aschermittwoch die „Droits de l'homme“ einstweilen ihr Ercheinem einstellen. Yves Guyot entwarf eine Geschichte dieses Blattes; die sich schließlich zu einer wahren Apologie der Commune gestaltete. Nebenbei machte er der gegenwärtigen Regierung ein Verbrechen daraus, daß sie eine Annäherung an Deutschland, namentlich in Sachen der Ausstellung von 1878, versucht habe, und warf ihr vor, daß sie zwar den Nationalhaß opfere, aber nicht den Franzosen, die am Aufstande Theil genommen habe, verzeihe u. s. w. — Jules Simon hat, wie es heißt, dem Marshall-Präsidenten ein Decret vorgelegt welches der rue de la Chaussée-d'Antin, eines der reichsten und vornehmsten Straßen von Paris, den Namen rue de Mirabeau, den sie von 1791 bis 1793 führte, zurückgibt.

Osmanisches Reich.

Konstantinopel, 6. Februar. [Großvezier Edhem Pascha und Ex-Großvezier Midhat Pascha.] Die Installation des neuen Großveziers, Edhem Pascha, fand gestern auf der Hohen Pforte mit dem üblichen Ceremoniel statt. Begleitet von dem Scheik-ul-Islam, Djedet Pascha und Said Bey, verließ Edhem Pascha um 3 Uhr Nachmittags in einem Galakait das kaiserliche Palais, um sich nach der Hohen Pforte zu begeben, wo Mahmud Bey den folgenden Hat verlas:

„Mein erlauchter Bezir Edhem Pascha!

In Erwirkung der Bedürfnisse der Zeit und der neuen Situation des Reiches, habe ich nach meinem vollen Willen die Constitution proklamiert. Mein Zweck, da ich die Charta octroyierte, war, die Achtung und das Vertrauen des Volkes zu gewinnen und also die Glückseligkeit unseres Landes zu sichern. In Abetracht, daß diese Sitzungen die Haltung aller Beamten, großer und kleiner, innerhalb der Grenzen ihrer Befugnisse und Pflichten feststellen; in Abetracht, daß die Verwirklichung der Gleichheit und die Verbesserung des Loses Meiner Böller, so wie ich es proklamiert habe, die Ausführung aller anderen gesetzlichen Maßregeln fordert;

in es constatirt worden, daß es zu diesem Zweck notwendig ist, wichtige Veränderungen in dem Personal vorzunehmen, welches die Staatsangelegenheiten leitet. Nachdem Midhat Pascha von seinen Funktionen abberufen und den Vorchristen der Constitution gemäß, aus gewissen Gründen aus dem Reiche entfernt wurde, erhebe ich Euch in Ansichtung meiner Charta die Charta festgestellten Prätrogative und da ich zu Euch, dessen Fähigkeit ich kenne, ein vollkommenes Vertrauen habe, auf den Posten des Großveziers. In Übereinstimmung mit den Dispositionen der Constitution wird der Kammer der Deputirten ein Gesetzentwurf unterbreitet werden, betreffend die Decentralisation der Verwaltung, die Grenzeintheilung und Leitung der Communen, die Wahl und die Ernennung der Kaimafas unter meiner Autorisation, die Feststellung ihrer Besoldungen. Die Leitung der inneren Angelegenheiten wird dadurch sehr ausgedehnt werden und eine große Wichtigkeit erhalten.

Dortum stelle ich das Ministerium des Innern wieder her, welches unterdrückt war und dessen Befugnisse sein werden, direct mit den Provinzen zu verkehren. Ich erinne zu diesem Posten den Justizminister Djedet Pascha, dessen Kenntnisse und Erfahrungen mir bekannt sind. Da durch die Thatsache, daß der Staatsrat die Gesetzestwürfe vorbereiten muß, welche in der bevorstehenden Session der Kammer der Deputirten vorgelegt werden sollen, die Pflichten des Präsidenten des Staatsrates eine große Wichtigkeit erhalten haben, so erkenne ich, mit Rücksicht auf seine erprobte Intelligenz und Fähigkeit, zu diesem Posten Kadry Bey mit dem Range eines Bezirks. Ich vertraue das Justizministerium an Assym Pascha, General-Gouverneur des Vilajets von Adrianopel. Da es notwendig ist, die Verwaltung des Vilajets von Adrianopel und des Donau-Vilajets, welche unter den gegenwärtigen Verhältnissen von ausnahmsweise Wichtigkeit sind, Funktionen von erprobter Fähigkeit und Vertrauenswürdigkeit zu übertragen, so erkenne ich meinen Brüder in Paris, Sadik Pascha, zum General-Gouverneur des Donau-Vilajets und Ali Pascha, Ex-Bali der Herzogowina, zum General-Gouverneur von Adrianopel. Mit Rücksicht auf seine Fähigkeit erkenne ich Ohannes Efendi (Schamitisch), Mitglied des Staatsrates, zum Minister des Handels und des Ackerbaus, mit dem Grad eines Balas. Ahmed Muhtar Pascha, General-Gouverneur von Kreta, ist zum Chef-Commandanten des 4. Armee-corps in Erzerum ernannt an Stelle von Samih Pascha, welcher Ahmed Muhtar Pascha in Kreta ersetzt.

Die Unter-Sstaatssekretäre der verschiedenen Departements haben die Aufgabe, regelmäßig die Angelegenheiten ihrer Departements zu expediren, den Minister Bericht zu erläutern und in Finanz-Angelegenheiten mit den speciellen und competenten Personen zu berathen, welche aus Europa berufen wurden. Das Unter-Sstaatssekretariat des Großbezirks ist Kurschid Pascha, General-Gouverneur von Aleppo, übertragen, weldergleichzeitig einer aus Musteschar und einigen Mitgliedern des Staatsrates zusammengeführten Commission präsidirt wird, welche den Auftrag hat, die Unter-Gouverneure (Kaimafas) zu ernennen. Ifat Pascha, von seinen Funktionen als General-Gouverneur des Donau-Vilajets entbunden, ist in gleicher Eigenschaft für Aleppo ernannt; Rostati Bey, Präsident der Municipalität des sechsten Kreises, ist zum Musteschar des Ministeriums des Innern ernannt. Der Posten des Musteschar im Ministerium des öffentlichen Unterrichts ist Ohannes Efendi, einem der Präsidenten des Appellhofes in Istanbul, übertragen.

Wir Ihr wissen werdet, schreibt der Artikel 77 der Constitution vor, daß der Modus der Wahl des Kammer-Präsidenten erst vom nächsten Jahre ab in Anwendung kommt; Ihr kennt auch den Artikel 65, welcher sich auf die Zahl der Deputirten im Verhältnis zur Bifser per Bevölkerung bezieht. Da nun die Zusammenziehung der Kammer für diese Session nach der im Artikel 119 der Charta erwähnten provisorischen Instruction stattfinden muß, so ist zum provisorischen Präsidenten der Kammer Ahmed Befik ernannt, dessen specielle Fähigkeiten für die Leitung von Debatten man kennt. Schalef Pascha, Ex-Handelsminister, ist zum Mitgliede des Senats ernannt und Said Efendi, Ex-Musteschar des Groß-Bezirks, auf den Posten eines

Staatsratsmitgliedes versetzt. Ich autorisiere Euch, diese Ernennungen zu promulgiren.

Unser Wunsch ist, daß alle Angelegenheiten regelmäßig verlaufen und daß Ihr Euch beeilen werdet, die Sanction der durch die Charta vorgeschriebenen Gesetze und aller anderen die Reformen betreffenden Maßregeln von mir zu fordern.

Möge Gott uns zum Erfolge leiten.
Gegeben am 20. Muharren 1294. (3. Febr. 1877.)

Provinzial-Beitung.

Breslau, 12. Februar. [Tagesbericht.]

+++ [Communales.] Der Stadtverordneten-Versammlung ist unseres Wissens nach der Abschluß der Städtischen Bank vro 1876 noch vollständig unbekannt, während bereits in der Sonntagsnummer einer hiesigen Zeitung über die Verhältnisse und den Abschluß der selben genauer Bericht erstattet ist; selbst ein specialisirter Nachweis über Ein- und Verkauf von Depot-Papieren ist geliefert. In gleicher Weise sind vor wenigen Tagen durch Correspondenzen in die Zeitungen die Extragnisse der Schlachtfeste pro 1876 veröffentlicht worden, deren Kenntniß der Stadtverordneten-Versammlung bei Berathung der Städt als unentbehrlich bezeichnet werden muß, den Stadtverordneten ist eine dergleichen Mittheilung nicht geworden. Es ist der Wunsch deshalb wohl gerechtfertigt, daß zuerst die competente Behörde von diesen Verwaltungsergebnissen in Kenntniß gesetzt wird, damit nicht durch außeramtliche Mittheilungen, die des amtlichen Charakters entbehren, irrthümlichen Auffassungen event. Vorschub geleistet wird.

* [Personalien.] Bestätigt: die Wahl des Gemeinde-Cinnehmers Neger in Haynau zum Kämmerer und Rathmann dieser Stadt, die Vocacion für den Lehrer Geister in Pfaffendorf zum Lehrer an der ev. Schule zu Herzogswaldau, Kreis Jauer, für den bisherigen Adjunktenschul zum 2. Lehrer an der evangelischen Elementar-Schule in Ober-Waldau, Kreis Bunzlau, für den bisherigen Adjunktenschul Kühn zum 2. Lehrer an der evang. Elementar-Schule in Nieder-Waldau, Kreis Bunzlau und für den Seminar-Abiturienten Becker zum 2. Lehrer an der evangelischen Schule in Zibelle, Kreis Rothenburg O.L., die Vocacion für den bisherigen Pfarr-Vicar Böhlt in Schneidebeberg zum Pfarrer in Seidow.

* [Orden.] Wie der gefrige „Reichs-Anz.“ meldet, hat auch der ehemalige verantwortliche Redacteur der „Breslauer Zeitung“, Herr Robert Büttner, jetzt als „Schriftsteller zu Steglitz“ namhaft gemacht, den königl. Kronen-Orden IV. Klasse erhalten.

* [In Bezug auf die Oderregulirung] geht dem „Grünb. Wochenbl.“ aus dem Hause der Abgeordneten folgende Zuschrift zu: Zu dem in Nr. 11 des diesjährigen „Grünberger Wochenblattes“ enthaltenen Artikel über die im Staatshaushaltsetat für 1877/78 ausgeworfenen Summen für die Regulirung der Oder wird berichtigend bemerkt, daß diese Summe im Ordinario, wie schon seit einer Reihe von Jahren 300,000 Mark (nicht 150,000 Mark) beträgt und nur die zu dieser Summe ebenfalls seit einer Reihe von Jahren gewährten außerordentlichen Zuschüsse wegen der weniger günstigen Finanzlage geringer, als in den vorigen Jahren bemessen sind. Es ist indest in der nationalliberalen Partei bereits ein Antrag vorbereitet, der die Möglichkeit bieten soll, auch das Extraordinarium für dies Jahr bedeutend zu erhöhen. — Berlin, 9. Februar 1877, — Haecke, Abgeordneter für Grünberg-Freistadt.

L. [Museum schlesischer Alterthümer.] In der am Mittwoch, den 14. Februar, in der alten Börse stattfindenden Vereinsitzung wird Regierung-Referendar v. Brittwitz den zweiten Theil seines Vorlasses: „Zur Geschichte der Breslauer Kunstsammlungen“, halten. Auf der Tagesordnung der Sitzung stehen außerdem Mittheilungen des Professor Dr. Schulz über die alten Messingbilder und einige Gemälde im Museum.

E. [Unsere Promenade,] zeigt zu dieser außergewöhnlichen Zeit den Besuchern derfelben am südöstlichen Abgänge der Liebhaberhöhe an der Röbäumchen-Anlage eine Pflanze, welche die Sonnenblume zur vollen Entwicklung ihrer großen, weißen mit gelben Staubgefäßen gesetzten Blüthen gebracht hat. Es ist dies der Riebwurz — Helleborus niger, eine ebenso zeitig blühende Pflanze wie der Winterling Eranthis hiemalis, welcher durch seine gelben, aus dem Schnee hervortretenden Blumen überrascht. Diese Vorboten des Frühlings begrüßt der Besucher doppelt freudig, weil selbiges uns das Erwachen der Natur anzeigen und unserer Promaden-Verwaltung geblüht Dank, daß dieselbe auf den Anbau dieser Pflanzen nicht vergessen hat.

* [Die Reboute im Lobetheater.] Es mag ja wahr sein — die Zeiten sind schlecht und werden alle Tage schlechter; aber es ist nicht minder wahr, es wird deswegen fortgetanzt und in dulci jubilo fortgelebt. Und im diesjährigen Breslauer Carneval hat man es wahrsagt nicht gemerkt, daß wir noch unter den unmittelbaren Nachwesen des Krachs zu leiden haben, wie uns so oft versichert wird. So viel Feste und Bälle öffentlichen und privaten Charakters hat Breslau schon lange nicht gefeiert — das bedeutendste der ersten war unstrittig die Reboute im Lobetheater am Sonnabend. Wenn Breslau wirklich mit Riesenrittern zur Großstadt schreitet, so müssen seine öffentlichen Vergnügungen auch eine andere Physiognomie tragen, als das bisher der Fall gewesen. Von diesem Gesichtspunkte ging der Unternehmer der Reboute, Herr Cäsar Chaffak, aus, und es mag gleich von vornherein gesagt sein, daß dieser Gedanke, soweit sich derselbe in einem ersten Versuche realisierte ließ, am Sonnabend zu ziemlich gelungener Ausführung kam. Das Resultat der Reboute hat es klar gezeigt, daß in Breslau Sinn und Theilnahme für große Carnevals-feste ist — und dieses Resultat wird für die Zukunft nicht ohne Nutzen sein. Zunächst zeigte sich dieser Sinn in einer Beileidigung, die selbst die kühnsten Erwartungen übertraf. Nicht, daß etwa blos alle Billets vergriffen waren, sondern die Besitzer dieser Billets recruierten sich aus den besten Ständen. — Die Logen im ersten Rang waren durchweg von einem distinguirten Publicum besetzt — und auch im Saale war die Stimmung und die gesellschaftliche Temperatur eine durchaus keine. Das ist das Erste und Wichtigste bei einem solchen Feste. Das diesmal noch keine Fälle charakteristischer Masken auf dem Parkett des Lobetheaters erschien, ist ziemlich leicht erklärl. Man wollte sehen und abwarten — nun der Versuch gelungen, wird es an Masken auch nicht fehlen. Trotzdem erregten auch am Sonnabend einzelne Masken das Interesse des Publicums; Türken und Russen, Soldaten und Mönche, Offiziere und Nonnen wimmelten in friedlichem Gedränge auf den Brettern, die die Welt bedeuten, umher. Ein besonderes Interesse erregte die Theilnahme, die die dramatische Kunst der Reboute zuwendete. Da war vor Allem der vielbejubelte „Wladimir“ aus der „Fatiniza“, Fr. Ulke, die fesche Wienerin, dann Frau Nolas, unsere liebenswürdige komische Alte, das anmutige Fr. Friedhoff, die schöne „Suleika“ des Harem in „Fatiniza“, Fr. Kraupa, und die blonde „Diona“, Fr. Spalke, vom Stadttheater das stattliche Fr. Kelly in eleganter Maske, ferner Fr. Hahn, vom Thalia-Theater das muntere Fr. v. Arloff, von den Männern der Bühnenwelt die Herren Dörr, Heinemann, Wiesner, Spröte, Frenzel, Pauli, Richter u. A.; ferner die Theaterleiter Herr Director L'Arronge und Herr Hugo Müller aus Dresden. Daz sich das Interesse unserer jungen Herrenwelt vorwiegend um die Vertreter der dramatischen Kunst konzentrierte, ist selbstredend. Doch auch die Heroen des Circus Renz hatten sich großer Aufmerksamkeit zu erfreuen — vom lächelnden Parforce reiter bis zur graziösen Solotänzerin. Das Fest begann programmatisch um 9 Uhr mit einem Tanz, von zwei Musikapellen dirigirt, und endete sehr programmatisch um drei Uhr Morgens. Denn mit dem Schlag der dritten Stunde traten die

Arbeiter des Theaters in die stillle Ecke, in die sich eine kleine Gesellschaft geflüchtet, um ihr anzukündigen: Meine Herrschaften, wir müssen aufräumen — Morgen ist „Fvhigenie“. So meint sich im Leben Scher und Ernst — aber selbst die Mahnung an die heile Jungfrau im Tempelhain der Diana vermochte nicht die überschäumende Lust zurückzudrängen. Wie auf ihrem Schein bestand die tanzlustige Jugend auf ihrem Programm und tanzte dasselbe reglementmäßig ab, meist unter den mit großem Jubel aufgekommenen Klängen des bekannten Fatiniza-Marsches. Das das Fest überhaupt ein Ende genommen, konnte jeder erfahren, der Sonntag Nachmittag in die Vorstellung der „Fvhigenie“ gegangen; wann es aber ein Ende genommen, das dürfte schwerer zu eruieren sein — darüber schweigt des Reporters Höflichkeit — daß es jedoch ein gelungenes, durch keinen unlösamen Zwischenfall, nicht einmal durch den verunglückten Maskenaufzug gestörtes gewesen, wird jeder bestätigen, der ihm beigewohnt, und daß allgemein der Wunsch nach baldiger Wiederholung laut geworden, wird schließlich auch Niemand zu leugnen versuchen, der seinen Kater bereits verwunden und mit der Wahrheit nicht bloß auf dem Grüssuße steht — quod erat demonstrandum!

* [Rechte-Öder-Ufer-Bezirks-Verein.] Am vergangenen Sonnabend feierte der genannte Verein im Casper'schen Locale sein Stiftungsfest durch ein Abendbrot mit Ball. — Bald nach 8 Uhr füllte sich der mit dem Stadtwappen und Fahnen dekorirte Saal mit Festteilnehmern, die in bunten Reihen an der bereit stehenden Tafel Platz nahmen. — Bald nach Öffnung derselben brachte der Vorsthende des Vereins einen Toast auf das Blühen und Gedeihen der Bezirks-Vereine aus, wobei er gleichzeitig darauf hinwies, wie jeder Bürger es sich eigentlich zur Ehrensache machen müsse, denselben anzugehören, da nur durch eine sehr große Mitgliederzahl den Vereinen möglich gemacht werde, in kommunalen Angelegenheiten auf ihre Vertreter einzuwirken zu können. Nach einem zweiten Toast von Herrn Apotheker Kuhlmann, „den Damen“ gewidmet, drängte man zur Aufhebung der Tafel und zum Beginn des Tanzes, und nicht lange währt es, so drehte Alt und Jung sich im lustigen Reigen — Trockinn und Gemüthlichkeit walzeten überall vor und hielten die Festgenossen fast bis zum Grauen des neuen Tages vereint. — Küche und Keller ließen nichts zu wünschen übrig und erfreute sich Herr Restaurateur Baum allgemeiner Anerkennung.

* [Die humoristische Musikgesellschaft „Wespe“] veranstaltete gestern Abend im großen Saale des Café restaurant eine zweite Soiree, welche gleich der ersten, durch ein reichhaltiges Programm allen Ansprüchen genügte. Die Soiree wurde durch einen von Herrn Stroheimischer Weise auf die Ereignisse innerhalb des Vereins anspielte, eröffnet. Die executirten Orchesterstücke machten sowohl dem Dirigenten der „Wespe“, Herrn Neustadt, sowie den mitwirkenden Mitgliedern der Gesellschaft alle Ehre. Besonders waren die Soli's gut besetzt. Wir erwähnen hier nur das Cello-Solo, vorgetragen von Herrn Riegel, Flöten-Solo von Spieler und Violin-Solo von Neustadt. Mehrere Declamationen und Vorträge von Completos vervollständigten das reichhaltige Programm und wurden mit allgemeinem Beifall aufgenommen. Den Schluß bildete eine theatralische Vorstellung: „Ein Stündchen auf dem Comptoir“, die als Dilettanteneistung recht gut genannt werden kann. Obwohl manche alte „Wespe“ summend das Nachgehegen verlangte, so blieben die jungen „Wespen“ doch noch bis zu früher Morgenstunde bei einem solennem Ball beisammen.

* [Breslauer Dilettanten-Verein.] Vergangenen Sonntag hielt genannter Verein wieder eine seiner Soirées im Saale des Hotel des Silesie ab. Das reichhaltige Programm wurde vorzüglich und unter allgemeinem Beifall des zahlreich versammelten Publikums zu Gehör gebracht. Der Soirée folgte ein Ball. Wie uns von Seiten des Vorstands mitgetheilt wird, gedenkt der Verein in nächster Zeit ein Wohlthätigkeits-Concert zu veranstalten, dem wir im Interesse des guten Zweckes den besten Erfolg wünschen.

* [Die „Austria“] ein Verein österreichisch-ungarischer Staatsangehöriger, feierte am 10. d. M. im „König von Ungarn“ sein Stiftungsfest durch einen Festball, dem zahlreiche Freunde beitragen. Während der Festfeier brachte der Vorsthende des Vereins, Dr. med. König, den ersten Toast auf Se. Majestät Kaiser Wilhelm von Deutschland, „den Helden, den Stern und Glanz Europas, unter dessen weise Regierung die in Deutschland lebenden Deutscher Freiheit und Gleichheit mit den deutschen Bürgern und Schülern und Schirm wie diese finden.“ Der Ehrenpräsident Geh. Rath Consul Dr. Cohn wästete auf den Kaiser von Österreich, den Beschützer und Beförderer bürgerlicher Gewerbsleidens. Kaufmann Dr. Cohn ließ die Stadt Breslau und die Breslauer leben, in deren Kreise sich die Deutscher Freiheit wohl befunden haben. Es folgte noch eine ganze Reihe von Trinksprüchen auf den Ehrenpräsidenten, die Damen, die „Austria“ u. s. m., zu denen um so mehr Zeit geboten war, als die Tafel aus Mangel an Bedienung sehr ausgedehnt werden mußte. Während des folgenden Cotillions bot eine zum Welten des Fonds zur Anhäufung einer Vereinsfahne veranstaltete Verloofung mancherlei Überraschungen. Das ganze Fest befreidete die Theilnehmer in hohem Grade.

* [In Sachsen „Schles. Volkszeitung.“] Wegen Nichtantrahme einer durch das Preßgesetz begründeten Berichtigung wurde gegen Ende v. J. der Stellvertretende Redacteur der „Schles. Volksztg.“, Herr v. Wilczek, zu einer Geldbuße von 10 M. und Aufnahme der qu. Berichtigung verurtheilt; letztere erfolgte trotzdem nicht und wurde demzufolge Herrn v. W. im Monat Januar erneut durch gerichtliches Mandat eine Geldbuße von 50 M. aufgelegt und die Aufnahme der Berichtigung aufgegeben; der Abdruck der letzteren in der „Schles. Volksztg.“ erfolgte einige Zeit hierauf, gegen die Zahlung der Geldbuße jedoch war Seitens des Verurtheilten Recurs erhoben worden und stand hentl. Termine zur mündlichen Verhandlung an v. W., welcher nicht erschien war, wurde durch seinen Rechtsbeistand vertreten; jedoch gelang es demselben nicht, die von der königl. Polizei-Amtshälfte beigebrachten Gründe für obige Verurtheilung zu widerlegen und bejahte der Gerichtshof lediglich das Mandat, wonach also Angestellten eine Geldstrafe von 50 M. aufgelegt und derselbe auch die Kosten des Verfahrens zu tragen verurtheilt wurde.

+ [Der Sturm,] welcher in der verflossenen Nacht und am heutigen Vormittag mit rasender Heftigkeit wütete, hat in hiesiger Stadt an öffentlichen und Privatgebäuden großen Schaden angerichtet. Von Seiten der Polizeibehörde mußte die Durchfahrt durch das Kastell für den Verkehr abgesperrt werden, da der Sturm einen Theil des Ziegeldaches vom königlichen Universitätsgebäude abgedeckt hat. In kurzen Intervallen wurden die schweren Flachwerke auf die Straße herabgeschleudert, und da somit für die Passanten eine Lebensgefahr entstand, so wurde von 9 Uhr Vormittags ab die Straße mit Laternen abgeschlossen. — Das Krieger-Denkmal auf dem Kaiser-Augustus-Platz, welches vom Architekten Langer erbaut, und am 28. Junt 1874 in Beisein des Kronprinzen eingeweiht und der Stadt übergeben wurde, ist heute Vormittag — wie bereits in der heutigen Mittagsnummer erwähnt —theilweise vom Sturme zerstört worden. Die zwei Meter hohe Sandsteinspitze mit dem vergoldeten Reichsadler, wurde, da die im Innern befindliche eiserne Spille abgebrochen, von seiner Höhe herabgeworfen. Die schwere Steinmasse stürzte zuerst auf die steinerne Galleriemüstierung und auf das Eisengeländer, welches selbstverständlich zertrümmert worden ist. Glücklicherweise ist das herliche Monument vor weiterem Schaden behütet worden, da

Neubaues vom Sturm abgehoben und auf daß mit Schindeln gedeckte Dach des vorigen Krämers Winter geworfen. Die Winterlichen Eheleute befanden sich während der erwähnten Katastrophe in ihrer zu ebener Erde befindenden Wohnstube, ihr 8½ Jahre alter Sohn Heinrich lag bereits in demselben Zimmer im Bett und schlief. Plötzlich gesah ein lauter Krach, die Decke der Stube brach zusammen, und beide Eheleute konnten sich nur mit Mühe durch die Fenster retten. Leider ist der genannte Knabe von dem herabfallenden Balkengespreng des Giebels erklungen worden. Außer dem Verluste des Kindes haben die betreffenden Winterlichen Eheleute auch noch bedeutenden Schaden an ihrem Hause erlitten.

> [Leere Gerüchte.] Die Berliner "Borsen-Zeitung" bringt in Nr. 71. (vom 11. Februar) die Mitteilung, daß der Circus Renz in Breslau dieser Tage der Schauplatz eines blutigen Auftrittes gewesen sei. Wir können dem gegenüber versichern, daß diese Mitteilung in ihrem ganzen Umfange unwahr ist, und daß Herr Director Renz die ihm gegen die Verbreiter derartiger, auf boshafter Erfindung beruhender Gerüchte zu Gebote stehenden Mittel bereits ergreifen hat und noch weiter ergreifen wird.

* [Circus Renz.] Wie bekannt, schließt Director Renz am 19. cr. seine Vorstellungen. Getrenn dem Sprichworte: "Ende gut, Alles gut", hat

Herr Renz noch für Breslau eine neue Überraschung ausbewahrt. Es ist dies eine Ausstattungs-Pantomime in einem ganz neuen Genre, welche leider nur noch an einigen Abenden gegeben werden kann. Die Grund-Idee dieser neuesten Schöpfung des genialen Directors ist eine Winterfeierlichkeit auf dem Eis, verbunden mit Maskenball, Ballet, Skating-Kunst, und schließt mit einer Schlittschuh-Quadrille von 24 Paaren. Seit 3 Monaten fanden täglich Proben zu dieser Pantomime statt und mit großer Mühe und einem enormen Kostenaufwand hat Director Renz sein Werk vollendet, um es zum ersten Male in Breslau aufzuführen. Wie wir vernehmen, soll am Freitag, den 16. d. M., die erste Aufführung stattfinden.

+ [Ein Juwel-Diebstahl.] Vor ca. 2 Jahren verstarb hier selbst die Frau Baronin von Richthofen, eine sehr vermögende Dame, welche außer einem großen Mobiliar und Hausrath auch Gold- und Silbersachen, Preziosen und Effeten hinterließ. In ihren Nachlässen befand sich unter Anderem auch ein sehr wertvoller Brillenschmuck, der nach ihrem Tode auf unerklärliche Weise abhanden gekommen war. Als der gesetzliche Erbe, der nicht an hiesigen Orte wohnhaft ist, den ganzen Nachlaß im Wege der Auction verlaufen ließ, wurde erst das Fehlen des Schmudes bemerkt und blieben alle Nachsuchungen nach dem Verbleib derselben ohne Erfolg. Die hiesige Polizeibehörde hatte mittlerweile in Erfahrung gebracht, daß der Haushofmeister der Verstorbenen, Namens Schulz, für ein in früheren Jahren begangenes Diebstahlverbrechen schon eine mehrjährige Buchthausstrafe verbüßt hatte, und da aus demselben auch diesmal wieder nur allein der Verdacht des Diebstahls in Betriff des Schmudes ruhte, so erfolgte die Verhaftung des Erwähnten. Während dieser Vorgänge wurde gegen den mit der Siegeln beauftragten Commissarius die Disciplinar-Untersuchung eingeleitet, weil derselbe den gesetzlichen Bestimmungen zu wider den in Nachlaß vorhandenen gesetzlichen Schmuck nicht in Ablösung genommen, sondern diesen dem bereits oben erwähnten Haushofmeister bis zur Testamentsvollstreitung und Auction resp. in der Wohnung der Verstorbenen belassen hatte. Glücklicherweise hat sich vor einigen Tagen der vermischte Schmuck vorgefunden, indem derselbe durch eine hiesige Geschäftsfrau an einen hiesigen Juwelen- und Antiquitätenhändler schon im vorigen Sommer verkauft worden war. Die betreffende Frau hatte nämlich im angeblichen Auftrage einer polnischen Gräfin und, um jeden Verdacht zu vermeiden, den Schmuck nicht im Ganzen, sondern nur in einzelnen Teilen zum Verkauf gebracht und sich jedesmal eine Bescheinigung des Preises ausstellen lassen. Außerdem nunmehr die ganze Angelegenheit rückbar geworden und die erwähnte Hohlerin wegen anderer Verdächtigkeiten in Untersuchung gezogen wurde, schwäste der betreffende Juwelenhändler Verdacht, daß dieser Schmuck aus derselben Quelle herstammen könnte. Sofort ließ sich der Käufer den Siegelcommissarius kommen, und nachdem die Identität des Schmudes festgestellt worden war, wurde derselbe dem hiesigen Stadtgericht eingereicht. Der Schmuck ist zum vollen Wertes bezahlt worden, ein Umtausch, der darum Erwähnung verdient, als die betreffende Frau bei mehreren anderen Juwelenhändlern geringere Angebote erzielt hatte. Gegen den Siegel-Commissarius ist die Disciplinar-Untersuchung zurückgenommen worden. Es hat sich nun herausgestellt, daß der Haushofmeister der Dieb des Schmudes gewesen ist und daß er durch jene Geschäftsfrau den gestohlenen Schmuck unter falscher Angabe verlaufen ließ.

+ [Selbstmord.] In einem Hause der Schwerstrafe mache in der Nacht von Sonnabend zum Sonntag der dasselbst wohnhafte 26 Jahr alte Kaufmann K. seinem Leben durch einen Revolverschuß ein Ende. Die Kugel, welche in die linke Seite der Brust eingedrungen ist, hat den augenblicklichen Tod verhängt. Ungläubliche Liebe scheint das Motiv zu dieser traurigen That gewesen zu sein, wie aus den hinterlassenen Briefen erschlich ist.

+ [Aufgefunden Leiche.] In der Nähe der Gerber'schen Rofschlößerei am Schindelberge vor Löwitz wurde am gestrigen Sonntag Mittag der Leichnam eines unbekannten Mannes aus dem Oderstrom gezogen. Der Enterte, der vollständig entkleidet und schon gänzlich in Verwesung übergegangen war, scheint im Alter von 30—35 Jahren gestanden zu haben. Derselbe war von mittelgroßer Statur und stark im Körperbau. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist der Unbekannte schon im vorigen Jahre beim Baden verunglücht.

[Polizeiarchiv.] In der vorigen Nacht wurde einem Restaurator in den verlängerten Hirschstraße der Keller gewaltsam erbrochen und daraus 6 Stück Fässer mit verschiedenen Liqueuren, Cognac und Rum, im Gesamtwerthe von 216 Mark, geholt. Die Diebe haben die Fässer über den Gartenzaun gehoben und nach dem freien Felde gebracht. Von hier aus führen die Spuren einer Adter nach Brigitteinal zu und nach dem Seidelgäßchen auf die Laurentiusstraße — Einer Zimmermannswitwe wurde aus dem Bettstroh ihrer auf der Hundsfelder Chaussee bewohnten Wohnung die Summe von 108 Mark entwendet. — Aus einem Restaurationslocal der Neuen Taschenstraße wurde gestern einem Kaufmann ein grauer Satinet-Überzieher mit schwärzletem Futter und Sammetträgern, im Werthe von 105 Mark gestohlen. — Einem Handelsmann auf der Kleinburgstraße sind in der verlorenen Nacht aus verschlossener Remise 8 Stück lebende Enten und 2½ Schok Rauchheringe im Gesamtwerthe von 40 Mark entwendet worden. — In einem Kaffeehaus der Malergasse wurde gestern der dortigen Besitzerin in ihrer Abwesenheit eine mit grauen Lakenfellen gefütterte Pelzjacke mit grauem Lederüberzuge und Sammetbesatz im Werthe von 48 Mark gestohlen. — In der vorigen Nacht verlorenen Diebe in den zu ebener Erde belegenen Uhrmacherläden Kupferschmiedestraße Nr. 43 einen zu etlicher Erde belegenen Uhrmacherläden Kupferschmiedestraße Nr. 43 einzudringen. Die Verbrecher hatten bereits die starken Vorlegeschlösser besetzt und mittels eines Centrumbohrers 6 Löcher in die Thüre gebohrt, um ein Bieret auszuzeichnen, auch das Thürfutter zu lösen gefunden, doch leisteten die beiden Einlegeschlösser und die mit Eisen beplagten Thüre den besten Widerstand, so daß die Diebe nach mühseligster Arbeit unverrichteter Sache abziehen mußten.

[Ermittlung eines flüchtigen Verbrechers.] Sicherem Vorbehalt nach ist der vom hiesigen königl. Stadtgericht wegen Unterschlagung einer Summe von 5000 M. höchstwahrscheinlich verfolgte 21jährige Handlungskommiss Salomon Brauner am Donnerstag in Wien ermittelt und demnächst in Haft genommen worden. Der Flüchtige hatte von dem defraudirten Gelde nur noch wenige Mark bei sich. Nach seinen allerdings sehr unglaublichen Angaben hat ihm ein Reisebegleiter, mit dem er nach und nach bekannter und vertauter wurde, den größten Theil der unterschlagenen Summe durch Schwindelerie herausgelöst. Der Rest ist von dem Brauner mit Frauenversprechen verdeckt worden. — Der jugendliche Verbrecher wird in den nächsten Tagen hierher ausgeliefert werden. — Der jugendliche Verbrecher wird

** [Marktpreise im Regierungsbezirk Liegnitz pro Monat Januar.] Das Rindfleisch (von der Keule) war am billigsten in Hoyerswerda mit 76 Pf. pro Kilogramm (2 Pf.). Grünberg, Sagan mit 80 Pf. pro Kilogr. Am teuersten war es in Hirschberg mit 1 M. 20 Pf. pro Kilogr. Jauer, Lauban, Muslau mit 1 M. 10 Pf. pro Kilogramm. — Rindfleisch (vom Bauch) am wohlfeststen: in Sagan 70 Pf., Beuthen 73 Pf., Bünzlau, Freistadt, Liegnitz 80 Pf. pro Kilogr. Am teuersten in: Hirschberg, Jauer, Landeshut, Lauban, Lüben, Muslau, Bölkow und Schönau mit 1 M. 10 Pf. pro Kilogr. — Das Schweinefleisch war am wohlfeststen in: Bünzlau, Freistadt, Görlitz, Grünberg mit 1 M. 15 Pf. Am teuersten in: Muslau mit 1 M. 40 Pf., Jauer 1 M. 30 Pf. — Das Hammelfleisch war am wohlfeststen in: Sagan und Liegnitz mit 80 Pf. pro Kilogr. Am teuersten in: Muslau 1 M. 20 Pf., Hoyerswerda 1 M. 18 Pf., Jauer 1 M. 10 Pf. pro Kilogramm. — Das Kalbfleisch am wohlfeststen in: Hoyau 65 Pf., Goldberg, Löwenberg, Lüben, Bölkow, Sagan und Schönau 70 Pfennig pro Kilogramm. Am teuersten in: Freistadt, Lauban mit 90 Pf. pro Kilogr. — Butter war am wohlfeststen in: Schönau mit 1 M. 64 Pf., Lüben 1 M. 75 Pf., Hoyau 1 M. 76 Pf., Goldberg 1 M. 78 Pf. pro Kilogr. Am teuersten in: Muslau mit 2 M. 80 Pf. (also 1 M. 16 Pf. teurer als in Schönau), Cier am wohlfeststen in: Hoyau mit 2 M. 97 Pf., Beuthen a. d. O., Hoyerswerda, Muslau mit 3 Markt pro Schot. Am teuersten in: Frei-

stadt 4 Markt 45 Pf. (also um 1 Markt 50 Pf. teurer als in Hoyau), Sprottau 3 M. 93 Pf., Grünberg, Lauban mit 3 M. 80 Pf. pro Schot.

— Die Durchschnittspreise waren bei dem Rindfleisch (von der Keule) um 4 Pf. (pro Kilogr.) höher als im Monat December, der Durchschnittspreis stieg sich im Januar auf 97, im December auf 93 Pf. pro Kilogr. Rindfleisch (vom Bauch) ist im Monat Januar um 5 Pf. teurer als im Monat December, im Januar stieg sich der Durchschnittspreis auf 91, während er im December 86 war. — Schweinefleisch ist in demselben Preise geblieben, den es im Monat December (nämlich 1 Markt 20 Pf.) hatte. — Hammelfleisch ist im Monat Januar nur 2 Pf. (99 Pf.) teurer als im Monat December (97 Pf.). — Kalbfleisch ist um 4 Pf. billiger geworden, denn im Januar war der Durchschnittspreis 76 Pf., während er im December 80 Pf. pro Kilogr. — Butter ist wiederum um 28 Pf. billiger geworden, als im December, denn der Durchschnittspreis im Januar ist 2 Markt 2 Pf., während er im December 2 Markt 30 Pf. war. Wahrscheinlich ist die durch die Kinderpest getötete Ausfuhr Ursache des niedrigeren Butterpreises. — Cier sind ebenfalls um eine Kleinigkeit (6 Pf.) billiger geworden als im December, der Durchschnittspreis pro Januar ist 3 Markt 43 Pf., der pro December war 3 Markt 49 Pf. pro Schot.

s. Waldenburg, 11. Februar. [Die katholische Pfarrstelle in Nieder-Salzbrunn betreffend.] Verschiedene Blätter enthalten die Nachricht, daß der "Germania" von hier aus folgendes geschrieben worden: „Der hiesige Landrat Bitter hat ein Gesuch an den Kirchenvorstand im nahegelegenen Salzbrunn gerichtet, folgenden Inhalt: Der Patron der Gemeinde, Fürst von Pleß, hat von seinem Besitzungsrecht keinen Gewinn gemacht, denn über ein Jahr ist verlossen seit dem Tode des Pfarrers; nun hat die Gemeinde das Recht, sich einen Pfarrer zu wählen. Diese wird nun erlangt, einen Antrag auf Abhaltung eines Termins zu stellen, wo eine Stellvertretung oder eine Wahl des Pfarrers vorgenommen werden soll.“ Dieser Nachricht gegenüber ist es angezeigt, das Schreiben des königlichen Landrats Dr. Bitter an den Vorstand der katholischen Kirchengemeinde zu Nieder-Salzbrunn nach seinem Wortlaut hiermit zur öffentlichen Kenntnis zu bringen: „Die dortige katholische Pfarrstelle ist bereits seit längerer Zeit erledigt, ohne daß der Patron derselben, der Herr Fürst von Pleß, von dem ihm nach § 13 ff. des Gesetzes vom 20. Mai 1874 (G. S. S. 135 ff.) zu stehenden Rechten, das erledigte geistliche Amt wieder zu bezeugen, innerhalb der vorgesehenen Frist Gebrauch gemacht hätte. Dieses Recht ist infolge dessen nach § 15 a. d. auf die Kirchengemeinde übergegangen und seige ich den Vorstand hiermit mit dem Bemerk in Kenntnis, daß auf einen hierher zu richtenden Antrag von mindestens zehn großjährigen, im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befindlichen, männlichen Gemeindemitgliedern, welche nicht einem mitwählenden Familienhaupt untergeordnet sind, die Gemeinde zur Beschlusffassung über die Errichtung einer Stellvertretung oder über die Wiederbesetzung der Stelle zusammenberufen werden würde. Den Vorstand erscheue ich, von dem Inhalte des vorstehenden Schreibens der Kirchengemeinde in geeigneter Weise weitere Mitteilung zu geben und dasselbe insbesondere auch der Gemeindevertretung bekannt zu machen.“

J. F. Aus der Grafschaft Glatz, 11. Februar. [Feuer. — Klauen- seuche. — Witterung.] Gestern Abend gegen 11 Uhr brach in einer Scheuer des dem Rittergutsbesitzer und Landhaupts-Director Freiherrn von Biedig-Neukirch auf Biedigswalde gehörenden Domänengebäude zu Schwenz, Kreis Glatz, Feuer aus und legte sowohl diese, als auch die anstehende Scheuer nebst allen noch darin befindlichen Erntebeständen in Asche. Zum Glück jagte der heftige Nordwestwind die Flammen dem Felde zu, so daß es der schnell herbeigeeilten Löschhilfe gelang, die übrigen Wirtschaftsgebäude und damit auch das Dorf selbst vor dem Flugfeuer zu schützen. Das Feuer soll in einem Tente ausgebrochen sein; die Entstehungsursache ist jedoch noch nicht ermittelt. — In Klesslingswalde, Kreis Habelschwerd, ist der Ausbruch der Maul- und Klauenseuche unter dem Kindheit constatirt und zur öffentlichen Kenntnis gebracht worden. — Die Witterung der vergangenen Woche war wieder eine höchst wechselhaft, bald heiter, bald trüb, bald Regen und bald Schne mit heftigen Winden und bald auch wieder ziemlich Windstille mit erträglicher Temperatur. Im Durchschnitt betrug dieselbe + 2,21 R., während das Durchschnitt des Barometers fortwährend zwischen 335,60 und 327,10 auf und nieder schwankte. Sämtliche Gewässer waren gestern bereits überfüllt. Hätte der Regen noch einige Stunden andauert, so wären heut Überchwemmungen zu beklagen gewesen.

○ Habelschwerd, 11. Febr. [Versecung.] In dem Lehrer-Collegium des hiesigen Seminars wird zum 1. April cr. noch eine zweite Veränderung eintreten. Herr Seminar-Director Dobroschke wird nämlich in gleicher Eigenschaft nach Zülz versetzt, während der bisherige Seminar-Director Voltmer in Zülz als solcher an das hiesige Seminar verkehrt wird.

A Meirode, 11. Febr. [Zur Tageschronik.] Am vorigen Mittwoch hielt der Gewerbeverein sein Fastnacht-Festnügen in Theatersaale ab. Zum Vortrag kamen eine Abhandlung über die "Stridsmaschine" durch Herrn Lithograph Schmidt, sowie einige Sachen in idyllischer Mundart von Holtey und Max Heinzl durch Herrn Redacteur Heinzl; sodann wurde noch ein Lustspiel aufgeführt. Alle Piccen fanden lebhafte Beifall. Das übliche Tänzchen machte den Beschluss und hielt die Theilnehmern bis nach Mitternacht vereint. — Die Kreisbehörden machen den Amts-, Guts- und Gemeinde-Berichterstern bekannt, daß über die beim Babnbau Dittersbach-Neurode-Glatz beschäftigten Arbeiter von den Bau-Unternehmern in Verbindung mit der Gendarmerie kontrolliert werden. Am Galgenberg ist schon seit ei. Tagen mit Sprengung der Felsen begonnen worden. Wie sehr auch bei uns die Arbeitslosigkeit überhand nimmt, läßt sich schon daraus ersehen, daß sich sehr viele Arbeiter zum Babnbau melden, die bei Weitem nicht angemessen werden können. — Der vaterländische Frauenverein, der sich der Not unser armen Bevölkerung nach Kräften annimmt, hat auch in diesem Jahre die wohlthätige Einrichtung des Suppe-Bertheilens bestehen lassen. Leider sind die Einnahmen immer noch nicht so ausreichend, daß während des ganzen Winters die Bedürftigen auf diese Weise unterstützt werden können.

— Neisse, 10. Febr. [Vortrag. — Erfolg einer Petition. — Strafanordnung.] Vorigen Mittwoch Abend hielt Realchul Lehrer Dr. Rose im Gäßhof zum Schwan für die Mitglieder der Bürger-Reserve einen Vortrag „über den Kreislauf des Stoffes“ und verband sich seine Zuhörer durch die bei strenger Wissenschaftlichkeit doch höchst anregende, auch den Laien fesselnde, populäre Vortragsweise zum wärmsten Dank. In den Schluss der Vorlesung versloß Dr. Rose einige flüchtige Mitteilungen über die Weltköpfungs- und Weltuntergangstheorie Rudolf Falb's, welche bei dessen Ankunft in Berlin gehaltenen öffentlichen Vorträgen, ein ungewöhnliches Aufsehen erregten und durch dieselben allgemein bekannt geworden sind. — Auf die zweite, von Dr. Berliner und Geissen an die Königl. Direction der Oberschles. Eisenbahn gerichtete Petition um Herbeiführung einer besseren Verbindung mit Breslau cr. ist nachfolgender Beiseite eingegangen: „Breslau, den 5. Februar 1877. Ein Wohlgebeten erwidern wir auf die gesetzliche Eingabe vom 7. v. M. mit der Bitte um weitere Mitteilung an die Herren Mitunternehmer ergebnest, daß wir für die nächste beabsichtigte Fahrplanänderung Ihren Wunsche, den Zug Nr. 114 zwischen Brieg und Neisse im direkten Anschluß an den Courierszug Nr. 1 von Brieg zu befördern, nochmals in Erwägung nehmen und Ihnen höchst berücksichtigen werden. Die weiter in Anregung gebrachte Erweiterung der provisorischen Bahnhofsanlagen in Neisse sind wir jedoch, auch mit Rücksicht auf den baldigen definitiven Ausbau dieses Bahnhofes, zu untersetzen Bedauern nicht in der Lage in Aussicht stellen zu können. Königl. Direktion der Oberbahnen und Eisenbahnen.“

— Neisse, 10. Febr. [Vortrag. — Erfolg einer Petition. — Strafanordnung.] Vorigen Mittwoch Abend hielt Realchul Lehrer Dr. Rose im Gäßhof zum Schwan für die Mitglieder der Bürger-Reserve einen Vortrag „über den Kreislauf des Stoffes“ und verband sich seine Zuhörer durch die bei strenger Wissenschaftlichkeit doch höchst anregende, auch den Laien fesselnde, populäre Vortragsweise zum wärmsten Dank. In den Schluss der Vorlesung versloß Dr. Rose einige flüchtige Mitteilungen über die Weltköpfungs- und Weltuntergangstheorie Rudolf Falb's, welche bei dessen Ankunft in Berlin gehaltenen öffentlichen Vorträgen, ein ungewöhnliches Aufsehen erregten und durch dieselben allgemein bekannt geworden sind. — Auf die zweite, von Dr. Berliner und Geissen an die Königl. Direction der Oberschles. Eisenbahn gerichtete Petition um Herbeiführung einer besseren Verbindung mit Breslau cr. ist nachfolgender Beiseite eingegangen: „Breslau, den 5. Februar 1877. Ein Wohlgebeten erwidern wir auf die gesetzliche Eingabe vom 7. v. M. mit der Bitte um weitere Mitteilung an die Herren Mitunternehmer ergebnest, daß wir für die nächste beabsichtigte Fahrplanänderung Ihren Wunsche, den Zug Nr. 114 zwischen Brieg und Neisse im direkten Anschluß an den Courierszug Nr. 1 von Brieg zu befördern, nochmals in Erwägung nehmen und Ihnen höchst berücksichtigen werden. Die weiter in Anregung gebrachte Erweiterung der provvisorischen Bahnhofsanlagen in Neisse sind wir jedoch, auch mit Rücksicht auf den baldigen definitiven Ausbau dieses Bahnhofes, zu untersetzen Bedauern nicht in der Lage in Aussicht stellen zu können. Königl. Direktion der Oberbahnen und Eisenbahnen.“

T. Pleß, 10. Febr. [Verschiedenes.] Seit 8 Tagen haben wir ein sehr unangenehmes Wetter, es thaut und schneit und regnet fortwährend durcheinander. Der Frühling, welcher uns vor einiger Zeit schon zu wünschen schien, dürfte bei uns wohl nicht eher zu erwarten sein, als in früheren Jahren, wenn in unserer Gegend überhaupt von einem Frühling im wahren Sinne des Wortes die Rede sein kann. Ein Wetter, wie mir es jetzt haben, dauert hier mit wenigen Veränderungen fort bis gegen Ende Mai und ohne 8 Monate Winter kommen wir hier in der Regel nicht fort. — Die Faschings-Vergnügungen nehmen auch hier, wie anderwärts, ungefähr die Fortgang; von schlechten Zeiten ist dabei nichts zu merken. Die verschiedenen Vereine halten fleißig Bälle und ein Gesellschaftsvergnügen folgt dem anderen. Nachdem die Ressource ihr früheres, gewiß auch schöneres Local in Schmidt's Hotel verlassen, finden jetzt in Sack's Hotel die Ressourcenvergnügungen statt.

[Notizen aus der Provinz.] * Lauban. Die hies. Zeitung berichtet: In Folge der in den letzten Tagen gefallenen großen Regenmenge war sowohl der Queiss als der Alt-Lauban bedeutend angestiegen, so daß an vielen Stellen der Austritt der Wasser erfolgt ist. Namentlich der Alt-Lauban hatte diesmal eine Höhe erreicht, wie sie seit vielen Jahren nicht erlebt hat. Die Wiesen von Wünschendorf bis Augsdorf boten den Anblick großer Seen. Seit Donnerstag ist indeß das Wasser im steten Fallen begriffen. Unglücksfälle &c. sind bis jetzt nicht gemeldet worden.

+ Liebau. Über eine bestialische Handlungsweise wird dem "Wochenblatt" von Micheldorf unter 7. d. M. geschrieben: „Heute begegnete dem Briefträger Alois ein Fleisch aus Böhmen, der einem nicht mehr laufen wollenden Schweine die Beine zusammengenommen hatte und dasselbe wie einen Schlitten weiter schleiste.“

△ Beuthen o. S. Hiesige Blätter melden: Mit Rücksicht auf die Nähe des jüngsten Hauptheeres des Typhus-Epidemie und mit Rücksicht darauf, daß auch in hiesigen Kreise Erkrankungen am Flechte-Typhus vorkommen sind, ist den Lumpensammlern die Ausübung ihres Gewerbebetriebes im Kreise Beuthen bis auf Weiteres untersagt worden.

Nachrichten aus dem Großherzogthum Posen.

W. Nawitsch, 9. Febr. [Kriegerverein. — Bildungsverein. — Communalatet.] Am vergangenen Sonntage fand eine Theateraufführung zum Beste von der Unterstützungskasse des hiesigen Kriegervereines statt. Es wurden drei kleine Stücke "An der Majorecke" von Wedert, "Auf Ehre ich bin nicht musikalisch" von Recke und "Doctor Kranich's Sprechstunde" aufgeführt. Der große Saal des Schießhauses war bis auf den letzten Platz gefüllt und fand die glückliche Auswahl der Städte, wie das St. Spiel der Darsteller allgemeine Anerkennung. — Im Bildungsverein sprach Oberlehrer Dr. Beyer über praktische Heizung. — Aus den städtischen Etats pro 1877/78, die gegenwärtig im Magistrat'sbüro ausliegen, entnehmen wir, daß der Etat der Kämmerei in Einnahme und Ausgabe auf 78,000 M. absteigt, gegen 82,000 M. im Vorjahr. Der Grund dieser Differenz liegt darin, daß die Provinzialbeiträge, die im vorigen mit 9000 M. veranlagt waren, in diesem nur mit 2118 M. vorliegen. Diese Ermäßigung wird indessen voraussichtlich keine dauernde sein, da mit Einführung der Provinzialordnung in unserer Provinz die Leistungen und damit auch die Lasten des Provinzialverbandes sich erheblich steigern müssen. Die Kreiscommunalbeiträge sind gegen das Vorjahr um mehr als ein Drittel, von 2000 M. auf 3125 M. gestiegen und werden in Folge der den Kreisen veranlagten erheblichen Lasten wohl

25 bis 50 Pf. höhere Notirungen bewilligt. Umsatz ca. 29,000 Brode und ca. 12,000 Ctr. gemahlene. Halle, 9. Febr. Rohzucker. Während zu Anfang der Woche die höheren Forderungen der Inhaber teilweise bewilligt wurden, konnte sich gegen Ende derselben der erreichte Preisstand nur mühsam behaupten, da bei dem andauernd ungünstigen Verhältnis zwischen roher und raffinierter Ware Räuber sich zurückhaltender zeigten. Nachprodukte waren für den Export zu besseren Preisen lebhaft gefragt. Umsatz 400,000 Kilo. Raffinierter Zucker. Bei ruhigem Geschäft wurden zu unveränderten Preisen 28,000 Brode und 1000 Kilo gemahlener Zucker umgesetzt.

Braunschweig, 10. Febr. Rohzucker. Während der verflossenen acht Tage bewahrte der Markt seine jetztzeitige feste Tendenz, und die vorliegenden, anfänglich nur spärlichen Angebote fanden Seitens mehrerer für den Bedarf laufender Raffinerien eine gute Beachtung; erst in der zweiten Wochenhälfte stellten sich die Öfferten etwas reichlicher ein und das Geschäft gewann an Ausdehnung. — Die Haltung der Abgeber blieb im Ganzen eine ziemlich reservierte, dieselben sahen jedoch ihre jüngstes erhöhten Forderungen schließlich bewilligt, so daß die für Kornzucker angelegten Preise wiederum einen Aufschlag von 50—75 Pf. gegen vorwödige Notiz aufwiesen. — Besonders gut gefragt waren auch Nachprodukte sowohl für den Export wie für Raffineriewege und erfuhrn daher eine ca. 1 M. bessere Bewertung. In Krystallzucker ging einiges zu ebenfalls höheren Preisen um. Der Umsatz beträgt ca. 22,000 Ctr.

Trautenau, 12. Febr. [Garnmarkt.] Bei fester Tendenz des Marktes werden volle Preise gern bezahlt. Bierzehner 53 bis 57 fl. Bierziger 36 bis 40 fl. (Tel. Priv.-Dep. der Bresl. Btg.)

Paris, 10. Febr. [Börsewoche.] Die Börse ist in dieser Woche aus dem Optimismus, mit welchem sie die Entwicklung der orientalischen Angelegenheiten betrachtet, aufgescucht worden, jedoch nur vorübergehend. Die Nachricht von dem Sturz Midhat Pascha's hat im ersten Augenblide eine Art von Panik zur Folge gehabt; man erholt sich jedoch schnell, als es sich zeigt, daß die anderen europäischen Börsen dies Ereignis mit ziemlichem Gleichmuth ansahen, und von da ab trat wieder die alte Situation zu Tage, wonach die Speculation sich viel mehr von den Bedürfnissen der Platzstellung, als von den politischen Eindrücken, die mit jedem Tage wechseln, leiten läßt. Die Haushalte war anfänglich zum Stillstand gekommen, weil die Kaufkraft des Anlage-Capitals plötzlich nachlassen und sogar sich in Verläufe verwandelt. Eine Baisse von 60 C. hat genügt, um das Gleichgewicht wieder herzustellen. Die Renten-Nachfrage machte sich wieder geltend und die Haußiers konnten sich zu einem neuen Feldzuge ermutigt fühlen. Sie haben entschieden damit den Anfang gemacht und wenn nicht irgend ein thatsfächliches und gewichtiges politisches Ereignis ihnen in die Quere kommt, läßt sich dem System, welches sie bisher mit Glück anbanden, noch fernherin Erfolg versprechen. Das Geschäft in den Effecten aller Art war geringfügig und im Ganzen herrscht augenblicklich in dem Börsentreiben eine große Monotonie.

* [Handelskammer.] Die nächste öffentliche Plenar-Sitzung findet am 14. d. M. statt. (S. Inr.)

Concours-Größen.

Über das Vermögen des Kaufmanns Reinhold Buja zu Cosel. Zahlungseinstellung: 15. Januar. Einzelne Verwalter: Kaufmann S. Silbermann. Erster Termin: 17. Februar. — Über das Vermögen des Kaufmanns L. Bettel zu Gogolin. Zahlungseinstellung: 11. November. S. Einzelne Verwalter: Rechtsanwalt Stockmann. Erster Termin: 15. Februar. — Über das Privat-Vermögen des Hausbesitzers und Tuchmachermeisters Friedrich August Knoll zu Lengenfeld i. B. sowie über das Vermögen der Firma J. A. Knoll in Reichenbach. Erster Termin: 8. März.

Brieflasten der Redaktion.

H. F. Berlin. Nein. Sie haben sich nicht immer „von Alters her zusammengethan“, sondern schon früher jede Partei eigene Kandidaten aufgestellt.

Ignarus judaicus: „Jüdische Presse“ in Berlin; „Allgemeine Zeitung des Judenthums“ in Bonn; „Der Israelit“ in Mainz.

Ein Abonnent in G. So viel wir wissen, wurde „Der Geist“ offiziell dementirt.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolffs Telegr.-Bureau.)

Hamburg, 12. Febr. Der verbrannte Dampfer „Bavaria“ gehörte nicht mehr der Hamburger Gesellschaft, sondern war schon 1876 nach England verkauft.

Posen, 12. Februar. Wegen Ertheilung von Fassendispensen in 3 Fällen wurde heute der hiesige Probst Pendzinski vom Criminal-Senat des hiesigen Appellgerichts auf Grund des Gesetzes über die Verwaltung erledigter katholischer Bisshümer zu 7 Monaten Gefängniß verurtheilt.

London, 12. Febr. Eine Privatdepesche der Morgenblätter aus Brindisi meldet die Ankunft Mithads dafelbst am Sonntag Morgen.

Konstantinopel, 12. Febr. Betreffs der hierher gerichteten Anfrage über die am letzten Sonntage an Börsenplätzen verbreitete Nachricht von der bedrohlichen Haltung 4000 bewaffneten Sofias und über den bevorstehenden Ausbruch ernsthafter Ruhestörungen, wird sehr bestimmt erklärt, daß Konstantinopel vollständig ruhig und daß die Nachricht von den 4000 bewaffneten Sofias erfunden ist.

New-York, 12. Febr. Grant erklärte bei der gestrigen Unterredung mit dem Vertreter der „Associated Press“: Wenn die Wahlen Louisianas annulliert würden, sei weder Hayes noch Tilden als gewählt zu betrachten, dann habe die Kammer den Präsidenten zu wählen. Die Commission der Kammer zur Prüfung der Wahl Südkarolinas erklärte: Hayes erhielt die Majorität.

Calcutta, 12. Febr. Nachrichten aus Ahmedabad zufolge fand in einer dortigen Pulverfabrik eine Explosion statt; 50 Personen wurden getötet und gegen 1000 verwundet. Die Ursache der Katastrophe ist noch unbekannt.

(Nach Schluss der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 12. Febr. Das Abgeordnetenhaus wählte durch Acclamation das seitherige Präsidium für die Dauer der Session wieder und nahm in erster und zweiter Lesung die Vorlage, betreffend die Aufhebung des Lehnsvorbandes für den Geltungsbezirk des ostpreußischen Provinzialrechts, an. Die Abänderung des hannoverschen Gesetzes über die Omiundener Landstrafen, die Revision des Reglements der öffentlichen Feuerschäden, endlich die Umgestaltung für die in der Danziger Landdrostei bestehenden Gebäudebrandversicherungsanstalten, der Gesetzentwurf wegen Übernahme einer Zinsgarantie für die Berlin-Dresdner Prioritätsanleihe werden nach längerer, von Röckerrath, Limburg-Styrum, Berger, dem Handelsminister, Windthorst (Meppen), dem Finanzminister und Lasker geführten Debatte an die Budgetcommission verwiesen. Der Handelsminister trat Röckerrath's Behauptungen entgegen und hob hervor, es handle sich um die Verständigung des staatlichen Einflusses auf die Eisenbahnen, wozu sich durch den Vertrag mit der Berlin-Dresdner Bahn Gelegenheit bot; von der künftigen Übernahme der Bahn durch den Staat müsse die Regierung abssehen, weil die Finanzlage der Bahn zu mühslich sei, als daß eine wünschenswerthe Rentabilität zu erwarten wäre. Camphausen wies auf die große Bedeutung der Berlin-Dresdner Bahn vom politischen Standpunkte hin. Das Verfahren der Regierung beschränkte sich darauf, daß die Regierung die in Bedrängnis gerathene Bahn unterstützen und deren Betrieb in gemeinschaftlichem Interesse führen sollte. Der Antrag Heermanns wegen Abänderung der die Wahlprüfung betreffenden Paragraphen der Geschäftsausordnung wird in der Commissionstafel genehmigt. Die Zahl der Mitglieder der Wahlprüfungskommission wird auf 14 festgesetzt. Endlich wird der Rest

des Etats des Landwirthschaftsministers mit dem Antrag der Budget-commission auf eventuelle Erhöhung der Beihilfe zu den landwirthschaftlichen Mittelschulen und auf Einleitung internationaler Verhandlungen behufs einer strengerer Ueberwachung der Kinderpest in zweiter Lesung genehmigt.

Bien, 12. Febr. Alle Combinationen wegen des ungarischen Ministerwechsels sind gescheitert. Morgen erfolgt die Fortsetzung der Verhandlungen über die Bankfrage zwischen der österreichischen Regierung und den Ministern Tisza und Szell bei dem Minister-Präsidenten Fürsten Auersperg.

Belgrad, 12. Febr. Der Minister in Disponibilität Staats-

rath Philipp Christic ist mit der Mission als Bevollmächtigter Serbiens für den Friedensschluß in Konstantinopel beauftragt.

Witterungsbericht vom 12. Februar.

Ort.	Wind.	Wetter.	Temper. in Graden.	Bemerkungen.
Paris	SW. schwach.	bedeckt.	8,7	
Hamburg	NW. schwach.	wolfig.	1,2	Nacht sturmisch.
Barcelona	N. leicht.	klar.	-26,6	
Petersburg	O. still.	bedeckt.	-17,4	
Wien	S. stark.	bedeckt.	8,0	
Neufahrwasser	O. stark.	Schnee.	-2,9	Seit Abend sturm.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolffs Telegr.-Bureau.)

Berlin, 12. Februar, 12 Uhr — Minuten. [Anfangs-Course] Credit-Aktion 246, 00. Staatsbahn 402, 00. Lombarden 130, 50. Rumänen 13, 70. Laurahütte 66, 00. Ziernlich fest.

Berlin, 12. Februar, 12 Uhr 25 Min. [Anfangs-Course] Credit-Aktion 246, 50. 1860er Loose 99, 10. Staatsbahn 403, 50. Lombarden 132, 00. Rumänen 13, 60. Disconto-Commandit 110, 00. Laurahütte 66, 25 Goldrente 60, 90. Fest.

Weizen (gelber) April-Mai 220, 50. Mai-Juni 221, 50. Roggen April-Mai 162, 50. Mai-Juni 161, 50. Rüböl April-Mai 74, 30. September-October 69, 30. Spiritus Februar-März 54, 30. April-Mai 56, 00.

Berlin, 12. Februar. [Schluß-Course] Schlüß schwach.

Cours vom	12.	Cours vom	12.	10.
Desterr. Credit-Act. 245, —	246, —	Wien turz	165, 75	165, 70
Dest. Staatsbahn 402, —	402, 50	Wien 2 Monat	164, 50	164, 65
Lombarden 131, 50	130,	Wartbaw 8 Tage	253, 90	254, 15
Schles. Bankverein 87, 25	86, 50	Desterr. Noten	165, 90	165, 85
Bresl. Disconto-Commandit 69, 75	69, 75	Ruß. Noten	254, 90	255, 15
Schles. Vereinsbank 91, —	91, —	4% preuß. Anl.	104, 10	104, 10
Bresl. Wechslerbank 73, 50	73, 75	Staatschuld	92, 25	92, 25
Laurahütte 65, 75	66, 10	1860er Loose	98, 90	99, —

Sweite	Depesche	3 Uhr	Min.
Posener Pfandbriefe 94, 75	94, 50	R.-D.-U.-St. Prior	108, 75

Desterr. Silberrente 56, 20

Dest. Papierrente 52, 10

Zirk. 5 % 1865 Anl. 12, 50

Boln. Lio.-Pfandbr. 64, —

Rum. Eisenb.-Obl. 13, 25

Dörfch. Litt. A. 127, 80

Breslau-Freiburg 71, 50

Frankfurt a. M., 12. Februar, 12 Uhr 30 Min. [Anfangs-Course] Credit-Aktion 123, —. Staatsbahn 201, 25. Lombarden —. Galizier —. Fest.

Frankfurt a. M., 12. Februar, 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course] Credit-Aktion 122, 87. Staatsbahn 201, 50. Lombarden 63 3/4. Fest.

Wien, 12. Februar. [Schluß-Course] Fest.

12. 10.

Papierrente 62, 95

Silberrente 68, 40

Staats-Eisenbahn 111, 50

1860er Loose 134, 70

Creditation 148, 90

Nordwestbahn 116, —

Nordbahn 181, —

Anglo 77, 50

Paris, 12. Februar. [Anfangs-Course] 3% Rente 73, 20. Neueste Anleihe 1872 106, 40. Italiener 72, 15. Staatsbahn 497, 50. Lombarden 168, 75. Türken 12, 32. Egypter —. Spanier —. Fest.

Paris, 12. Febr., 1 Uhr — Min. Nachm. 3proc. Rente 72, 85. Neueste Anleihe de 1872 106, 05. Italiener 71, 85. Staatsbahn 497, 50. Lombarden 168, 75. Türken 12, 30. Matt.

London, 12. Febr. [Anfangs-Course] Consols 95, 15. Stal. 71 1/4. Lombarden 6 1/4. Türken 12%. Russen —. Silber —. —. Wetter: —.

Berlin, 12. Febr. [Schluß-Bericht.] Weizen fest, April-Mai 221, —. Mai-Juni 221, 50. — Roggen fest, Februar-März 161, 50. April-Mai 163, —. Mai-Juni 161, —. Rüböl fest, April-Mai 74, 30. Mai-Juni —. September-October 69, 50. — Spiritus matt, loco 53, 70. Februar-März 54, 20. April-Mai 55, 90. Mai-Juni 56, 20. — Hafer April-Mai 153, —. Mai-Juni 154, —.

Stettin, 12. Februar, 1 U. 33 M. Weizen ruhig, April-Mai 219, 50.

Mai-Juni 221, —. Roggen ruhig, Februar-März 156, 50. April-Mai 157, 50. Mai-Juni 157, 50. — Rüböl still, Februar 72, 75.

April-Mai 73, 75. Mai-Juni —. September-October 68, 25. — Spiritus loco 52, 80. Februar 53, 30. April-Mai 54, 80. Mai-Juni 55, 70. — Petroleum Februar 17, 50.

Hamburg, 12. Febr. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen still, per März —, per April-Mai 217, per Mai-Juni 220, —. Roggen ruhig, per März —, per April-Mai 158, —, per Mai-Juni 159, —. Rüböl still, loco 75, per Mai 74 1/2. Spiritus ruhig, per Februar 44 1/2, per März-April 44 1/2, per Mai-Juni 44 1/2, per Juli-August 46. Wetter: —.

Amsterdam, 12. Febr. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen loco flau, per März 299, —, per Mai —. Roggen loco unverändert, per März 187, —, per Mai 192, —. Rüböl loco 41 1/2, pr. März 41 1/2, pr. Mai

Die Verlobung unserer Tochter Anna mit dem Ingenieur und Dampfmühlenbesitzer Herrn W. Nother in Mülsen beeindruckt uns lieben Freunden und Bekannten statt jeder besonderen Meldung ergebenst anzugeben.
Breslau, den 11. Februar 1877.
C. Teuber, Cantor und Lehrer,
Luise Teuber, geb. Ernst.

Als Verlobte empfehlen sich:
A. Teuber, [621]
W. Nother.

Clara Bartling,
G. Schwanzen, Lehrer,
Verlobte. [622]
Gleiwitz, den 8. Februar 1877.

Neuvermählte:
Paul Bordellé,
Martha Bordellé,
geb. Galezka.
Ratibor, den 5. Februar 1877. [571]

Als Neuvermählte empfehlen sich:
Reinholt Wachsmann,
Selma Wachsmann, geb. Faske.
Breslau, den 7. Februar 1877.

Unsere am heutigen Tage hier selbst vollzogene eheliche Verbindung bedrängen wir uns Freunden und Bekannten anzusegnen. [3148]

Ali-Aschau bei Neusalz a. O.,
den 12. Februar 1877.
Eugen Müller,
Paula Müller, geb. Krieg.

Durch die Geburt eines munteren Knaben wurden hoch erfreut [1516]
Salo Sachs und Frau.
Breslau, am 9. Februar 1877.

Das plötzlich erfolgte Hinscheiden unserer guten lieben Frau, Schwester, Schwiegertochter, Schwiegermutter, Großmutter und Schwägerin,
Franz Auguste Heusemann,
verm. gemäßige Hofelschützer Nöhrls, geb. Siefert, [3160]
zeigen wir statt besonderer Meldung hiermit tiefbetrübt an.

Breslau, den 10. Februar 1877.
Die Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.
Nach neunwöchentlichen schweren Leidensverschiedenheit heute sanft an Gehirnlähmung untere treue Gattin und liebevolle Mutter, Schwester, Tochter und Schwägerin.

Caroline Winkler,
geb. Preßlich,
im Alter von 51 Jahren.

Bewandten und Freunden zeigen dies mit der Bitte um stilles Beileid ergebenst an. [1514]
Die trauernden Hinterbliebenen.
Breslau, den 11. Februar 1877.

Am 8. Februar, Mittags 1 Uhr, starb plötzlich am Gehirnjagd unser guter Mann und Vater, der Photograph **M. Feix**.
Um stilles Beileid bitten. [1521]
Die Hinterbliebenen.

Am 10. d. M. Abends 5½ Uhr, starb nach längeren Leidern unser werther Chef, der Steindruckereibesitzer **Herr Heinrich Puž**.

Wir verlieren in dem Dahingeschiedenen einen humanen, wohlwollenden Prinzipal, dessen Andenken uns stets thuer sein wird. [1493]
Das Geschäfts-Personal.

Statt besonderer Meldung.
Heute früh verschied unsere gute Mutter, Schwester, Tante und Schwägerin, die Witwe [644]

Frau Dorothea Freund,
geb. Karneinsty.

Leicht sei ihr die Erde.

Nosenberg, den 12. Februar 1877.

Die Hinterbliebenen.

Am 9. Februar, Nachts 11½ Uhr, entriss mir der unerbittliche Tod nach kurzen aber schweren Leiden meinen geliebten Gatten, den Schachtmeister **Wilhelm Ossig**,

im Alter von 31 Jahren. [643]
Dieses zeigt tiefbetrübt um stilles Beileid bittend allen Verwandten und Bekannten an.

Die trauernde Witwe.

Lipine, den 9. Februar 1877.

Nach mehrjährigen schweren Leidensverschiedenheit von Sonnabend zu Sonntag, Nachts 11½ Uhr, 33 Jahre 6 Monate alt, unter geliebter Gatte, Vater, Schwieger-, Groß- und Urgroßvater, Kaufmann [619]

David Münzer,
was wir schmerzerfüllt Verwandten, Freunden und Bekannten anzeigen.

Gleiwitz, den 11. Februar 1877.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Gestern verschied nach langen Leidet unter geliebter Söhne und Brüder **Samuel Kochmann** im 32. Lebensjahr. [620]
Hiermit zeige ich die allen Verwandten und Bekannten an.

David Kochmann und Frau, Tibor und Jacob, Brüder.
Beuthen O.S., den 11. Februar 1877.

Der Turnlehrkurs fällt heut aus. [1500] Nödelius.

Poliklinik für Hausrattheilungen und Syphilis **Oblauerstraße Nr. 52**. Sprechstunde 8—9 Uhr. [2784]

Private-Sprechstunden: Blumenstraße 4 (9—11, 3—4).

Dr. Heilborn.

Der Turnlehrkurs fällt heut aus. [1500] Nödelius.

Klinik für Hausrattheilungen und Syphilis **Oblauerstraße Nr. 52**. Sprechstunde 8—9 Uhr. [2784]

Private-Sprechstunden: Blumenstraße 4 (9—11, 3—4).

Dr. Heilborn.

Der Turnlehrkurs fällt heut aus. [1500] Nödelius.

Klinik für Hausrattheilungen und Syphilis **Oblauerstraße Nr. 52**. Sprechstunde 8—9 Uhr. [2784]

Private-Sprechstunden: Blumenstraße 4 (9—11, 3—4).

Dr. Heilborn.

Der Turnlehrkurs fällt heut aus. [1500] Nödelius.

Klinik für Hausrattheilungen und Syphilis **Oblauerstraße Nr. 52**. Sprechstunde 8—9 Uhr. [2784]

Private-Sprechstunden: Blumenstraße 4 (9—11, 3—4).

Dr. Heilborn.

Der Turnlehrkurs fällt heut aus. [1500] Nödelius.

Klinik für Hausrattheilungen und Syphilis **Oblauerstraße Nr. 52**. Sprechstunde 8—9 Uhr. [2784]

Private-Sprechstunden: Blumenstraße 4 (9—11, 3—4).

Dr. Heilborn.

Der Turnlehrkurs fällt heut aus. [1500] Nödelius.

Klinik für Hausrattheilungen und Syphilis **Oblauerstraße Nr. 52**. Sprechstunde 8—9 Uhr. [2784]

Private-Sprechstunden: Blumenstraße 4 (9—11, 3—4).

Dr. Heilborn.

Der Turnlehrkurs fällt heut aus. [1500] Nödelius.

Klinik für Hausrattheilungen und Syphilis **Oblauerstraße Nr. 52**. Sprechstunde 8—9 Uhr. [2784]

Private-Sprechstunden: Blumenstraße 4 (9—11, 3—4).

Dr. Heilborn.

Der Turnlehrkurs fällt heut aus. [1500] Nödelius.

Klinik für Hausrattheilungen und Syphilis **Oblauerstraße Nr. 52**. Sprechstunde 8—9 Uhr. [2784]

Private-Sprechstunden: Blumenstraße 4 (9—11, 3—4).

Dr. Heilborn.

Der Turnlehrkurs fällt heut aus. [1500] Nödelius.

Klinik für Hausrattheilungen und Syphilis **Oblauerstraße Nr. 52**. Sprechstunde 8—9 Uhr. [2784]

Private-Sprechstunden: Blumenstraße 4 (9—11, 3—4).

Dr. Heilborn.

Der Turnlehrkurs fällt heut aus. [1500] Nödelius.

Klinik für Hausrattheilungen und Syphilis **Oblauerstraße Nr. 52**. Sprechstunde 8—9 Uhr. [2784]

Private-Sprechstunden: Blumenstraße 4 (9—11, 3—4).

Dr. Heilborn.

Der Turnlehrkurs fällt heut aus. [1500] Nödelius.

Klinik für Hausrattheilungen und Syphilis **Oblauerstraße Nr. 52**. Sprechstunde 8—9 Uhr. [2784]

Private-Sprechstunden: Blumenstraße 4 (9—11, 3—4).

Dr. Heilborn.

Der Turnlehrkurs fällt heut aus. [1500] Nödelius.

Klinik für Hausrattheilungen und Syphilis **Oblauerstraße Nr. 52**. Sprechstunde 8—9 Uhr. [2784]

Private-Sprechstunden: Blumenstraße 4 (9—11, 3—4).

Dr. Heilborn.

Der Turnlehrkurs fällt heut aus. [1500] Nödelius.

Klinik für Hausrattheilungen und Syphilis **Oblauerstraße Nr. 52**. Sprechstunde 8—9 Uhr. [2784]

Private-Sprechstunden: Blumenstraße 4 (9—11, 3—4).

Dr. Heilborn.

Der Turnlehrkurs fällt heut aus. [1500] Nödelius.

Klinik für Hausrattheilungen und Syphilis **Oblauerstraße Nr. 52**. Sprechstunde 8—9 Uhr. [2784]

Private-Sprechstunden: Blumenstraße 4 (9—11, 3—4).

Dr. Heilborn.

Der Turnlehrkurs fällt heut aus. [1500] Nödelius.

Klinik für Hausrattheilungen und Syphilis **Oblauerstraße Nr. 52**. Sprechstunde 8—9 Uhr. [2784]

Private-Sprechstunden: Blumenstraße 4 (9—11, 3—4).

Dr. Heilborn.

Der Turnlehrkurs fällt heut aus. [1500] Nödelius.

Klinik für Hausrattheilungen und Syphilis **Oblauerstraße Nr. 52**. Sprechstunde 8—9 Uhr. [2784]

Private-Sprechstunden: Blumenstraße 4 (9—11, 3—4).

Dr. Heilborn.

Der Turnlehrkurs fällt heut aus. [1500] Nödelius.

Klinik für Hausrattheilungen und Syphilis **Oblauerstraße Nr. 52**. Sprechstunde 8—9 Uhr. [2784]

Private-Sprechstunden: Blumenstraße 4 (9—11, 3—4).

Dr. Heilborn.

Der Turnlehrkurs fällt heut aus. [1500] Nödelius.

Klinik für Hausrattheilungen und Syphilis **Oblauerstraße Nr. 52**. Sprechstunde 8—9 Uhr. [2784]

Private-Sprechstunden: Blumenstraße 4 (9—11, 3—4).

Dr. Heilborn.

Der Turnlehrkurs fällt heut aus. [1500] Nödelius.

Klinik für Hausrattheilungen und Syphilis **Oblauerstraße Nr. 52**. Sprechstunde 8—9 Uhr. [2784]

Private-Sprechstunden: Blumenstraße 4 (9—11, 3—4).

Dr. Heilborn.

Der Turnlehrkurs fällt heut aus. [1500] Nödelius.

Klinik für Hausrattheilungen und Syphilis **Oblauerstraße Nr. 52**. Sprechstunde 8—9 Uhr. [2784]

Private-Sprechstunden: Blumenstraße 4 (9—11, 3—4).

Dr. Heilborn.

Der Turnlehrkurs fällt heut aus. [1500] Nödelius.

Klinik für Hausrattheilungen und Syphilis **Oblauerstraße Nr. 52**. Sprechstunde 8—9 Uhr. [2784]

Private-Sprechstunden: Blumenstraße 4 (9—11, 3—4).

Dr. Heilborn.

Der Turnlehrkurs fällt heut aus. [1500] Nödelius.

Klinik für Hausrattheilungen und Syphilis **Oblauerstraße Nr. 52**. Sprechstunde 8—9 Uhr. [2784]

Private-Sprechstunden: Blumenstraße 4 (9—11, 3—4).

Dr. Heilborn.

Der Turnlehrkurs fällt heut aus. [1500] Nödelius.

Klinik für Hausrattheilungen und Syphilis **Oblauerstraße Nr. 52**. Sprechstunde 8—9 Uhr. [2784]

Private-Sprechstunden: Blumenstraße 4 (9—11, 3—4).

Dr. Heilborn.

Der Turnle

Süddutsche Weinhalle,

Ring 15, parterre (Becherseite),
Bowlenweine, 60, 75, 90, 105 Pf.
[3153]

„Bavaria“, Albrechtsstraße 38.
Stammtisch, warm, 30 Pf. [2706]
Mittagstisch von 60 Pf. ab.
Billard. Echt Culmbacher 20 Pf., hiesiges Bier 15 Pf.

Stadthaus-Keller.



[3159]

Wir bringen hiermit zur gesälligen Kenntnißnahme, daß wir

Herrn M. Lichtenstein in Breslau,

Albrechtsstraße Nr. 33,

die alleinige Vertretung unserer Fabrikate von

Tuch, Satin, Doubles u. Eskimos

für die Provinzen Schlesien, Posen und für Berlin übertragen haben.

Guben, im Februar 1877.

Hochachtungsvoll
C. Lehmann's Wwe. & Sohn.

Auf vorstehende Mittheilung der Herren

C. Lehmann's Wwe. & Sohn

höchst bezugnehmend, empfiehle ich mich zur Entgegennahme geneigter

Aufträge für dieselben und zeichne

Hochachtungsvoll
M. Lichtenstein,
Albrechtsstraße Nr. 33.

Pfannkuchen! Pfannkuchen!

Die Saison beginnt. Ich habe mit meiner unübertrefflichen und mit allgemeinem Hochgenuss aufgenommenen Specialität von Pfannkuchen begonnen und offerre dieselben mit Ananas, Punsch, Vanille u. Maraschino, a 5 und 10 Pf. Da ich das Gebäck jede Stunde frisch anfertigen lasse, so darf ich der vollen Zufriedenheit eines hochgeschätzten Publikums auch im voraus gewiß sein. [1497]

J. Simon, Conditor,
Gartenstraße 33, gegenüber Lieblich's Etablissements.

Gänzlicher Ausverkauf wegen Aufgabe des Geschäfts.

Sämtliche Artikel, als: [2534]
gestrickte und gehäkelte Westen, Unteröde, Jäckchen, Höschchen, Krägen, Tällentuch, Kopftücher, Gamaschen, Strümpfe in Baumwolle und Wolle, Angora-Janchons, filirte Negligéhäubchen, Corsets, Schürzen, Strick- und Näh-Utensilien, Puppen und Puppen-Anzüge

verkaufe unter Fabrikpreisen. Die Annahme Judlin'sche chemische Waschanstalt für die bestehet fort.

J. L. Richter, vorm. Aug. Zeisig,
Schweidnitzerstraße Nr. 27, vis-à-vis dem Theater.

Nähmaschinen für Familiengebrauch u. Gewerbetreibende empfiehlt die Niederlage der The Howe Machine Co. Ltd. Franz Strohmer, Breslau, Carlsstraße 50, Ecke der Schweidnitzerstraße, 1. Etage. [3078] Verkauf unter Garantie.

Grab-, Garten- u. Balkongitter, elegante Gartenmöbel und diverse gangbare Handelsartikel aus bestem Fazan-Schmeideisen in vorzüglicher Ausführung zu billigen Preisen. Vertreter gegen hohe Provision für größere Städte gesucht. [216]

A. Dowerg in Gleiwitz.

Rinderpest. Bei den jetzt häufig vorkommenden Thierkrankheiten (Rinderpest) kann den Herren Dekonomen resp. Besitzern von Viehställen der Bruchhold'sche Patent-Anstrich, welcher fast nur aus desinfizirenden Bestandtheilen zusammengestellt ist, nicht genug empfohlen werden, namentlich werden aber auch verehrliche Behörden gebeten, gütigst darauf hinzuwirken zu wollen, daß obiger Anstrich, welcher auch in Sachsen patentirt ist, besonders in grösseren Stallungen allgemeine Anwendung finden möge. [3181]

Auskunft über die Vorzüglichkeit des Bruchhold'schen Patent-Anstrichs, sowie über dessen Anwendung in besonderen Fällen ertheilen bereitwilligt

Th. Voigt & Co. in Frankfurt a. M.

Theater-Actien-Verein.

Zur diesjährigen ordentlichen und einer mit dieser zu verbindenden außerordentlichen General-Versammlung werden die Actionäre des Breslauer Theater-Actien-Vereins hierdurch auf Sonnabend, den 24. Februar c.,

Nachmittags 4 Uhr, in den kleinen Saal der neuen Börse hier selbst ergebenst eingeladen. [3096]

Tagesordnung:

a. der ordentlichen General-Versammlung:
Berichterstattung, gemäß § 41 des Statuts sub 1 und 2 und Beschlussfassung gemäß § 41 sub 3 des Statuts;

b. der außerordentlichen General-Versammlung:
Antrag des Directoriums, dasselbe zu ermächtigen, das Stadttheater-Groundstück einschließlich der Seitens des Vereins angeschafften und vorhandenen ersten Dotierung von Couissen, Gardinen &c. für den Gesamtkaufpreis von 555,000 Mark der hiesigen Stadt-Commune zu Theaterzwecken käuflich zu überlassen.

Breslau, den 8. Februar 1877.

Das Directorium des Theater-Actien-Vereins.

Oberschlesische Eisenbahn.

Zum Bremen- resp. Hamburg-Oberschlesischen Verbandtarife vom 1. October 1873 ist am 1. Februar c. ein Nachtrag 23 in Kraft getreten. Derselbe enthält Ergänzungen der Special-Bestimmungen zum Betriebs-Reglement, Tarifbestimmungen, anderweitige Transportpreise für Eisenbahn-Fahrzeuge und außergewöhnliche Gegenstände, so wie anderweitige Bestimmungen über die Bedeutung der Güter, ermäßigte Ausnahmesätze für Holz von den Stationen Kattowitz und Sosnowice, Tarifsätze für die in den Verkehr aufgenommenen Stationen Czelow, Stadt-Glogau und Neustadt O.S. und regulirte Sätze für die Stationen Leobschütz und Jägerndorf, so wie einen Kilometerziger. [3191]

Druck-Eemplare sind auf den Verband-Stationen zu haben.

Breslau, den 6. Februar 1877.
Am 20. d. Ms. tritt zum Galizisch-Deutschen Getreide-Specialtarif vom 1. Februar 1873 ein Nachtrag VIII. in Kraft. Derselbe enthält Frachtermäßigungen für den Verkehr von und nach den Stationen der Breslau-Mittelwalder Bahn &c. und Bestimmungen über die Gültigkeit der Fracht-sätze für Station Dresden.

Druck-Eemplare sind auf den diesseitigen Verband-Stationen zu haben.
Breslau, den 8. Februar 1877.

Königliche Direction.

Vom 12. dieses Monats ab tritt für Getreide-Transporte bei Ausnutzung der Wagen-Tragfähigkeit resp. bei Aufgabe von mindestens 10,000 Kilogr. zwischen den Stationen Breiten, Miloslaw, Berlow, Jarotschin, Koschmin, Krotschin, Iduny und Mittelw. der Oels-Eisenbahn und den Stationen Breslau, Dörrtor-Bahnhof, Stadt-Bahnhof und Mohbern der Nechte-Oder-Oser-Eisenbahn ein direkter Tarif mit ermäßigten Frachtsätzen in Kraft.

Derselbe ist auf den Verband-Stationen zu beziehen. [3155]

Breslau, den 9. Februar 1877.

Direction der Nechte-Oder-Oser-Eisenbahn-Gesellschaft.

Direction der Oels-Gesener Eisenbahn-Gesellschaft.

Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn.

In Gemäßheit des Beschlusses des Bundesrahes des Deutschen Reiches vom 14. December 1876 sind die in Nr. 1 des „Central-Blattes für das Deutsche Reich“ vom 5. Januar 1877 publicirten Abänderungen des § 48 II A. des Betriebs-Reglements für die Eisenbahnen Deutschlands vom 11. Mai 1874 in Kraft getreten und können solche bei unseren Expeditionen eingesehen werden. [3189]

Breslau, den 11. Februar 1877.

Directorium.

Breslau-Warschauer Eisenbahn.

Bezüglich des Transportes von Seide und Seidenwaren sind mehrere Bestimmungen des Betriebs-Reglements für die Eisenbahnen Deutschlands abgeändert worden. Die Abänderungen können auf den diesseitigen Stationen eingesehen werden. [647]

Polnisch-Wartenberg, den 8. Februar 1877.

Direction.

Laut Beschluss der General-Versammlung unserer Actionäre am 3. Februar c. ist die Actiengesellschaft [3183]

Schlesische Mosaikplatten-Fabrik Brieg aufzulösen und das Liquidations-V erfahren einzuleiten. Folgedessen fordern die unterzeichneten Liquidatoren alle Diejenigen, welche Forderungen an oben genannte Gesellschaft haben, auf, sich mit ihren Ansprüchen zu melden.

Brieg, den 10. Februar 1877.

Schlesische Mosaikplatten-Fabrik Brieg

in Liquidation.

C. Schönfelder. C. Schubert. H. Raabe.

Regelmäßige Dampfschiffahrt
Bordeaux — Stettin,

erste diesjährige Expedition Anfangs März. [3180]

Näheres bei: F. W. Hyllested in Bordeaux.

Proschwitzky & Hofrichter in Stettin.

Brust-Caramellen nach ärztlicher
Büffetbonbons, anerkannt bestes Büffetmittel, ff. Pommeranzenschalen, täglich frisch, empfiehlt [3092]

die Süßwaren- und Chocoladen-Fabrik von
Eduard Stephan's Nachf., Herrenstraße Nr. 26, Echhaus der Nicolaistraße.

F. Reichelt's Brust-Pillen,
vorzüglichstes Hausmittel bei Husten und Heiserkeit, werden wegen ihres angenehmen Geschmackes von Erwachsenen und Kindern gleich gern genommen. Schachtel nebst Gebrauchs-Anw. à 6 Sgr. [1010]

in den meisten Apotheken Breslau's und der Provinz.

Tarlatans
in den schönsten Lichtfarben
offerirt das Stück von 15 Meter
für [2965]

Raffee-
Service, bunt, in 6 Tassen 4 Mark,
sowie alles Glas und Porzellan,
spottbillig bei Julius Scholz, Nico-
laistraße 59, gegenüber dem Breslauer
Concerthause. [1263]

Prämien-Loose vom Jahre 1870.

Zufolge Gesetzartikel X vom Jahre 1870 gab die Königlich ungarnische Regierung ein Prämien-Anlehen aus, bestehend aus 6000 Serien, jede Serie trägt die Nr. 1 bis 100, jedes Loos besteht aus 2 halben Antheilen à 50 Gulden.

Das Anlehen wird getilgt durch jährliche 3- und 4mal stattfindende Prämien-Ziehungen, bei welchen Serie und Nummer zugleich gezogen werden und wobei Haupt-Gewinne von 200,000, 150,000, 100,000 Gulden, nebst noch anderen grossen Preissachen zur Auszahlung kommen.

Der kleinste Preiss, welcher jetzt 128 Fl. beträgt, und von Jahr zu Jahr mit 4 Fl. steigt, erhöht sich bis 200 Fl.

Jedes Loos muss mindestens mit dem kleinsten Preiss gezogen werden, da keine Nieten existieren.

Nächste Zieh. schon übermorgen.

Wir verkaufen diese Looses folgendermaßen: [2906]

Ein St. 100 Gulden-Loos in 20 monatl.

Raten à 10 M.

Ein St. 50 Gulden-Loos in 20 monatl.

Raten à 5 M.

Nach Zahlung der ersten Rate erhält der Käufer eine bestimmte Serie und Nummer des betreffenden Looses und ist alleiniger Eigentümer aller darauf fallenden Gewinne.

Gewinn-Listen prompte Zusendung. Auwärtige Bestellungen werden bis zum 15. Februar auch mittelst Postvorrichs der ersten Rate erledigt.

Allgemeine Prämien- und Rentenbank
Stein & Co., Commandit-Gesellschaft,

Berlin. Unter den Linden 41. Berlin.

Mit Rmk. 10 Anzahlung kann man schon am 15. diesen Monats 100,000 Gulden gewinnen.

1870er Königl. Ungarische 100 Fl. Prämien-Loose

Nächste Ziehung übermorgen, den 15. d. Mts.

Hauptgewinne: 15. Febr. c. 15. Mai c. 15. Aug. c. 15. Dechr. c.

Guld. 100,000. 150,000. 200,000. 150,000.

Kleinster Preiss: 128. 128. 132. 132.

Jedes Loos muss mindestens mit dem kleinsten Preiss gezogen werden.

Nieten existieren nicht.

Wir verkaufen diese Looses wie folgt: [3152]

I. Per Comptant zum Berliner Börsencours zuzüglich 1 Mark Provision.

II. Ein ganzes 100 Fl. Originalloos gegen Theilzahlungen à Rmk. 10.

III. Ein halbes (50Fl.) Originalloos gegen Theilzahlungen à Rmk. 5.

Nach Erhalt der ersten Anzahlung von Rmk. 10 resp. 5 erhält Käufer die Nummer des Looses und ist alleiniger Eigentümer desselben sowie aller darauf entfallenden Gewinne.

Deutsche Credit- & Sparbank Engel & Co., Berlin.

Zu beziehen durch

Heinrich Olscher, Breslau,

Carlsstraße 1.

Wasserheilanstalt Gräfenberg, Bahnhofstation Ziegenhals.

Kranke werden das ganze Jahr hindurch aufgenommen und Krankheiten, deren Heilung auch während der Wintermonate vom günstigsten Erfolge begleitet und vorherrschend hier behandelt werden, sind diejenigen, welche auf einer directen französischen Affection des Nervensystems beruhen, und daraus entstehenden Folgekrankheiten. — Während der Wintermonate Wohnungspreise wie andere Unterkünften bedeutend billiger. Anfragen wie Bestellungen an Unterzeichneten persönlich.

[634]

Joseph Schindler.



Verkauf für Breslau in Originalflaschen bei:

C. Perini & Co., Junkernstr., Orlandi & Steiner, Cond.

P. Nicolai, Obersch. Bahnh., F. R. Petrich, Klosterstr.,

Carl Thiel, Schweidnitzerstr., A. Fischer, Theatercond.

Gasthofs-Berkauf.

Bekanntmachung.

In unserm Gesellschafts-Register ist Nr. 1393 die von [146]
1) dem Kaufmann Ernst Daué,
2) dem Kaufmann Max Strenz,
beide zu Breslau,
am 1. Februar 1877 hier unter der Firma **G. Daué & Strenz**
errichtete offene Handels-Gesellschaft
heute eingetragen worden.
Breslau, den 1. Februar 1877.
Agl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung.

In unserm Firmen-Register ist bei Nr. 4080 das Erlösen der Firma **Herrmann Weise**
hier heute eingetragen worden. [147]

Breslau, den 8. Februar 1877.

Agl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung.

In dem Concurre über das Ver-

mögen des Kaufmanns [393]

Leopold Großmann

zu Kattowitz ist der Kaufmann Gustav Scherner zu Kattowitz zum definitiven Verwalter der Masse bestellt worden.

Beuthen O.S., den 8. Februar 1877.

Agl. Kreis-Gericht. I. Abth.

Bekanntmachung.

In unserem Depositorio befinden sich seit länger als 56 Jahren die Le-

a. des Wachtmeisters Carl Schimke zu Herrnstadt vom 27. August 1806, und

b. der verwitweten Obrist-Wachtmeister Louise Caroline Friederike von Skopp, geb. von der Hagen, d. d. Herrnstadt, den 14. Februar 1820. [397]

Die Interessenten werden gemäß § 28 Tit. 12 Allgem. Land-Rechts aufgefordert, die Publication dieser Testamente nachzusuchen.

Guhrau, den 30. Jan. 1877.

Agl. Kreis-Gericht. II. Abth.

Bekanntmachung.

Laut Verfügung vom 5. d. Mts. ist die in unserm Firmenregister unter Nr. 1 eingetragene Firma: [395]

Förster'sche Papierfabrik in Krampe bei Grünberg

heute gelöscht worden.

Grünberg (Schl.), den 6. Febr. 1877.

Agl. Kreis-Gericht. I. Abth.

Bekanntmachung.

I. In unserem Gesellschafts-Register ist bei Nr. 14 — Firma:

Coseler Dampfmühle Treumann & Comp.

folgender Vermerk: „Die Handels-Gesellschaft ist aufgelöst“ — da gegen [401]

II. in unserem Firmen-Register sub Nr. 83 die Firma:

Coseler Dampfmühle

Treumann & Comp.

und als deren Inhaber der Kaufmann Simon Mannaberg zu Ratibor, sowie

III. in unserem Procurien-Register Nr. 12 die von dem Kaufmann Simon Mannaberg zu Ratibor für die Firma sub Nr. 83

Coseler Dampfmühle

Treumann & Comp.

dem Mühlenteiger Jüdor Treu-

mann ertheilte Procura auf Ver-

fügung vom 7. Februar 1877 am 8. Februar 1877 eingetragen

wurden.

Cosel, den 7. Februar 1877.

Agl. Kreis-Gericht. I. Abth.

Bekanntmachung.

In unserem Firmen-Register ist unter Nr. 84 die Firma [402]

B. Waschek zu Kandrzin O.S. und als deren Inhaber der Siedler Berthold Waschek zu Kandrzin auf Verfügung vom 8. Februar 1877 an demselben Tage eingetragen worden.

Cosel, den 8. Februar 1877.

Agl. Kreis-Gericht. I. Abth.

Der einstweilige Verwalter Kaufmann Hermann Fröhlich hierselbst ist in dem Concurre über das Vermögen des Schnittwarenhändlers

A. Simonides hierselbst zum definitiven Verwalter der Concursmasse ernannt. [400]

Gleiwitz, den 6. Febr. 1877.

Agl. Kreis-Gericht. I. Abth.

Eine gut renommierte

Theater-Variété-

Gesellschaft,

bestehend aus 5 Damen u. 3 Herren,

sucht für einige Zeit ein Engagement.

Darauf Reflectoren wollen gefälligst ihre Offerten schriftlich sub R. S. 47

danach Exped. der Bresl. Zeitung bis 25. Februar cr. einsenden. [608]

Glügel und Pianinos

in vorzülicher Güte empfiehlt zu

billigsten Fabrikpreisen [2803]

F. Welzel,

Nr. 52 Ring Nr. 52

(Maschmarkseite).

Juwelen, weiße Perlen, altes Gold, Silber, Münzen und Antiquitäten sucht zu kaufen [2280]

O. Brieger, Niemerzeile 18,

zum grünen Gewölbe.

Holz-Verkauf.

Agl. Oberförsterei Grudschütz. Dienstag, den 20. Februar, Vormittags von 10 Uhr ab, sollen im Pulst'schen Gasthause zu Grudschütz [398] a. aus dem Schubbezirk Gräfenort

Jag. 44b und 45d:

15 Birken mit 6,68 Festm.,

255 Kiefern mit 140,83 "

363 Fichten mit 278,90 "

b. aus dem Schubbezirk Malino

Jag. 82a:

356 Kiefern mit 319,96 Festm.,

319 Fichten mit 219,08 "

c. aus der Totalität des Schubbezirks Nakel:

171 Kiefern mit 143,67 Festm. und

3 Fichten mit 1,00

gegen gleich baare Zahlung öffentlich meistbietend verkauft werden.

Grudschütz, den 10. Februar 1877.

Der Oberförster.

Vosfeldt.

Holz-Verkauf.

Agl. Oberförsterei Grudschütz.

Dienstag, den 20. Februar,

Vormittags von 10 Uhr ab,

sollen nach dem Bauholzverkauf an

Beständen aus den Schubbezirken

Nakel, Gräfenort und Schulenburg:

2500 Rmtr. Kiefern-Scheit,

400 " Knüppel und

500 " Stücke-Scheit

in größeren oder kleineren Loosen je

nach Bedarf gegen gleich baare Zah-

lung öffentlich meistbietend verkauft werden. [399]

Grudschütz, den 10. Februar 1877.

Der Oberförster.

Vosfeldt.

Holzverkauf.

Mittwoch den 21. Februar c.,

von Vormittag 10 Uhr an,

sollen im Gerichtskreisdom zu Weis-

teritz folgende Nus. und Brennholzer:

100 Stück Eichen-Nusshölzer,

87 " Buchen "

70 " Nüsten "

8 " Aspen "

1 " Erlen "

29 Rmtr. Eichen-Scheit,

11 " Aspert "

1 " Erlen "

204 Hundert meliert Belagreißig,

54 " Aspt-Belagreißig,

150 Rmtr. Stockholz,

18 " Weiden-Knüppel I.,

60 Hundert Weiden-Faschinen,

30 " meliert Faschinen,

2 " Korbrüthen

öffentlicht meistbietend verkauft werden.

Käufer werden mit dem Bemerk-

en hierzu eingeladen, dass 1/2 der Kauf-

summe sofort im Termine angezahlt werden müssen.

Riemberg, den 9. Februar 1877.

Der Oberförster.

Engelken. [403]

Nusholz-Verkauf.

Donnerstag, den 15. d. Mts.,

von Vormittags 10 Uhr ab,

werden in hiesiger Brauerei 60 starke

Birken, 13 starke Notherholz, 1 Esche

meistbietend gegen gleich baare Be-

zahlung verkauft. [626]

Hünen bei Ohlau.

Gräßlich v. Hoyerden'sches

Wirthschafts-Amt.

Die hiesige [396]

Bürgermeisterstelle,

mit welcher, außer freier Wohnung

im Rathaus, ein Jahresgehalt von

4000 Mk. verbunden ist, wird binnen

Kurzem vacant.

Bewerber wollen ihre Gesuche nebst

Curriculum vitae und Zeugnissen

binnen 4 Wochen bei unserem Stadt-

verordneten-Vorsteher Herrn Knapp-

schaffts-Mendanten von Helmrich ein-

reichen.

Erfahrung in der Communal-Ver-

waltung ist erwünscht.

Tarnowitz, den 10. Februar 1877.

Der Magistrat.

An der hiesigen katholischen Ele-

mentarschule ist baldmöglichst

eine Lehrerstelle

zu besetzen, welche mit 750 Mark Ge-

halt und 200 Mark Wohnungs- und

Heizungs-Entschädigung dotirt ist.

Das Gehalt steigt von 5 zu 5 Dienst-

jahren um je 187,5 Mark bis zu

1500 Mark,

Hauslehrer.

Unter günstigen Bedingungen sucht eine deutsche Familie in England einen gut gebildeten Philologen für den Gesamtunterricht dreier Knaben.

Gef. Adr. mit Ref. unter M. 61 an die Exped. der Breslauer Btg. [1503]

Ein geprüfter israel. Lehrer, zugleich Vorbeiter, welcher beide Amter gegenwärtig verrichtet, viele Jahre beim Fach, auch gestützt auf Zeugnisse u. Referenzen, unter bescheidenen Anträgen vor 1. April cr. anstehende Stellung. Offerten unter M. B. 52 postlagernd Breslau erbeten. [3134]

Eine tüchtige Directrice sucht für ein fettes Patz-Geschäft einer größeren Provinzialstadt bei hohem Salair. [1526] Fritz Liebrecht Jr., Ohlauerstrasse 34.

Eine Directrice, welche geschmackvoll und gewandt alle Arten des Büchelches arbeitet, wird per 15. März bei gutem Salair, freier Station und angenehmer familiärer Stellung gesucht. [628] Ludwig Leyser, Thorn.

Eine anständige Dame, Beaumtentochter, [3173] welche im Elementar-Wissenschaften, in weibl. Handarb., i. d. franz. Sprache und Musik Unterricht erhielt und über ihre Leistungen resp. vierjährige Praxis die besten Empfehl. aufzuweisen kann, sucht andernw. Engagement. Auch wäre dieselbe nicht abgeneigt Stellung als Repräsentantin der Hausfrau in einem anst. Hause anzunehmen, da dieselbe schon grüheren Wirthschaften läng. Zeit vorgetragen. Gef. Öff. sub R. 4342 an Rudolf Moosse, Breslau.

Ein junges Mädchen, welches vollständig mit Anfertigung von Kindergeröben und derartigen Arbeiten vertraut ist u. schon in solchem Geschäft thätig war, wird zur Leitung und Einführung eines solchen Geschäfts sofort nach auswärts gesucht. Offerten sub M. 55 an die Exped. der Breslauer Zeitung. [614]

Zur Unterstützung der Hausfrau und Hilfe im Geschäft (Destillation) wird ein Mädchen, Tochter achtbarer Eltern, womöglich jüdisch, per 1. März gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen sind in der Exped. der Bresl. Btg. sub U. H. 46 niederzulegen. [607]

Ein j. Mädchen, aus anst. Familie, mit Weißnähen, Schneidern und allen Handarb. vertr. sucht in einem gräfl. oder sonst. großen Hause als Kammerjungfer oder Niedergefährdin. cr. per 1. April Stellung. Gef. Offerten F. G. Kattowit. postlagernd.

Ein anst. junges Mädchen, welches die Mädchen-Gewerbeschule in Brieg besucht hat, mit Redningswesen, Buchführung, sowie Leitung der Haushaltung vertraut ist, sucht Stellung in einem Geschäft oder zur Erziehung jüngerer Kinder und als Stütze der Hausfrau. [638] Offerten erbettet an die Exped. der Bresl. Btg. unter E. B. 64.

Zur Führung eines Haushaltes (ohne Dienstmädchen) wird eine geeignete Person gesucht. Friedrich-Wilhelmsstr. 41, Kohlenhof. [1527]

Bortheilhaftes Engagement.

Der Besitzer einer größeren Cigarren- und Tabaks-Fabrik wünscht unter seiner Direction für die technische Leitung derselben von gleich einen tüchtigen, praktisch umsichtigen Kaufmann zu engagieren, welcher die Cigarren- und Tabaks-Fabrikation gründlich kennt. Werkführer sind vorhanden.

Mit dieser Stelle ist ein hohes Gehalt verbunden.

Meldungen nebst Einfindung der Photographic und genauer Angabe der bisherigen Functionen, sowie Referenzen u. werden sofort erbeten unter Nr. 310 postlagernd Königsberg, Ostpreußen. [624]

Buchhalter. Ein gewandter Buchhalter gesetzten Alters, welcher mehrere Jahre hindurch mit der Führung der Hauptbücher eins. bedeutenderen Bankanlagen betraut war und gegenwärtig noch im Waaren-Geschäft aktiv ist, sucht Stellung per 1. April cr. Offerten sub H. 4333 an Rudolf Moosse, Breslau. [3046]

Ein Reisender sucht ein Engagement. Derselbe hat mehrere Jahre für Manuf. - Leinen- u. Baumwollengeschäfte Schlesien, Posen u. Preuß. m. Erfolg bereit. Gef. Öff. sub A. 67 Schles. Btg.-Exped. [1519]

Ein Reisender, der Sachsen bereit hat und mit der Branche vollständig vertraut ist, wird für ein Seidenband-Engros-Geschäft per 1. April c. gewünscht. Emanuel Levy, Dresden, Altmarkt 11.

Eine Zwirnfabrik sucht einen tüchtigen Reisenden zum baldigen Antritt. Bewerber mögen ihre Offerten sub K. W. 50 bei der Exped. der Bresl. Btg. niedergelegen. [613]

Ein tüchtiger Agent oder Reisender unter sehr günstigen Bedingungen zu engagieren gesucht und erhalten solche Herren, welche bereits in dieser Branche gearbeitet haben, den Vorzug. Gef. Offerten unter Angabe von Referenzen beliebt man sub Chiffre E. Nr. 62 franco in der Exped. der Bresl. Btg. zu hinterlegen.

Für mein Modewaren-, Tuch- u. Garderoben-Geschäft suche ich per 1. April einen tüchtigen Verkäufer. Derselbe muß im Herren-Garderoben-Geschäft firm sein und sich zu kleinen Reisen qualifizieren. Reichenbach in Schles. J. G. Nösner.

Ein j. Mädchen, aus anst. Familie, mit Weißnähen, Schneidern und allen Handarb. vertr. sucht in einem gräfl. oder sonst. großen Hause als Kammerjungfer oder Niedergefährdin. cr. per 1. April Stellung. Gef. Offerten F. G. Kattowit. postlagernd.

Ein j. Mädchen, aus anst. Familie, mit Weißnähen, Schneidern und allen Handarb. vertr. sucht in einem gräfl. oder sonst. großen Hause als Kammerjungfer oder Niedergefährdin. cr. per 1. April Stellung. Gef. Offerten F. G. Kattowit. postlagernd.

Ein tüchtiger Agent oder Reisender unter sehr günstigen Bedingungen zu engagieren gesucht und erhalten solche Herren, welche bereits in dieser Branche gearbeitet haben, den Vorzug. Gef. Offerten unter Angabe von Referenzen beliebt man sub Chiffre E. Nr. 62 franco in der Exped. der Bresl. Btg. zu hinterlegen.

Für mein Modewaren-, Tuch- u. Garderoben-Geschäft suche ich per 1. April einen tüchtigen Verkäufer. Derselbe muß im Herren-Garderoben-Geschäft firm sein und sich zu kleinen Reisen qualifizieren. Reichenbach in Schles. J. G. Nösner.

Ein tüchtiger Agent oder Reisender unter sehr günstigen Bedingungen zu engagieren gesucht und erhalten solche Herren, welche bereits in dieser Branche gearbeitet haben, den Vorzug. Gef. Offerten unter Angabe von Referenzen beliebt man sub Chiffre E. Nr. 62 franco in der Exped. der Bresl. Btg. zu hinterlegen.

Für mein Modewaren-, Tuch- u. Garderoben-Geschäft suche ich per 1. April einen tüchtigen Verkäufer. Derselbe muß im Herren-Garderoben-Geschäft firm sein und sich zu kleinen Reisen qualifizieren. Reichenbach in Schles. J. G. Nösner.

Ein tüchtiger Agent oder Reisender unter sehr günstigen Bedingungen zu engagieren gesucht und erhalten solche Herren, welche bereits in dieser Branche gearbeitet haben, den Vorzug. Gef. Offerten unter Angabe von Referenzen beliebt man sub Chiffre E. Nr. 62 franco in der Exped. der Bresl. Btg. zu hinterlegen.

Für mein Modewaren-, Tuch- u. Garderoben-Geschäft suche ich per 1. April einen tüchtigen Verkäufer. Derselbe muß im Herren-Garderoben-Geschäft firm sein und sich zu kleinen Reisen qualifizieren. Reichenbach in Schles. J. G. Nösner.

Ein tüchtiger Agent oder Reisender unter sehr günstigen Bedingungen zu engagieren gesucht und erhalten solche Herren, welche bereits in dieser Branche gearbeitet haben, den Vorzug. Gef. Offerten unter Angabe von Referenzen beliebt man sub Chiffre E. Nr. 62 franco in der Exped. der Bresl. Btg. zu hinterlegen.

Für mein Modewaren-, Tuch- u. Garderoben-Geschäft suche ich per 1. April einen tüchtigen Verkäufer. Derselbe muß im Herren-Garderoben-Geschäft firm sein und sich zu kleinen Reisen qualifizieren. Reichenbach in Schles. J. G. Nösner.

Ein tüchtiger Agent oder Reisender unter sehr günstigen Bedingungen zu engagieren gesucht und erhalten solche Herren, welche bereits in dieser Branche gearbeitet haben, den Vorzug. Gef. Offerten unter Angabe von Referenzen beliebt man sub Chiffre E. Nr. 62 franco in der Exped. der Bresl. Btg. zu hinterlegen.

Für mein Modewaren-, Tuch- u. Garderoben-Geschäft suche ich per 1. April einen tüchtigen Verkäufer. Derselbe muß im Herren-Garderoben-Geschäft firm sein und sich zu kleinen Reisen qualifizieren. Reichenbach in Schles. J. G. Nösner.

Ein tüchtiger Agent oder Reisender unter sehr günstigen Bedingungen zu engagieren gesucht und erhalten solche Herren, welche bereits in dieser Branche gearbeitet haben, den Vorzug. Gef. Offerten unter Angabe von Referenzen beliebt man sub Chiffre E. Nr. 62 franco in der Exped. der Bresl. Btg. zu hinterlegen.

Für mein Modewaren-, Tuch- u. Garderoben-Geschäft suche ich per 1. April einen tüchtigen Verkäufer. Derselbe muß im Herren-Garderoben-Geschäft firm sein und sich zu kleinen Reisen qualifizieren. Reichenbach in Schles. J. G. Nösner.

Ein tüchtiger Agent oder Reisender unter sehr günstigen Bedingungen zu engagieren gesucht und erhalten solche Herren, welche bereits in dieser Branche gearbeitet haben, den Vorzug. Gef. Offerten unter Angabe von Referenzen beliebt man sub Chiffre E. Nr. 62 franco in der Exped. der Bresl. Btg. zu hinterlegen.

Für mein Modewaren-, Tuch- u. Garderoben-Geschäft suche ich per 1. April einen tüchtigen Verkäufer. Derselbe muß im Herren-Garderoben-Geschäft firm sein und sich zu kleinen Reisen qualifizieren. Reichenbach in Schles. J. G. Nösner.

Ein tüchtiger Agent oder Reisender unter sehr günstigen Bedingungen zu engagieren gesucht und erhalten solche Herren, welche bereits in dieser Branche gearbeitet haben, den Vorzug. Gef. Offerten unter Angabe von Referenzen beliebt man sub Chiffre E. Nr. 62 franco in der Exped. der Bresl. Btg. zu hinterlegen.

Für mein Modewaren-, Tuch- u. Garderoben-Geschäft suche ich per 1. April einen tüchtigen Verkäufer. Derselbe muß im Herren-Garderoben-Geschäft firm sein und sich zu kleinen Reisen qualifizieren. Reichenbach in Schles. J. G. Nösner.

Ein tüchtiger Agent oder Reisender unter sehr günstigen Bedingungen zu engagieren gesucht und erhalten solche Herren, welche bereits in dieser Branche gearbeitet haben, den Vorzug. Gef. Offerten unter Angabe von Referenzen beliebt man sub Chiffre E. Nr. 62 franco in der Exped. der Bresl. Btg. zu hinterlegen.

Für mein Modewaren-, Tuch- u. Garderoben-Geschäft suche ich per 1. April einen tüchtigen Verkäufer. Derselbe muß im Herren-Garderoben-Geschäft firm sein und sich zu kleinen Reisen qualifizieren. Reichenbach in Schles. J. G. Nösner.

Ein tüchtiger Agent oder Reisender unter sehr günstigen Bedingungen zu engagieren gesucht und erhalten solche Herren, welche bereits in dieser Branche gearbeitet haben, den Vorzug. Gef. Offerten unter Angabe von Referenzen beliebt man sub Chiffre E. Nr. 62 franco in der Exped. der Bresl. Btg. zu hinterlegen.

Für mein Modewaren-, Tuch- u. Garderoben-Geschäft suche ich per 1. April einen tüchtigen Verkäufer. Derselbe muß im Herren-Garderoben-Geschäft firm sein und sich zu kleinen Reisen qualifizieren. Reichenbach in Schles. J. G. Nösner.

Ein tüchtiger Agent oder Reisender unter sehr günstigen Bedingungen zu engagieren gesucht und erhalten solche Herren, welche bereits in dieser Branche gearbeitet haben, den Vorzug. Gef. Offerten unter Angabe von Referenzen beliebt man sub Chiffre E. Nr. 62 franco in der Exped. der Bresl. Btg. zu hinterlegen.

Für mein Modewaren-, Tuch- u. Garderoben-Geschäft suche ich per 1. April einen tüchtigen Verkäufer. Derselbe muß im Herren-Garderoben-Geschäft firm sein und sich zu kleinen Reisen qualifizieren. Reichenbach in Schles. J. G. Nösner.

Ein tüchtiger Agent oder Reisender unter sehr günstigen Bedingungen zu engagieren gesucht und erhalten solche Herren, welche bereits in dieser Branche gearbeitet haben, den Vorzug. Gef. Offerten unter Angabe von Referenzen beliebt man sub Chiffre E. Nr. 62 franco in der Exped. der Bresl. Btg. zu hinterlegen.

Für mein Modewaren-, Tuch- u. Garderoben-Geschäft suche ich per 1. April einen tüchtigen Verkäufer. Derselbe muß im Herren-Garderoben-Geschäft firm sein und sich zu kleinen Reisen qualifizieren. Reichenbach in Schles. J. G. Nösner.

Ein tüchtiger Agent oder Reisender unter sehr günstigen Bedingungen zu engagieren gesucht und erhalten solche Herren, welche bereits in dieser Branche gearbeitet haben, den Vorzug. Gef. Offerten unter Angabe von Referenzen beliebt man sub Chiffre E. Nr. 62 franco in der Exped. der Bresl. Btg. zu hinterlegen.

Für mein Modewaren-, Tuch- u. Garderoben-Geschäft suche ich per 1. April einen tüchtigen Verkäufer. Derselbe muß im Herren-Garderoben-Geschäft firm sein und sich zu kleinen Reisen qualifizieren. Reichenbach in Schles. J. G. Nösner.

Ein tüchtiger Agent oder Reisender unter sehr günstigen Bedingungen zu engagieren gesucht und erhalten solche Herren, welche bereits in dieser Branche gearbeitet haben, den Vorzug. Gef. Offerten unter Angabe von Referenzen beliebt man sub Chiffre E. Nr. 62 franco in der Exped. der Bresl. Btg. zu hinterlegen.

Für mein Modewaren-, Tuch- u. Garderoben-Geschäft suche ich per 1. April einen tüchtigen Verkäufer. Derselbe muß im Herren-Garderoben-Geschäft firm sein und sich zu kleinen Reisen qualifizieren. Reichenbach in Schles. J. G. Nösner.

Ein tüchtiger Agent oder Reisender unter sehr günstigen Bedingungen zu engagieren gesucht und erhalten solche Herren, welche bereits in dieser Branche gearbeitet haben, den Vorzug. Gef. Offerten unter Angabe von Referenzen beliebt man sub Chiffre E. Nr. 62 franco in der Exped. der Bresl. Btg. zu hinterlegen.

Für mein Modewaren-, Tuch- u. Garderoben-Geschäft suche ich per 1. April einen tüchtigen Verkäufer. Derselbe muß im Herren-Garderoben-Geschäft firm sein und sich zu kleinen Reisen qualifizieren. Reichenbach in Schles. J. G. Nösner.

Ein tüchtiger Agent oder Reisender unter sehr günstigen Bedingungen zu engagieren gesucht und erhalten solche Herren, welche bereits in dieser Branche gearbeitet haben, den Vorzug. Gef. Offerten unter Angabe von Referenzen beliebt man sub Chiffre E. Nr. 62 franco in der Exped. der Bresl. Btg. zu hinterlegen.

Für mein Modewaren-, Tuch- u. Garderoben-Geschäft suche ich per 1. April einen tüchtigen Verkäufer. Derselbe muß im Herren-Garderoben-Geschäft firm sein und sich zu kleinen Reisen qualifizieren. Reichenbach in Schles. J. G. Nösner.

Ein tüchtiger Agent oder Reisender unter sehr günstigen Bedingungen zu engagieren gesucht und erhalten solche Herren, welche bereits in dieser Branche gearbeitet haben, den Vorzug. Gef. Offerten unter Angabe von Referenzen beliebt man sub Chiffre E. Nr. 62 franco in der Exped. der Bresl. Btg. zu hinterlegen.

Für mein Modewaren-, Tuch- u. Garderoben-Geschäft suche ich per 1. April einen tüchtigen Verkäufer. Derselbe muß im Herren-Garderoben-Geschäft firm sein und sich zu kleinen Reisen qualifizieren. Reichenbach in Schles. J. G. Nösner.

Ein tüchtiger Agent oder Reisender unter sehr günstigen Bedingungen zu engagieren gesucht und erhalten solche Herren, welche bereits in dieser Branche gearbeitet haben, den Vorzug. Gef. Offerten unter Angabe von Referenzen beliebt man sub Chiffre E. Nr. 62 franco in der Exped. der Bresl. Btg. zu hinterlegen.

Für mein Modewaren-, Tuch- u. Garderoben-Geschäft suche ich per 1. April einen tüchtigen Verkäufer. Derselbe muß im Herren-Garderoben-Geschäft firm sein und sich zu kleinen Reisen qualifizieren. Reichenbach in Schles. J. G. Nösner.

Ein tüchtiger Agent oder Reisender unter sehr günstigen Bedingungen zu engagieren gesucht und erhalten solche Herren, welche bereits in dieser Branche gearbeitet haben, den Vorzug. Gef. Offerten unter Angabe von Referenzen beliebt man sub Chiffre E. Nr. 62 franco in der Exped. der Bresl. Btg. zu hinterlegen.

Für mein Modewaren-, Tuch- u. Garderoben-Geschäft suche ich per 1. April einen tüchtigen Verkäufer. Derselbe muß im Herren-Garderoben-Geschäft firm sein und sich zu kleinen Reisen qualifizieren. Reichenbach in Schles. J. G. Nösner.

Ein tüchtiger Agent oder Reisender unter sehr günstigen Bedingungen zu engagieren gesucht und erhalten solche Herren, welche bereits in dieser Branche gearbeitet haben, den Vorzug. Gef. Offerten unter Angabe von Referenzen beliebt man sub Chiffre E. Nr. 62 franco in der Exped. der Bresl. Btg. zu hinterlegen.

Für mein Modewaren-, Tuch- u. Garderoben-Geschäft suche ich per 1. April einen tüchtigen Verkäufer. Derselbe muß im Herren-Garderoben-Geschäft firm sein und sich zu kleinen Reisen qualifizieren. Reichenbach in Schles. J. G. Nösner.

Ein tüchtiger Agent oder Reisender unter sehr günstigen Bedingungen zu engagieren gesucht und erhalten solche Herren, welche bereits in dieser Branche gearbeitet haben, den Vorzug. Gef. Offerten unter Angabe von Referenzen beliebt man sub Chiffre E. Nr. 62 franco in der Exped. der Bresl. Btg. zu hinterlegen.

Für mein Modewaren-, Tuch- u. Garderoben-Geschäft suche ich per 1. April einen tüchtigen Verkäufer. Derselbe muß im Herren-Garderoben-Geschäft firm sein und sich zu kleinen Reisen qualifizieren. Reichenbach in Schles. J. G. Nösner.

Ein tüchtiger Agent oder Reisender unter sehr günstigen Bedingungen zu engagieren gesucht und erhalten solche Herren, welche bereits in dieser Branche gearbeitet haben, den Vorzug. Gef. Offerten unter Angabe von Referenzen beliebt man sub Chiffre E. Nr. 62 franco in der Exped. der Bresl. Btg. zu hinterlegen.

Für mein Modewaren-, Tuch- u. Garderoben-Geschäft suche ich per 1. April einen tüchtigen Verkäufer. Derselbe muß im Herren-Garderoben-Geschäft firm sein und sich zu kleinen Reisen qualifizieren. Reichenbach in Schles. J. G. Nösner.

Ein tüchtiger Agent oder Reisender unter sehr günstigen Bedingungen zu engagieren gesucht und erhalten solche Herren, welche bereits in dieser Branche gearbeitet haben, den Vorzug. Gef. Offerten unter Angabe von Referenzen beliebt man sub Chiffre E. Nr. 62 franco in der Exped. der Bresl. Btg. zu hinterlegen.

Für mein Modew